

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4590

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonenseite oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorrück 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonenseite 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Aufhebung des Belagerungszustandes oder Verfassungsbruch!

Die Kapp-Gefahr in den Ostprovinzen

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unser Berliner Korrespondent erzählt über die Lage in Ostpreußen folgende Einzelheiten, die durch Nachrichten der Freiheit bestätigt werden:
Neue geheime Truppentransporte und Waffensammlungen finden in Ostpreußen statt. Keine einzige zuverlässige republikanische Truppe ist in Ostpreußen vorhanden, nur die Sicherheitspolizei des Königsberger Polizeipräsidenten Lübbing kommt für die Wahrung der republikanischen Staatsverfassung in Frage. Alle übrigen Truppen, selbst die Sicherheitstruppen sind in den Händen der reaktionären Generale, so der beiden Generale Geyerhardt und Eberhard. Die Güter der Großgrundbesitzer strotzen von Waffen. Der Transport der russischen Kriegsgelangenenen zu angeblicher Landarbeit hat im großen Umfange eingesetzt. Allein aus dem Lager der Bermond-Truppen wurden 500 bis 600 internierte Russen nach Ostpreußen abtransportiert. Der republikanische Führerbund warnt die Presse und macht sie auf die reaktionären Vorgänge in Ostpreußen aufmerksam. Ein gewisser Hauptmann Giedde wirkt noch immer auf eifrige Freiwillige. Die Regierung steht auch hier, wie in Bayern, dem Treiben hilflos zu.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet über die bedrohliche Lage in der Provinz Schlesien aus Breslau:
In einer Versammlung von Vertretern der Regierungsparteien machte der sozialdemokratische Stadtrat Frey die Mitteilung, daß seit fünf Wochen rund um Breslau neue Truppensammlungen stattfinden, so daß die Stadt völlig gerettet sei. In Rasowitz seien gestern erst zwei neue Infanterieregimenter eingetroffen. Auch die Freikorps Hase und Paulsen befinden sich dort. In Breslau liege das Rasowitzer Lager, das man längst aufgelöst wüßte, zum Teil in Altsil, das reichlich über Waffen verfüge. Der schlesische Landbund habe im Bingenhaus mehrfach hinter verschlossenen Türen getagt. An den Sitzungen nahm der nationale Soldatenbund teil. Heute mittag habe eine neue Tagung stattgefunden, in die sich zwei Sozialdemokraten einschließen vermochten. Herr von Nischhofen hat in dieser Versammlung ausgedrückt, Hauptfrage sei, daß jeder eine Finte habe und womöglich eine Schrotflinte, damit kein Schuß fehle. Dr. Krüger erklärte, daß die Organisation, an der man arbeite, auch in der Provinz sehr Fortschritte mache und in Breslau nahezu vollendet sei. Diese Organisation sei notwendig, da man wisse, daß bei nächstem Bahnanfall eine schnelle rote Armee von etwa 1 Komp. und die Arbeiterbewegung einer Bürgerkrieg entfesseln wollten. Das gleiche müsse von Seiten der Reichsparteien aus gesehen. Nach der Bekanntgabe von Namen verschiedener Kommissionen folgte wurde die Verlesung von der invidiosen benachrichtigten Polizei aufgehört und die Akten beschlagnahmt.

Ostpreußen und Schlesien waren diejenigen preussischen Provinzen, in denen in den Märztagen die Rebell Kapp und Wittich mühelos auf der ganzen Linie triumphierten. Die Militärreliquie, die offensichtlich auf neue Putsch mit besserer Durchschlagkraft sind, ist sich der Stärke, die für die autorisierten gegenrevolutionären Verbände dieser beiden Provinzen verliere, wohl bewußt. Nicht mehr von Döberl, sondern von Königsberg und Breslau aus wird sie den neuen und größeren Schlag gegen die Revolution führen! Proletariat, bleib wachsam!

Die Putschwehren bestehen weiter!

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unser Berliner Korrespondent erzählt, daß die Durchführung des Beschlusses zur Auflösung der Einwohnerwehren noch immer nicht erfolgt ist. Fast sämtliche Mitglieder der Einwohnerwehren sind heute noch im Besitze ihrer Waffen, es sind in letzter Zeit sogar neue Waffen zur Verteilung gelangt.

Aufhebung der militärischen Nachrichtenstellen.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Leipz. Volkszeitung.) Unser Berliner Korrespondent erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß das Reichsministerium sich entschlossen habe, auf Veranlassung des Kommissars für die öffentliche Ordnung, Dr. Weßmann, die militärischen Nachrichtenstellen sämtlich aufzuheben.

Die bayerische Regierung schließt die militärischen Verschwörer.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Leipz. Volkszeitung.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung läßt sich aus Bayern vom Ministerium des Innern berichten, daß sich Wittich, Bauer und Bismhoff nicht in Bayern befänden. Es ist natürlich selbstverständlich, daß die reaktionäre Regierung in Bayern den Aufenthalt ihrer putschistischen Schlinglinge nicht verraten wird. Demgegenüber stellen wir fest, daß den zuständigen Stellen in Berlin

seit langem bekannt ist, daß Wittich, Bauer und Bismhoff sich in Bayern aufhalten. Selbst der Vertreter der Reichsregierung erklärt, daß es durchaus möglich sei, daß die Offiziere Bayern zu ihrem neuen Aufenthaltsort gewählt hätten.

Die Reaktion in Württemberg.

Stuttgart, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die USP. in Stuttgart hatte am Donnerstag, dem 20. Mai, eine Demonstration gegen die Erdrosselung Sowjetrußlands veranstaltet. Aus den großen Betrieben Daimler, Bosch und Eschmann und aus den Stuttgarter großen Industriebetrieben kamen die Massen nach Arbeitsluß in geschlossenen Zügen mit Plakaten und roten Fahnen auf dem Marktplatz an, um mit einheitlichem Willen gegen die internationale Kontrevolution zu manifestieren. Über 20 000 Menschen standen dichtgedrängt auf dem Marktplatz und in den Zugangsstraßen. Am Vormittag hatte der ehemalige Reichsminister Heymann, der rechtssozialistische Minister, unter Hinweis auf eine Ministerialverordnung bekanntgegeben, daß Versammlungen unter freiem Himmel, Anzüge und ähnliche Kundgebungen innerhalb bewohnter Ortschaften in sämtlichen Gemeinden Württembergs nach wie vor verboten seien. Genosse Böttcher schloß in seiner Rede unter lebhafter Zustimmung dieses Verbot und wandte sich in scharfen Worten gegen die Reaktion in Württemberg. In diesem Augenblick erschienen von drei Seiten her die Schutztruppen Heymanns in geschlossenen Kolonnen mit aufgespizten Seitengewehren und Maschinengewehren. Die Masse geriet in große Erregung und nur mit Mühe gelang es, den Abzug nach der freigelassenen Seite ohne Blutzergießen durchzuführen. Wenn es nicht zum Blutergießen gekommen ist, so ist es nur der Disziplin der organisierten Arbeiterschaft zu danken. Die Zugänge zum Markt wurden mit Drahtverhau und durch Postenketten abgesperrt. In der Stadt herrschte eine gewaltige Erregung, da die jungen 18-19jährigen Reichswehrsoldaten mit Gummiknüppeln und Hundepölkchen ausgerüstet sind. An einzelnen Stellen sind Mißhandlungen und Ausschreitungen vorgekommen. In der Stadtverordnetenversammlung erklärte der Oberbürgermeister Lautenschlager, daß er von dem Vorgehen nicht unterrichtet gewesen sei. In der ganzen Stadt herrscht Empörung über das Vorgehen gegen friedliche Demonstranten. Die innere Stadt war noch bis zum späten Abend mit Maschinengewehren besetzt und durch Postenketten abgesperrt. Das Telefon unseres Parteibüros war bereits am Vormittag durch das Ministerium gesperrt worden.

Diese Maßnahme des Rechtssozialisten Heymann gegen die Demonstration der USP. ist außerdem ungeheuerlich, als erst am 9. Mai auf demselben Platz die bürgerlichen Stadtverordneten eine Kundgebung veranstaltet haben, an der die Spitzen der städtischen Behörden, Professoren und Reichswehrtruppen teilgenommen hatten.

Bölkherbund oder Oberster Rat?

London, 21. Mai. (L.-U.) Laut Manchester Guardian wird Lord Cecil im Unterhause eine Ansprache über die Frage veranlassen, wer die größere Macht haben soll, der Bölkherbund oder der Oberste Rat. Diese Aussprache soll an die Frage der polnischen Offensive geknüpft werden, und man wird von der Regierung eine Aufklärung darüber verlangen, ob der Oberste Rat in Zukunft alles verwalten soll oder ob der Bölkherbund bald in Wirkung treten wird, so daß er den neuen Krieg mit Polen verhindern kann. Es verlautet, daß die Aquith- und die Arbeiterpartei sich mit dem Standpunkt Cecilis einverstanden erklärt haben.

Noch keine Entschädigungssumme festgesetzt.

London, 20. Mai. (L.-U.) Daily Chronicle bestätigt, daß in Sythie keinerlei Entscheidung über den von Deutschland zu zahlenden Betrag an Schadenersatz getroffen worden ist, und daß die Festsetzung vielleicht nicht eher erfolgt wird, bevor nicht die Deutschen gehörig vernommen wurden.

Blutige Zusammenstöße bei einer Straßendemonstration.

Hamburg, 20. Mai. Bei einer Kundgebung von Arbeitlosen und Ungeheueren kam es in der Kaiser-Wilhelm-Straße zu einem Zusammenstoß mit Polizei und Sicherheitswehr, bei dem drei Personen getötet und zehn verwundet wurden.

Der Nationalversammlungsbeschluß und die Regierung.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Unser Berliner Korrespondent erzählt zu der politischen Lage:

Die Regierung ist der Überzeugung, daß, obwohl die Sozialdemokratie einstimmig für die Aufhebung des Belagerungszustandes gestimmt hat, sich also gegen die Regierung gewandt hat, eine Kabinettskrise nicht besteht. Der Minister Koch hält an seiner Auffassung fest, daß eine Aufhebung des Belagerungszustandes nicht in Betracht komme. Die Regierung versucht nun mit juristischen Auslegungen die Schwierigkeit zu überwinden, in die sie durch den Beschluß der Nationalversammlung geraten ist. Sie behauptet, daß in dem Beschluß der Nationalversammlung nur von einem Wunsch die Rede sei, während nach dem Wortlaut der Verfassung ein Verlangen der Nationalversammlung notwendig sei. Diese offenbare Verfälschung des Beschlusses der Nationalversammlung wird heute morgen noch Gegenstand der Beratung der sozialdemokratischen Fraktion sein, die vor der Sitzung der Nationalversammlung um 9 Uhr zusammentreten wird. Von der Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion wird es abhängen, ob der Beschluß der Nationalversammlung zur Ausführung kommt. Die Sozialdemokraten werden zu beweisen haben, ob sie gestern lediglich bei ihrem Beschluß aus Ehrlichkeit gehandelt haben oder ob sie ernsthaft sich für die Aufhebung des Belagerungszustandes einsetzen wollen.

Die Nationalversammlung oder richtiger ihre sozialdemokratischen Fraktionen haben vor dem Ende der Nationalversammlung noch eine politische Tat vollbracht, die der Körperlichkeit, die die Welt über das deutsche Volk und namentlich über das deutsche Proletariat gebracht hat, noch einen halbwegs verheißenden Abgang verschaffen könnte, wenn nicht die Tatsache dem entgegenstände, daß dieser Beschluß gegen den Willen der Mehrheit des Hauses zustande gekommen ist, die im wichtigsten entscheidenden Moment also pflichtvergessen hinhängte, daß die beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Mehrheit wurden. Die gesamte bürgerliche Vertretung, die sozialistische Majorität der Georgen, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten hätte sonst geschlossen einen der heiligsten Güter, den Belagerungszustand, verteidigt, hätte sich mit Begeisterung dafür eingesetzt, daß die Wahlen zum Reichstag unter dem Sozialismuszustand stattfinden sollten. Dieser Beschluß ist besser als die Nationalversammlung, besser auch als die Regierungsoffiziation. Und die Genugtuung über die Ernennung der Rechtssozialisten wird beeinträchtigt durch die zweifelhafte Frage, ob ihre Absetzung grundrätlicher Erwägung oder bloßer Wahlaktfolge entsprang. Man wird ihnen nach allem, was geschehen ist, nicht unrecht tun, wenn man bei einem nicht geringen Teil der Fraktion Schwermut die Pflicht auf die Wahlausichten als bestimmend ansieht. Über schließlich, über die Weisung wird nicht abgestimmt, und die Rechtssozialisten werden immerhin ein politisches Maß der großen Sündenliste, die ihnen zur Last fällt, entgegenstellen können, wenn sie jetzt fest bleiben, wenn sie den Mut der Konsequenz anstatt der bekannten, bei den bürgerlichen Parteien Deutschlands bestehenden Angst vor der eigenen Courage zeigen. Wenn sie also jetzt allen juristischen Besinnen der Regierung, den Beschluß für keinen Beschluß zu erklären und seiner Ausführung auszuweichen, ein kategorisches Wort entgegenzusetzen. Sie müssen sich heute entscheiden und sie werden selbst wissen, daß sie dabei um Kopf und Kragen spielen.

Wie die Meldung unseres Berliner Korrespondenten zeigt, ist die Gefahr der Sabotierung des Beschlusses der Nationalversammlung die größte. Wir lassen uns auf die eines Mandatadvokaten wüßige Erörterung nicht ein, ob sich aus dem Wortlaut des Antrags unserer Fraktion ein Hindernis drüben liege, an dem man einen Strich zur Abwägung der klaren verfassungsmäßigen Pflicht aufhängen könnte, den Beschluß sofort, ungekürzt auszuführen. Der Wille der Mehrheit ist so klar und unabweisbar, daß solche traurige Jesuitentüftelei allgemeiner Verachtung bedürftig werden. Und der Art. 48 der Reichsverfassung ist so bestimmt und zweifelslos, wenn er sagt: „Die Maßnahmen des Ausnahmezustandes sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen,“ daß keinerlei Einwände möglich ist. Das hat die Regierung offenbar zunächst auch ohne weiteres eingesehen. Denn die bürgerliche Presse Leipzigs meldete heute morgen, daß die neue Regierungskrise ausgebrochen und der Reichsminister Koch zurückgetreten sei. Nach den Informationen unseres Berliner Korrespondenten scheint sie sich inzwischen eines schlechteren besonnen zu haben.

Wie könnten also vor den Reichstagswahlen noch einen ekkantanten, aufreißenden Verfassungsvorschlag erheben! Ob die Regierung einen solchen Schlag ins Gesicht des deutschen Proletariats wagen will, das muß sie mit sich selbst ansprechen. Und die Rechtssozialisten müssen sich entscheiden, ob sie an dieser schweren Schuld Anteil haben, ob sie aufs schärfste bestraft in den Wahlkampf ziehen wollen. Ob sie die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß der weiße Schrecken in Aufruhr andauert und daß die Gegenrevolution in Bayern unter dem Schutz des Belagerungszustandes sich häuslich einrichten kann, während das Organ der unabhängigen Sozialdemokratischen Kandidaten, der Kampf, unbefristet und wie es scheint, bis über die Wahlen

hinaus verboten ist. Mögen Sie wählen. Wenn Sie sich nicht fürchten wollen, so brauchen Sie nur den Verfassungsdruck zu wählen.

Berlin, 21. Mai. (Eig. Drahtmeldung d. Leipz. Volksztg.) Die Freiheit schreibt zu dem Beschluß der Nationalversammlung über die Aufhebung des Belagerungszustandes: Die politische Situation ist klar, die Regierung ist auf Grund der Verfassung verpflichtet, den Belagerungszustand nun unverzüglich in allen Teilen des Reiches aufzuheben. Der Art. 48 der Reichsverfassung besagt: „Die Maßnahmen des Ausnahmezustandes sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen.“ Nun hilft kein Drehen und Deuteln, die Regierung hat keine Wahl, nicht einmal Rücktritt könnte sie von der Ausführung des Belagerungszustandes oder offener Verfassungsbruch, so nur ist die Frage gestellt. Wenn die Reichsregierung versuchen sollte, sich der Erfüllung des Beschlusses der Nationalversammlung zu entziehen, wenn es Wahrheit werden sollte, daß sie, wie sie mitteilen läßt, eine Erklärung gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes an die Nationalversammlung abgeben wird, so mag sie sich der Tatsache bewußt sein, daß sie vor den deutschen Wählern darüber wird Rechenschaft geben müssen, daß sie sich nicht geschont hat, in dem Augenblick, in dem die Demokratie gegen sie entschieden hat, diese von ihr so hochgepriesene Demokratie zu mißachten und zu verhöhnen.

Schwarzer und schwarz-weiß-roter Schrecken.

Der französische Militarismus verwendet in den besetzten Gebieten am Rhein bekanntermaßen mit Vorliebe schwarze Truppen aus seinen marokkanischen, innerafrikanischen und hinterindischen „Schutz“gebieten. Diese Truppe, die ganz ohne Zweifel zum Ständenregister des Militarismus ein neues schwarzes Blatt hinzufügt, wird nun in der gesamten bürgerlichen Presse tief in die rechtssozialistischen Reihen hinein zum Anreizmittel für einen neuen chauvinistischen Rummel und einen wilden Revanchefeldzug genommen, der sich vorerst auf die großen Worte beschränkt. Den Vogel schießen bei diesen nationalstolischen Hexenböden in Dresden versammelten deutschen Studenten ab, die in einer dort angenommenen Resolution offen das neue Aufkommen des Furor Teutonius, also einen Machtkrieg gegen Frankreich, ankündigen und mit dem lächerlichen Pathos eines schlechten Schmierentomödianten zum Schluss ausrufen: Wie lange noch!

Systematisch hat ja seit dem Wiedererstarken des Konterrevolutionären deutschen Militarismus unsere reaktionäre Presse auf diesen neuen 1. August hingearbeitet. Die Verächtlichmachung anderer Völker, zu der die unsaubersten Mittel der Verdrehung und Verleumdung gerade recht waren, betrachtete sie als Lebensberuf. So rief die nationalstolische Post erst vor etwa acht Tagen dem französischen General Dequoin, weil dessen Truppen in den besetzten Gebieten angeblich Vordelle in Massen auf dem bequemsten Wege der Requisition ansetzen lassen, folgendes, die ganze französische Nation beschimpfende Wort zu: „Hier, Herr General Dequoin, ist ein Feld für Ihre Tätigkeit. Hier wird Ihnen als Franzosen niemand Sachverständigkeit absprechen.“ Dem Franzosen niemand (nicht dem General) und damit also einem ganzen Volke, wird so der Vorwurf sexueller Verkommenheit gemacht. Das aber ausgerechnet in einer jener Durchhaltezeitungen, die wohl nie etwas von den Vorbereitungen der deutschen Armeen in Brüssel und in Lille, in der Ukraine, im Kurland und in Polen, nie etwas von der militärisch genauen, zwischen Offizieren und Mann äußerlich unterscheidenden Reglementierung der Ungenue in den von uns okkupierten Drißtschaften gehört haben. Wirklich nicht?

In der Tat, es handelt sich bei den Barbaren der schwarzen Truppen, die besonders auf geschlechtlichen Gebiete liegen mögen, nicht um eine spezifische Entartung des französischen Heeres oder gar des französischen Volkes, sondern um jene allgemeine Begleiterscheinung moralischer Verkommenheit, die bei jedem Militarismus und bei den Armeen aller Länder im Trost mitgeführt wird. Auch wir wenden uns gewiß nachdrücklich gegen die schmutzigen Dinge, die am Rhein und in der Pfalz dank des Kavalleriebes der jungen französischen Offiziere, die bei anständigen deutschen Familien sich zwangsweise einlogiert haben, dank der Einrichtung von Freudenhäusern, zu der die Gemeinden zwangsweise durch die französischen Kommandanten angehalten werden, vorgekommen sind oder noch vorkommen sollen. Aber wir protestieren dagegen als Gegner des Militarismus überhaupt, nicht aus einseitigem Nationalismus und pharisäerhaftem Vaterlandspatriotismus heraus. Wir wissen zu genau, daß der deutsche Militarismus auch nicht um ein Not anständiger ist als der französische. Erkennt man sich nicht mehr der schlechten Wibe unserer satirischen Zeitschriften über den durch die deutschen Truppen wieder geförderten Bevölkerungszuwachs in Frankreich, über die gerade unsere patriotischen Spießer gewiechert haben?

Diese wesentliche andre Art unseres Protestes verbietet uns auch, in das dramatisierende Geheul jener Eispacht-Patrioten mit einzuklinken. Wir verzichten auf jede Beschönigung der Dinge, aber auch auf jede Übertreibung und Entstellung. Vor ein paar Wochen erst hatte die bürgerliche Presse gegen die Mannschaften zweier englischer Jäger in Hamburg den Vorwurf erhoben, sie hätten sich an Kindern vergangen. Nun muß die amtliche deutsche Stelle selbst in London um Entschuldigung bitten, weil die Untersuchung die völlige Haltlosigkeit der Beschuldigung ergeben hat. Genauso wissen wir, daß es nicht nur pure latianische Wöste ist, die hoch schwarze Truppen im Rheinland verwenden läßt. Er fürchtet bei der Verwendung in Deutschland die bolschewistische Ansektion seiner weißen Rekruten, und verwendet gerade deshalb, also aus einem Grunde, den doch eigentlich gerade unsere Patrioten und Antibolschewisten anerkennen müßten, lieber die weniger empfänglichen Negere. Vor allem aber verzichten wir auf einen Revancherummel von Volk wider Volk. Wir bekämpfen den Militarismus mit seinen kulturfeindlichen Werken, gleichgültig wo wir ihn antreffen, ob bei uns oder bei den andern.

In der Nationalversammlung beschäftigte man sich gestern mit der „schwarzen Schmach“ auf Antrag des Breslauer Reichstagssozialisten Löbe. Der Außenminister Dr. Röster, der schließlich immer noch ein sozialdemokratisches Parteimitgliedsbuch in der Brusttasche trägt, ließ es sich dabei nicht entgehen, sich auf

seinen früheren Kriegsreporterstatus zu beziehen und in diesem Still sich den Pharisäern der bürgerlichen Protestfront anzubiedern. Deroude oder Boulanger ins Berlinerisch-Spießerhafte verzerrt! Für die unabhängige Sozialdemokratie, die als grundsätzliche Gegnerin des Militarismus allein das Recht besitzt, sich gegen die Schandtat des französischen Soldateska zu wenden, sprach Genoffin Zieg. Sie fand berechtigte Worte des Abscheus gegen den Regerschrecken Hoch, aber sie wies auch gegenüber den lärmenden und tobenden Revanchen- und Kriegesgeschrei der Bürgerlichen die heuchlerische und verlogene Seite der „patriotischen“ Szene nach, die ausgerechnet von denen veranstaltet würde, die den größeren militärischen Balken im eigenen Auge nicht sehen wollen. Genoffin Zieg verbannt es dieser ihrer aufrechten und allein würdigen Haltung, daß sie wiederum einmal von den verneigten bürgerlichen Tintenfäulern mit Dreck und Schmutz beworfen wird. Die Schwerindustrie Wost, das Blatt der Granatengroßfabrikanten, schreibt heute: „Das Weib befaßt die Schamlosigkeit, deutsche Soldaten und ihr Vorgehen in feindlichen Gebieten in einem Atem mit den schwarzen Franzosen und ihren Greueln zu nennen!“ Für die Deutsche Tageszeitung des Gewaltfriedensmenschen Reventlow ist sie eine „Leidende Magäre“. Und Herr Erich Dombrowski, der smarte Demokrat, weiß über die Rede der Genoffin Zieg nur zu schreiben: „Nadaw, Frau Zieg schreit und kreischt, haut mit der Faust auf den Tisch.“ Das Geschrei und Getöse der an ihre eigene Verbrechenfährte wieder einmal unansicht erinnerten bürgerlichen Vaterlandspatrioten hat nicht veranlassen können, den geraden und grundsätzlichen Weg der Bekämpfung aller militärischen Kulturgruel, wo auch immer sie anzutreffen sind, zu verlassen.

Brah und sein „Hochverrat“.

Unser Genosse Brah-Kemtschid, gegen den das „Hochverratsverfahren“ wegen seiner ausopfernden Tätigkeit für das unter dem Epiphänen Terror gemißhandelte Proletariat im Ruhrgebiet bekanntlich beantragt ist, hielt in Köln vor überfülltem Reichshallen-Theaterjale eine Rede, in der er gerade über diesen jüngsten Justizskandal der Konterrevolution folgendes ausführte: „Nach einheitlichem Kriegspolizeistatut sind die bürgerlichen im Zusammenhang mit der Meuterei Ehrhardts vorgehen. Die Original-Kriegspläne der einzelnen Städte sind in die Hände der U.S.P. gefallen. Nach der Niederwerfung der Reaktion durch die bewaffnete Arbeiterschaft aber fürchtete diese Regierung das Proletariat, das seine Rechnung präsentieren könnte, und stellte sich wieder unter die Botmäßigkeit der Militärs. Es kamen die Verhandlungen von Bielefeld und Münster, die sein mußten, weil das Proletariat seine Kräfte gegenüber der Uebermacht des Gegners nicht vergeteln durfte. Es mußte damit gerechnet werden, daß die Reichswehr sich nicht an diese Abmachungen hielt. Selbst Severing erklärte mir, daß er ebensowenig wie ich wisse, ob die Reichswehr einmarschieren werde oder nicht. Und sie marschierte ein und verbreitete durch ihre terroristischen Akte eine ungeheure Unruhe im ganzen Industriegebiet, so daß Zehntausende von Arbeitern von Hause flüchten mußten. In dieser Situation spielt mein „Vandoverrat“. Telephonisch machte ich mal die Reichsregierung auf das Wüten der Reichswehr aufmerksam. Es mußte nichts. Als aber in Welsch drei Arbeiter zusammengetrieben und erschossen wurden und fast in jeder Stadt und an jedem Ort daselbst geschah und die Arbeiter entflohen, da ging ich ins besetzte Gebiet und verhandelte mit den Militärs in der Günstlingsfrage. Ich werde mir das Recht nicht nehmen lassen, anwärtigen Journalisten die Wahrheit über Deutschland zu sagen. Und wenn das, was ich im Interesse von Zehntausenden von Arbeitern getan habe, Vandoverrat ist, nun gut, dann will ich ein „Vandoverrat“ sein. Der Vorwurf ist aber heuchelhaft. Man macht mich für den Einmarsch der Franzosen in Frankfurt verantwortlich! Dabei marschierten die Franzosen am 6. April morgens ein, während meine Unterredung am 7. nachmittags stattfand. Gewiß bin ich von der Entente gestagt worden, ob die Arbeiterschaft allein Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten könne, was ich bejahen konnte für den Fall, daß die Reichswehr nicht vorrücke.“

Die Gegner der Arbeiterschaft benutzen gerade jetzt im Wahlkampf wieder diesen „Hochverratsrummel“ gegen den Genossen Brah, um das Proletariat für ihre Ausbeuterinteressen einzufangen. Die nüchternen und ungeschminkte Darlegung der Dinge, wie sie hier Brah selbst gibt, muß jedem, der überhaupt sehen will, die Unfähigkeit und die durchsichtige Tendenz der ganzen wilden nationalstolischen Mache bewisen.

Damit der grimme Humor bei der Geschichte aber auch nicht fehle, weiß Brah noch mit Recht darauf hin, daß Koste selbst zwei Tage vor dem Rapp-Putsch mit den ausländischen Journalisten politische Gespräche gepflogen hat, was ja wohl auch Vandoverrat sein müßte, wenn man auf ihn anwendet, was man Brah zum Vorwurf macht. Und Koste hat den fremden Reportern ein wirkliches deutsches Geheimnis mitgeteilt, nämlich, daß — die Reichswehr republikanisch gesinnt sei!

Ein Demokrat von Schrot und Korn.

Die große Wahlkammer der Demokratischen Partei in Berlin, Herr Friedrich Karl von Siemens, Generaldirektor der Siemens und Halske A. G., hat gerade noch rechtzeitig genug auf der Aktionärsversammlung dieses Unternehmens auszusprechen können, was es mit dem sozialen Verständnis der Demokraten auf sich hat. Er führte nach dem Handzettel der Börsenblätter vor den versammelten Aktionärsbesitzern aus:

„Es wird nirgends auf Förderung der produktiven Arbeit bei uns genügend Wert gelegt. Eine viel zu große Menge Menschen ist unproduktiv tätig, die Zahl der Beamten im Staats- und Privatbetriebe ist viel zu groß. Deutschlands großes Leiden ist die Verringerung der Warenmenge, die es heute herstellt.“

Die Unproduktivität der Arbeit, die ja gerade auch der Sozialismus immer wieder gelobt, rührt also nach diesem demokratischen Führer nicht von der planlosen Wirtschaft des „freien Spiels“ der Kräfte her, sondern einfach aus der Tatsache, daß nach Herrn von Siemens noch nicht genug Lohnsklavensmassen systematisch ausgebildet werden. Durch massenhafte Arbeiter- und Beamtenentlassungen bei der Post oder Eisenbahn oder sonstwo soll man also die große manchesterliche Rostur an unserer Wirtschaft vollziehen. Es mag sein, daß dadurch die Betriebe im Sinne der Dividendenempfänger „rentabler“ werden. Produktiver aber, mehr Werte schaffend, werden sie dadurch nicht; im Gegenteil wird ihre wirkliche Leistung in dem Maße zurückgehen, als die Dividende der Kapitalisten wächst.

Für die Auffklärung der Volksmasse, insbesondere der Beamten, zur bevorstehenden Wahl kommt aber das Geständnis des Herrn von Siemens noch gerade recht.

Anschließend der bevorstehenden und zum Teil schon vollzogenen Arbeiterentlassungen in der Industrie mehren sich leidet sogar die einseitigen Stimmen im bürgerlichen Lager, die ausdrücklich vor der einfachen Rückkehr zum „freien Spiel der Kräfte“, also zur kapitalistischen Durcheinanderwirtschaft, warnen. Vaterlicher Einsicht ist dabei allerdings weniger die wirtschaftliche Erkenntnis, als vielmehr die augenblickliche Angst vor der dem Proletariat aufzunehmenden Befreiungsaktion. So rät jetzt das Zentrum in seinem führenden Blatt Germania (Leitartikel vom 18. Mai) zu einer planmäßigen großzügigen Hilfsaktion der Gesellschaft gegen die drohende Arbeitslosigkeit. Wie kommt uns überzeugten Sozialisten solcher Glanz in unsere Säfte?

Kürste's Stadt- und Dorfhöler klafft.

Das deutsch-nationale Feld, Wald- und Wiesenblättern von Leipzig und Umgebung, die Leipziger Allgemeine Zeitung, hat sich mit mehr Eifer als Verstand in die geistigen Wühlkisten gelehrt. Zwar langen zu einer ernsthaften sachlichen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus die geringen Kenntnisse des politischen Ide, die der unter dem Titel — wahrscheinlich mit einem gewissen Recht — besagte Schreiber des Herrn Hofstadts besetzt. Bei weitem nicht. Um so weniger ist es also verwunderlich, wenn er statt dessen den Forderungen seines antibolschewistischen Frühlingstriebs nachgibt und sich erschöpfliche Schauerreden von der Wölfe U.S.P. aus dem deutsch-nationalen Dammern lutscht.

Nach dem Stadt- und Dorfmann gibt die U.S.P. in der Nähe Leipzigs offiziell die Parole aus, und zwar durch den Genossen Minder-Wurgen, „auf dem Lande die weitestgehenden (die Dorfleute) in schlechtem Deutsch die „weltheldesten“) Versprechungen zu machen, auch wenn sie nicht erfüllt werden könnten“. Und ferner soll nach derselben lauterer Anleihe der Genosse Geyer junior (Wahl) auf der Döbeline Kreisversammlung unserer Partei folgenden Antrag eingebracht haben:

Die Versammlung wolle heute beschließen, was zu tun sei, wenn die Wahl nicht das Ergebnis zeigt, das sie zeigen soll. Es liegen Gründe vor, daß das Wirertum die Mehrheit bekommt, wir werden es daher ablehnen müssen, mit in den Reichstag einzuziehen, und aber mit Gewalt die Räteaktion erzwingen. Herr Geyer jun. gibt weiter bekannt, daß er 10 000 Genossen unter die Gewehre rufen könne. Auch Geschosse von der Gevater Regierung ländert ihm zur Verfügung. Anmeldungen sollen in jeder Ortsgruppe entgegengenommen werden. Jeden Tag soll eine Parole ausgegeben werden. Der Dekmantel ist Arbeitewehr oder Einwohnerwehr.

Wir können den Ordnungswahl des Dorfanzeigers beruhigen: Weber Ruder noch Geyer sind auf der Döbeline Tagung gewesen. Sie können also auch nicht auf sich für das verantwortlich gemacht werden, was ihnen hier der schwarz-weiß-rote Antibolschewist in dummbrester Manier anhängen möchte.

Aber der deutsch-nationale Herr verschweigt etwas: Nämlich, daß der Stadt- und Dorfanzeiger in Verkaufsvorhandlungen, die mit einem Leipziger Großverleger geführt wurden, von Herrn Hofstadts Anzeiger reich geworben ist, an den Stimm-Konzern verbleibt werden soll. Wir hielten Herrn Hofstadts bisher für einen gewissen Verschleiermann. Wenn er aber wirklich die genannten Reaktionskraft des Dorfanzeigers mit Mithrachten sollte, müßten wir diese unsere Meinung über ihn doch erheblich einschränken. Zur Sache bitte Verkaufs oder wäre zu bemerken, daß auch die Kopie der U.S.P. in den Abonnement des Käseblättern mit der unbenutzten Wopzunda der Schwerindustrie vollgepumpt werden sollen. Das wiederum das alte Wort behält: Nur die allerblühendsten Käber wählen (und abonnieren!) ihre Wehgeher selber.

Gefährliche Arbeitsvermittlung.

Russische Gefangene als Landarbeiter für Ostpreußen. Die ostpreussischen Großgrundbesitzer verschreiben sich neuerdings russische Gefangene aus den deutschen Gefangenenlagern. Das Vorhaben als solches ist äußerst korrek. Das Landesarbeitsamt Königsberg hat an das Reichsamt für Arbeitsvermittlung das Ersuchen gerichtet, russische Gefangene für die Landarbeit zur Verfügung zu stellen. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat deshalb sich an das zuständige Heeresabwärtungsamt gewandt und dieses hat nunmehr die Werbungen mit Genehmigung des Verwalters der Sowjetregierung, Herrn Kopp, in den Gefangenenlagern zugelassen. Es ist anzugeben, daß alle amtlichen Dienststellen dabei durchaus korrekt verfahren sind und doch muß in Anbetracht der in Ostpreußen tiefen Situation diese Tatsache die höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Truppentkonzentrationen in Ostpreußen sind eine Tatsache, die nicht mehr geleugnet werden kann und der Zweck dieser Konzentration zu irgendwelchen reaktionären Abenteuern kann auch als feststehend gelten. Es ist nun ohne weiteres klar, daß die Ansammlung von 2000 bis 2500 russischen Kriegsgefangenen auf ostpreussischen Gütern sehr leicht ein Teil des Planes sein kann, mit dem die deutschen und russischen Reaktionskräfte gemeinsam die Wiederaufrichtung ihrer Herrschaft antreiben. Diese Befürchtung wird bestätigt durch die Tatsache, daß die Werbungen nicht auf die russischen Gefangenenlager beschränkt bleiben, sondern sich auch auf das Interniertenlager in Altengrabow erstrecken, in dem bekanntlich die russischen Reste des Baltikumabenteurers, die reaktionären Kowalow-Bermondot-Truppen, untergebracht und noch immer fest formiert sind. Von diesen haben sich bereits 500 bereit erklärt, zur Landarbeit nach Ostpreußen zu gehen. Ob diese Anwerbung unter den Bermondottruppen im Einverständnis mit Herrn Kopp stattfindet, wird erst noch festzustellen sein.

Zur Lage im Osten.

Während die polnische Offensive in der Ukraine zum Stillstand gekommen ist, haben die Bolschewisten einen Gegenstoß von Norden her gegen Polen eingeleitet. Wie heute gemeldet wird, sind die Russen mit starken Kräften über die Dina vorgestoßen. Nach einem Telegramm aus Moskau ist die bolschewistische Armee um 120 000 Mann erhöht worden, die an der polnischen Front verwendet werden sollen. Von anderer Seite wird berichtet, daß Finnland beschloßen habe, sich der Offensive Polens gegen Sowjetrußland anzuschließen. Ferner wird aus Bukarest gemeldet: Der Chef der polnischen Militärmission in Paris ist in Bukarest eingetroffen und vom König in besonderer Audienz empfangen worden, der mit ihm eine längere Unterredung über die polnische Offensive und die politische Lage hatte. Das Blatt Ancepsul meldet, daß zwischen den Regierungen in Warschau und Bukarest ein Austausch von Noten und Depeschen stattgefunden hat und daß aus den Noten der Wunsch nach einer möglichst raschen Verständigung zwischen Polen und Rumänien fühlbar sei.

Durch verschiedene weitere Werbungen wird jetzt bestätigt, daß die neue Offensive gegen Rußland von langer Hand vorbereitet worden ist. Es ist offenbar die Errichtung einer großen Umfassungsfreie vom Weißen Meer bis zum Schwarzen Meer geplant. Wie die Freiheit berichtet, wird die Zahl der gegen Rußland ausgebotenen Streitkräfte auf 800 000 Mann geschätzt. Zweifellos steht auch der Vorstoß der Japaner in Sibirien mit den militärischen Operationen im Westen im Zusammenhang. Dabei mehren sich auch die Beweise dafür, daß die Entente das Unternehmen gegen Rußland tatkräftig unterstützt, obwohl diese Tatsache bisher offiziell abgelehnt wurde und auch die Verhandlungen zwischen dem englischen und dem russischen Bevollmächtigten in Kopenhagen über die Zurückbefreiung der Gefangenen und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen weitergeführt werden. Im englischen Unterhause hatte Bonar Law erst vor einigen Tagen versichert, daß die englische Regierung den Polen weder Kriegsmaterial noch Munition geliefert, noch sonstige Unterstützung gewährt habe. Am Montag mußte er aber zugeben, daß die Regierung im vergangenen Herbst den Polen den Ueberstich von ihren Kriegsvorfällen geschenkt hat und daß damals beim Zustandekommen des Abkommens keinerlei beschränkende Bestimmungen für die Verwendung dieser Munition und der andern Vorräte gestellt worden sind. Aquith sagte deshalb die englische Regierung an, daß sie die Tatsache der Unterstützung Polens dem Parlament verborgen habe. Er sagte, Polen habe einen unverantworlichen Angriff gemacht und die Grundzüge des Völkerrechts verletzt. Aquith verlangte den Abschluß eines wirklichen Friedens, Abrüstung und Zutritt der ehemaligen Feinde zum Rüstungsbau.

Nach Blättermeldungen nimmt überhaupt in England die Bewegung gegen den polnischen Feldzug in Rußland zu. Bel-

nahe Mäglich wird die Regierung im Unterhause wegen der Waffenlieferungen an Polen zur Rede gestellt. Die neueste Protestkundgebung ist eine Erklärung von 17 bekannten gemäßigten Führern der englischen Arbeiterpartei, daß der polnische Feldzug den Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen vermehre, die Teuerung vergrößere und auch sonst die Arbeiterinteressen schädige. Das Manifest schließt mit den Worten: Es scheint, daß die mächtigsten Persönlichkeiten, die in Paris die europäischen Angelegenheiten leiten, einen neuen Krieg zu beginnen wünschen; aber es wird von den Arbeitern abhängen, ob man imstande sein wird, diesen Krieg lange fortzusetzen. Zu dem Eingeständnis Donar Lawns über die Lieferung von Kriegsmaterial an Polen schreibt der sozialistische Daily Herald, daß die Transportarbeiter in Zukunft die Verschiffung solchen Materials viel gründlicher beobachten müßten. Inzwischen hat die Konferenz der Hafenarbeitervereinigungen in Plymouth beschlossen, weitere Ladungen von Munition zum Gebrauch gegen Sowjetrußland zu verbieten. Auch anderwärts regt sich das Solidaritätsgefühl der Arbeiterpartei. So weigerten sich z. B. die italienischen Eisenbahner in Brescia, einen von Frankreich kommenden Zug mit Kriegsmaterial, der nach Bulgarien bestimmt war, weiterzulassen, da es sich um Kriegsmaterial handelte, das im Kampf gegen Sowjetrußland verwendet werden sollte. Es ist unbedingt notwendig, daß auch die deutschen Arbeiter die Augen offen halten, damit sie nicht unbewußt die Feinde ihrer Brüder in Rußland unterstützen. In Deutschland ist diese Aufmerksamkeit besonders notwendig, denn offenbar befindet sich in Berlin eine Zentrale der gegenrevolutionären Koalition.

Besonders bemerkenswert ist übrigens die Tatsache, daß die Sowjetregierung erst in diesen Tagen ausdrücklich betont hat, daß sie nur in der Abwehr erneut zu den Waffen greift, daß sie im übrigen aber durchaus friedlich geklimmt sei. Nach einem Telegramm aus Helsinki hatte der britische Minister des Äußeren Lord Curzon an den Bolschewikminister Tschitscherin ein Telegramm geschickt, in dem er mitteilte, daß in London eine Meldung eingelaufen sei, wonach die Sowjetregierung eine Flotte ausrichte, um irgendwelchen Grenzstaat anzugreifen. Lord Curzon erklärte, daß jedweder russische Flottenangriff auf irgendwelchen von der Entente in irgendeiner Form anerkannten Grenzstaat als feindselige Handlung auch gegen die englische Flotte betrachtet werden würde und daß diese in diesem Falle auslaufen würde, um dem Angreifer zu helfen. Tschitscherin hat geantwortet, daß die Sowjetregierung nicht daran denke, eine Flotte gegen irgend einen Grenzstaat auszurichten, daß sie vielmehr durchaus friedlich geklimmt sei. Die Meldung könne nur von irgendwelcher Seite kommen, die den Versuch machen würde, England zum aktiven Eingreifen gegen Sowjetrußland zu verleiten.

Aus dieser Antwort geht klar und deutlich hervor, daß Sowjetrußland keinerlei Angriffsabsichten hat, daß es nur einen Abwehrkrieg gegen die kapitalistische Internationale führt. In diesem Kampfe muß es von dem Proletariat aller Länder nach besten Kräften unterstützt werden.

Vorfälle der Bolschewisten.

Wachau, 19. Mai. (Reuter.) Das letzte amtliche polnische Communiqué besagt: Der Feind hört fort, seine Truppen voran die Front in der Umgebung von Riew zu konzentrieren. Südlich der Dnina hat die polnische Armee sich nach langen Kämpfen unter dem Druck des feindlichen Heeres auf eine neue Verteidigungslinie zurückgezogen.

Lehran, 19. Mai. Eine starke bolschewistische Streitmacht ist am 18. Mai in der Nähe von Ensel (Pesten) an der Südküste des Kaspiischen Meeres gelandet. In derselben Nacht wurden die Engländer gezwungen, Ensel zu räumen. Die Bolschewisten haben die Wege in einem Umkreis von 10 Meilen rund um die Stadt besetzt. Die Stadt selbst wird durch bolschewistische Artillerie bedeckt.

Krach im ober-schlesischen Zentrum.

Wentzen, 19. Mai. (L. U.) Zu einer stürmischen Kundgebung für das Deutschtum kam es in einer Versammlung der deutsch-germanischen Katholiken Westens. In der heiligen Zentrumspartei bestand seit einem Jahr eine große Unzufriedenheit wegen der polenfreundlichen Haltung der Parteileitung der ober-schlesischen Zentrumspartei. Gegen diese Haltung kämpfte mit wachsendem Erfolge der frühere Vorsitzende der hiesigen Zentrumspartei, Justizrat Galkowski. Am Schluß der Versammlung wurde eine deutsche Organisation gegründet, zu deren Vorsitzendem Justizrat Galkowski gewählt wurde. Der Verkauf der Versammlung und die Gründung der neuen Organisation bedeuten eine schwere Niederlage des polenfreundlichen Flügels der Partei, der stark mit dem einseitigen Gedanken sympathisierte.

Erzbergers Steueraffäre.

Wie die Kölner Zentrumspresse berichtet, hat dort der lokale Finanzminister Dr. Witz eine Rede gehalten, in der er, durch einen Sozialdemokraten veranlaßt, sagte: „Ich habe die Steueraktion Erzbergers jetzt geprüft. Ich habe darin nichts gefunden, was gegen Erzberger zu verwenden wäre. Die Akten sind in Ordnung.“ Die eine Zentrumspresse hat natürlich der andern kein Auge aus. Herr Witz wird deshalb Herrn Heiserich und seinen Epigonen kaum als vertrauenswürdigem Geschäftsmann gelten. Über die Feindschaft der Ministeraktion gegen den Buttenhäuser ungeliebten Reaktionär würde ja auch nicht aufhören, wenn er bestände als ein „Kind, kein Engel ist so rein“.

Die gefährliche K. P. D.-Partei.

Nach dem in Dresden erscheinenden Kommunisten hat die von der KPD ausgehende Wappparole der Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit geradezu katastrophale Wirkungen auf die Organisation ausgeübt. Insbesondere trafe das für Sachsen zu. Der Kommunismus führt eine ganze Anzahl Ortoppen der KPD an, die geschloffen zur antiparlamentarischen KPD übergetreten sind. In Dresden, Leipzig, Pirna, Sebnitz, Böden, Rabenberg und im gesamten Unterbesatz Halle haben die kommunistischen Vereine entweder geschlossen oder zum größten Teil ihren Anschluß an die KPD vollzogen.

Danach würden also die Angaben Nihilus über den Mitgliederchwund der Partei von 150 000 auf 30 000 zutreffen.

Konferenzen

zur Beratung von Wirtschaftfragen.

Paris, 20. Mai. Heute nachmittag haben im Handelsministerium die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen begonnen. Ein Meinungsaustausch über den Gegenstand der Beratungen und die Geschäftsfrage ergab völlige Übereinstimmung. Sodann traten die beiderseitigen Sachverständigen zu Einzelgesprächen zusammen.

Paris, 20. Mai. Hier tagen außerordentlich delegierte wirtschaftlicher Verbände aus Amerika, England, Frankreich, Italien und Belgien, um einen Kongreß des Welthandels vorzubereiten, der vom 20. bis 28. Juni in Paris tagen soll. Zu dem Kongreß des Welthandels werden außer den Neutralen und die Mittelmächte zugelassen werden.

Berlin, 21. Mai. Die Meldung eines Blattes, daß der Reichshandelskommissionar mit andern leitenden Beamten in der vorigen Woche in Paris geweset habe, wird der Deutschen Allg. Zeitung bestätigt. Auch auf französischer Seite war der Wille zur Verständigung vorhanden. Die schwebenden Fragen wurden sachlich besprochen. Unablässige Bemerkungen konnten nicht getroffen werden, da von französischer Seite erklärt wurde, daß die Entscheidung dem Obersten Rat und der Wiederaufbaukommission überlassen werden müsse.

Paris, 20. Mai. Bei den Beratungen technischer Delegierter der deutschen, französischen und belgischen Eisenbahnverwaltungen über die Wiederaufnahme des Reiserverkehrs zwischen den drei

Ländern und den Durchgangsverkehr durch Deutschland wurde erzielt: 1. eine Vereinbarung zu dem Verträge über den Parlo-Brag-Verkehr-Wien-Expreßzug, 2. eine Vereinbarung mit der französischen Ostbahn wegen direkter Wagenverbindung mit Frankfurt a. M., Brau, Warschau, München und eventuell Wien, 3. eine Vereinbarung mit der französischen und belgischen Nordbahn und der internationalen Schifffahrtsgesellschaft wegen direkter mehrklassiger Wagenverbindung zwischen Paris (Orléans) und Berlin (est. Wien). Zur Verhandlung weiterer Einzelfragen zu 2. und 3. soll nächstens eine Zusammenkunft in Rehl veranstaltet werden.

Wieder ein Plan für eine internationale Anleihe.

Paris, 20. Mai. Wie dem New York Herald aus London gemeldet wird, wird in englischen Kreisen der Plan erwogen, wie eine internationale Anleihe von 300 bis 500 Millionen Pfund am besten gegeben werden könnte. Das Zustandekommen dieser Anleihe macht man in London von den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich abhängig, die in Paris begonnen haben.

England rüffel gegen Irland.

London, 19. Mai. (Reuter.) Im Oberhaus hat der Lordkanzler in der Besprechung der Lage in Irland erklärt, es sei die Pflicht der Regierung, gleichviel ob der Streik von kurzer oder langer Dauer sei, alle Kräfte und alle Hilfsmittel Englands anzuwenden, um erstens die gesetzliche Ordnung in Irland wieder herzustellen und zweitens die Kampanie, die zugunsten der Abtrennung geführt wird, vollständig unmöglich zu machen. Es sei die Absicht der Regierung, deutlich zu zeigen, daß England keine Pläne bezüglich Irlands mit derlei Unentschiedenheit durchzuführen werde, mit der es während des großen Krieges gehandelt habe. Nach einem Hinweis auf die Schwierigkeit des zu lösenden Problems sagte der Lordkanzler weiter, es seien bereits militärische Streitkräfte nach Irland entsandt worden; der Transport von weiteren Truppen sei in Vorbereitung. Wenn die verfügbaren militärischen Kräfte sich als unzureichend für die Aufgabe erweisen sollten, so werden wir durchaus nicht zögern, an das britische Volk einen Appell zu richten, diese Streitkräfte zu vermehren, so wie wir dies in einer kritischen Zeit des Krieges getan haben.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Verhaftung des Führers der Eisenbahner.

Paris, 20. Mai. Nach Schluß der gestrigen Beratungen des Nationalrates der Gewerkschaften wurde der Führer der Eisenbahner, Generalsekretär Vandoussau, verhaftet. Bei den Beratungen hatte er sich für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen.

Deutschland.

Beendigung des ober-schlesischen Richterstreiks?

Wie die T. U. von einer den Entente-Kreisen nahestehenden Persönlichkeit erfährt, glaubt man in diesen Kreisen, daß der Justizbeamtenstreik in den nächsten 8-10 Tagen beigelegt sein wird. Die Verhandlungen haben noch nicht begonnen.

Die Erhöhung der Postgebühren für Zeitungen zurückgestellt. Nach der Dortmund-Telegramme hat der Postminister Giesberts auf der Dillendorfer Tagung des Augustinusvereins erklärt, daß er die Erhöhung der Gebühren für Zeitungen bis zum 1. Oktober zurückgestellt habe; ob dies dann noch weiter möglich sein werde, siehe dahin.

Für Abbau der Zwangsökonomie. Die Hamburger Bürgerchaft hat beschlossen, den Versuch zu machen, es möge dahin wirken, daß die Zwangsökonomie für Fleisch möglichst bald aufgehoben wird und bei der Bewirtschaftung der Karolissen der Abbau in der Weise erfolge, daß die zur Bewahrung des Existenzminimums an die minderebemittelte und an die industrielle Bevölkerung benötigte Menge bewirtschaftet, der Rest frei gehandelt werde.

Dr. Schubert Oberpräsident von Hannover. Als Nachfolger für den auscheidenden reichstündigen Oberpräsidenten von Hannover, Richter, ist nach einer Meldung der Telegraphen-Union der sozialdemokratische Abgeordnete Schubert ausseren worden. Der neue Regierungspräsident von Hannover wird der Demokratischen Partei, der Regierungspräsident von Albstadt dem Zentrum einzuwählen werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein neuer Streiker.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes gibt eine Zeitschrift heraus unter dem Titel: Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie. Wir können den Zweck des neuen literarischen Mitteilungsorgans nicht besser kennzeichnen, als dies in dem Geleitwort zur ersten Nummer geschieht, das wir wiedergeben:

„Nach heftigen Kämpfen und Erschütterungen und trotz der einschneidenden Proteste aller Klassenbewußten Arbeitstheoretiker ist das Betriebsrätegesetz von der Nationalversammlung fast unverändert in der ihm von dem Reichstag nach langer Ausdehnung gegebenen Form verabschiedet worden und inzwischen in Kraft getreten.“

Der Gedanke der Räte, geboren aus dem Bewußtsein seiner Macht und seiner Rechte gelangt in schaffendem Maße, von der Regierung nur mit Widerstreben und schließlich unter dem Druck des kämpfenden Proletariats schließlich in die Gesetzgebung aufgenommen, wird in diesem Gesetz kodifiziert. Aber der Rätegedanke ist zu tief in den Köpfen der Arbeiter verankert, als daß ihn rückständige Gesetzgebungsparagrafen erlösen könnten. Geboren im ersten revolutionären Erwachen des deutschen schaffenden Volkes, gestützt durch die blutigen Erfahrungen der hinter uns liegenden Revolutionenkämpfe, getragen von dem historisch bedingten und notwendigen Streben der aufsteigenden Klasse der Hand- und Kopfarbeiter nach der Umwandlung der kapitalistischen Anarchie in eine sozialistische Planwirtschaft, wird er allen Widerständen zum Trotz seinen Vormarsch antreten. Nicht nur die gewählten Betriebsräte werden seine Träger sein, sondern hinter den Gewählten wird und muß entschlossen und solidarisches die gesamte Volksgemeinschaft des Betriebes, die vereinten Hand- und Kopfarbeiter stehen. Dazu bedarf es in erster Linie des entschlossenen Kampfeswillens der Arbeiter und Angehörten, aber es bedarf in gleicher Weise eines geistigen Aufschwungs, das die schärfste Waffe in den vor uns liegenden harten Kämpfen und ein unerschütterliches Hilfsmittel sein wird. Diese geistigen Waffen soll die „Betriebsräte-Zeitschrift“ den Kollegen liefern. Sie hat sich ein weitreichendes Programm gestellt, das über die bisherigen Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit hinausgreift und neben der Erklärung des Gesetzes in seiner Anwendung, neben allen einschlägigen Fragen des Arbeitsrechts, Tarifwesens, der Verwaltungslehre und Bilanzkunde, belehrenden Aufsätze bringen soll über die Technik der verschiedenen Produktionszweige, die technische und kaufmännische Organisation der modernen Betriebe, die Grundzüge der Statistik und schließlich allgemeine volkswirtschaftliche Belehrung in systematischer Folge erteilen.

Daneben wird sie das Gebiet der Wirtschaftsgeographie, die Kenntnis der Rohstoffquellen und Abgabebiete und der internationalen Austauschbeziehungen zu vermitteln haben und im übrigen ein enger Austausch mit unseren ausländischen Bruderorganisationen über die auch in andern Ländern bereits unternommenen ersten Schritte der Rätebewegung, wie ihrer revolutionären Praxis auf wirtschaftlichen Gebieten anzubahnen sein.

Durch unser neues Organ soll aber auch ein Verbindungsglied geschaffen werden zwischen uns in allen Teilen Deutschlands in den Betriebsräten tätigen Kollegen und Kollegen, ein reger Erfahrungsaustausch soll anflutend und anspornend auf die Erwerbung weiterer Rechte, auf die Sicherung neuer Arbeitspositionen wirken. Hierzu bedürfen wir freilich der regelmäßigen Mitarbeit der betreffenden Kollegen in den verschiedenen Verwal-

tungsgremien, denen soweit als möglich Raum zur praktischen Mitwirkung ihrer gemachten Erfahrungen, der erworbenen Einsicht und Rechte gewährt werden soll. Wir fordern darum heute bereits die Kollegen auf, sich zu Mittellern am Ausbau unseres neuen Organs zur Verfügung zu stellen!

Wie die Betriebsräte selbst, so stellt sich auch unter neue Betriebsräte als neuer Mittelknoten auf den Plan des proletarischen Bestrebens, bei all seinen Arbeiten systematische, ständige Aufklärung und Belehrung, bei aller Betonung der Notwendigkeit des Eingehens auf alle Spezialgebiete dennoch niemals aus dem Auge verlierend das Endziel unseres gemeinsamen Strebens: die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, die Errichtung der auf der Arbeit aller für alle beruhenden sozialistischen Planwirtschaft. Wie die Aufgabe der Betriebsräte, so muß es auch die unserer neuen geistigen Waffe sein, diesen Gedanken nicht nur propagandistisch zu verbreiten, sondern ihm praktisch die Wege zu weisen. Wie diese hohe Ziel gibt uns frohen Mut zum neuen Werk!

Die bisher erschienenen Nummern entsprechen inhaltlich durchaus den im Geleitwort aufgestellten Richtlinien. Unter den Mitarbeitern der neuen Zeitschrift finden wir an bekannten Namen u. a. Toni Genzer, E. Kuffner, Altmann, Paul Lange. Die Redaktion führt Genosse Robert Dittmann, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, der in den ersten beiden Nummern mit zwei Artikeln vertreten ist.

Wir wünschen dem neuen Streiter für den Rätegedanken guten Erfolg.

Die Betriebsräte-Zeitschrift erscheint alle 14 Tage in einem Umfang von 32 Seiten und wird zum Preis von 30 Pf. pro Exemplar abgegeben an die Mitglieder des Verbandes, sowie an diejenigen Betriebsräte, die innerhalb der Metallindustrie anderen Gewerkschaften angehören. Im Postabonnement ist die Betriebsräte-Zeitschrift zum Preise von 7 Mk. pro Vierteljahr. Die Ausgabe dieses Organs ist in erster Linie vorgesehen für die gewählten Betriebsräte und Betriebsobleute innerhalb der Metallindustrie, doch haben auch andre Mitglieder des Verbandes, in erster Linie die Vertrauensleute und Funktionäre der Organisation die Möglichkeit, die Betriebsräte-Zeitschrift durch die örtlichen Verwaltungen beziehen zu können.

Reaktionäre Fleischmeister.

Am 2. Februar 1920 reichte der Zentralverband der Fleischer den Fleischvereinigungen zu Tausch, Markgrafstädt und Jena einen Forderungsvertrag ein. Die Forderungen betrafen allerhand Ausreden, um eine Antwort hinauszuschieben. Damit nun die Fleischmeister den Vertrag der freigewerkschaftlichen Fleischergesellen nicht anzuerkennen brauchten, schickten sie ihre Söhne samt und sonders in den Deutschen Fleischergesellenbund, eine Organisation, die den freigewerkschaftlich organisierten Fleischern bei allen Lohnkämpfen in den Städten fiel; erst vor kurzem wieder bei dem Streik der Leipziger Ladenfleischergesellen. Mit dieser Organisation schlossen sie einen Vertrag ab, wissend, daß sie diesen nicht eingehalten brauchen. Mit dem Vertrag gehen sie nun bei Hochherden usw. kreben; sie sagen bei allen Verhandlungen, sie hätten einen Vertrag, und der genüge ihnen.

Die Fleischergesellen in der Knüttelhauptmannschaft Leipzig arbeiten unter ganz miserablen Verhältnissen. Erst Max Hill hat ein verheirateter Gefolge, der bei dem Fleischmeister Burghold in Döbeln arbeitete, seine Arbeitsstelle mit einem Wochenlohn von 105 Mark verlassen mußte, um mit seiner Familie nicht ganz verhungern zu müssen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den übrigen Orten, wie Gausig, Leutzsch, Böhlig-Gröbenberg usw. Die organisierte Arbeiterschaft ist gut genug gewesen, diesen Verren zu ihrem Recht zu verhelfen, damit sie heute mit Autonomie und Luxus überhäufig hupieren können. Diese Leute brauchen die Arbeiterschaft nur als Konsumenten, sonst wollen sie nicht von ihr wissen. Sogar doch erst kürzlich einer der Hünen: „Hoffentlich fallen die Wahlen gut aus, damit der Arbeiterschaft ihr Terror ausgetrieben werden kann!“ Den Fleischergesellen stehen die Mittel, die sie früher zur Erreichung ihrer Forderungen gebrauchten, nicht zur Verfügung; Zeit wird es aber, daß die gesamte Arbeiterschaft verlangt, daß einer der wichtigsten Lebensmittelpunkte kommunalisiert wird, damit sie nicht nur eine einwandfreie und auch genussame Ware bekommt, sondern auch die Berufsangehörigen unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten können, und sich nicht eine Klasse auf Kosten anderer wälzt.

Zentralverband der Fleischer. Ortsverwaltung Leipzig.

Die Lohnbewegung der Buchbinder-Markthelfer ist nach langem Verhandeln glücklicherweise zum Abschluß gebracht worden. Die Löhne erhöhen sich ab 1. Mai 1920 um 40 Prozent für die Monate Mai und Juni, um 50 Prozent für Monat Juli. Wenn die Lohnkämpfer den Forderungen und Wünschen der Kollegenschaft auch nicht voll entsprechen, so muß doch immerhin der Erfolg ein beachtenswerter genannt werden. Wollen wir auch für die Zukunft erfolgreich arbeiten, so kann dies nur mit einer zielbewußten, selbstorganisierten Arbeiterschaft geschehen. Daher muß es auch für den letzten Kollegen heißen: hinein in den Deutschen Transportarbeiterverband, sei und treu zur Organisation stehen. Nur in der Einheit liegt unsere Stärke.

Deutscher Transportarbeiterverband. Sektion der Buchbinder-Markthelfer.

Abgelehnte Forderungen im schlesischen Bergbau. Wie die Ostdeutsche Morgenpost meldet, lehnten die Unternehmer der ober-schlesischen Montanindustrie die neuen Lohnforderungen der Arbeiter ab. Die Verhandlungen wurden abgebrochen.

Zum Streik auf den Hamburger Werften hat das unter Vorsitz des Kommissars des Reichsarbeitsministeriums Dr. Weigert am Donnerstag zusammengetretene Schiedsgericht einen Spruch gefällt, den beide Parteien angenommen haben. Die Arbeit der Angehörten und Arbeiter wird danach am Freitag wieder aufgenommen.

Wiktoria Zimmerer. Der Bau Singewald in Rüdmar-dorf, Ausführender C. S. Friede, ist gesperrt, bis die Firma Singewald die Beleidigungen gegen die Organisationsvertreter zurücknimmt.

Deutscher Zimmererverband, Zahlstelle Leipzig.

Letzte Nachrichten.

Ein Streik der Reaktion in Halle.

Halle, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Späte Nacht wurde unser Parteigenosse Professor Wertmeister verhaftet, der gestern in einer Besamtenversammlung einen Vortrag gehalten hat. Er wurde nach Magdeburg und von dort anschließend nach Steien gebracht. Die Verhaftung wurde von dem Reichskommissariat für öffentliche Ordnung angeordnet. Sie dürfte sich zu einer gewaltigen Binnage für die Regierung auswachsen, die jeden auswärtigen Redner verhaften läßt, will sie ihn im Verdacht hat, die mitteldeutsche Räterepublik aufzuheben zu wollen!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Dießner in Leipzig. Verantwortlich für den Ankerenteil: Friedrich Viller, Potsdam-Verlag. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Mitteldeutsche, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Lebens- mittel

Junger Kohlrabi in Scheiben Dofen à 2 Pfund	145
Junger Kohlrabi in Scheiben mit Grün. . . . Dofen à 1 Pfund	95
Junge Karotten gehmahlen in Dofen à 2 Pfund 1,60	125

Carte Blanche

Schaumwein mit Zucker gesüßt, 1/1 Flasche
inkl. Steuer 42⁰⁰

Tomaten-Mark Dofen à 2 Pfund	560
Tomaten-Mark Dofen à 1 Pfund	300
Tomaten-Mark Dosen à 200 Gr.	150
Apfelmus Dofen à 2 Pfund	510
Apfelmus Dofen à 1 Pfund	260
Apfelfücke Dofen à 2 Pfund	525

Althoff

Herren- Anzüge

- Jackett-Anzug** a. graukarriertem, hellbrünn. Forster Buckskin, gute Qualität, m. aufgesetzten Taschen, Rückengurt und Strahlenfalten, Hose mit Umschlag u. breite Kappnaht M. **490⁰⁰**
- Jackett-Anzug** aus braun rötlichem, starken, tragfähigen Stoff, einfache, einreihige Sacco-Form M. **490⁰⁰**
- Jackett-Anzug** aus dunkel gemustertem, starken, gezwirnten Cheviot, gute Zusäfen, einreihige Form M. **590⁰⁰**
- Jackett-Anzug** aus braunkarriertem Forster Buckskin, schöne Form, gute Zusäfen M. **590⁰⁰**
- Jackett-Anzug** aus dunklem, sehr guten, gemischfarbigen Buckskin, m. aufgesetzten Taschen, Rückengurt mit Strahlenfalten, Umschlaghose . M. **690⁰⁰**
- Jackett-Anzug** aus dunkelgrauem, leichten Cheviot, besonders gute Qualität, sehr schöne einreihige Form, gute Verarbeitung und Zusäfen M. **690⁰⁰**
- Jackett-Anzug** aus gutem Cheviot und Buckskin, verschied. Formen, la. Zusäfen und Verarbeitung, in grau und braun karriert, einfarbig braun u. grünlich gestreift . M. **790⁰⁰**
- Jackett-Anzug** aus graukarriertem SOMMERSTOFF, sogenanntes Pepita-Muster, modernste Form mit aufgesetzten Taschen, Gürtel ringum, Umschlaghose **890⁰⁰**
- Jackett-Anzug** a. guten Buckskins und Cheviots verschiedener Qualität, guten Zusäfen und tadellose Verarbeitung, verschiedene Formen in rötlich braunkarriert, kupferbraun gestreift, einfarbig grün und braun in schönen Farbenönen M. **890⁰⁰**
- Jackett-Anzug**, modernste Form mit aufgesetzten Taschen, Umschlaghose oder einfache solide Form, in lebhaftem, oliv und braun, und anderen Farben durchsetzt, schönen Karo, besonders beliebt . M. **990⁰⁰**
- Jackett-Anzug**, besonders gut verarbeitet, schöne Passform, aus guter Forster Friedensware, schön gefärbt, rötlich braun und olivkarriert, besonders vorteilhaft M. **990⁰⁰**

In allen diesen angeführten Serien sind wir vollständig sortiert, jeder Anzug ist in allen Größen vorrätig

In den Preislagen:
M. 1050.-, 1200.-, 1400.-, 1500.-
und höher sind unsere Anzüge aus durchweg reinwollenen Stoffen in maßvoller eleganter Verarbeitung

H. Hollenkamp & Co
Brühi Nr. 28-32 Leipzig Ecke Reichsstr.
Erstes Herren-Bekleidungshaus

**Rindleder-Coupekkoffer
Cartons**
Desgleichen in deutscher Fibr. Größte Auswahl.
Nur eigene beste Fabrikate. **Billigste Preise**
Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16.
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel und div. ff. Lederwaren.

Lichtschau Spielhaus

Eisenbahnstr. 74 Eisenbahnstr. 74

Nur 4 Tage! Vom 21.-24. Mai: Verlängern unmögl.
Harry Liedtke — **Egede Nissen**
die beiden sympathischsten Darsteller und Lieblinge des Publikums, in dem schönsten und spannendsten Filmwerk aller Zeiten:
Tropenblut.
Rieson-Monumental-Abenteuer und Verschwörer-Drama aus der Zeit der mexikanischen Revolution.
7 spannende Akte 7 — Hierzu:
Braut auf 24 Stunden.
Tolles Lustspiel in 3 Akten
Täglich Einlaß 5 Uhr
Anfang 1/6 Uhr

Sonntagvormittag 1/4 Uhr: Grosse Jugendvorstellung mit Extraprogramm.

Bonorand

Voranzeige!

Am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertag
Grosse Konzerte
Von 7-9 Uhr Frühkonzert — 11-1 Uhr Frühschoppenkonzert

An den 3 Feiertagen von 5 Uhr an
BONO-BALL

Näheres in morgender Anzeigel

LUNA-Lichtspiele
Leipzig Euerisch Schießestr.
Von Freitag, den 21., bis Montag, den 24. Mai
Aus den Geheimarchiven eines Detektiv-Bureaus.
Apachenrache in Eines Mannes Wort. 4 Akte.
Film-Palast
L.-Lindenu, Gundorfer Strasse 31.
26 Freitag
Nur 4 Tage
Das in Dresden bereits verbotene Filmwerk
Lilly
Das Sittenbild aus Berlin W.
Sauptdarstellerin **Mya Pankau**
Dazu das übliche Programm.

Weisse Wand
Die weißen Rosen von Ravensberg.
Nur 4 Tage
Nur 4 Tage
7 Akte.
Roman von E. Ballestrem.
Ein Filmwerk, dessen Schönheit nicht übertroffen worden kam.
Überall begeistert aufgenommen.

Sonntagvormittag 1/4 Uhr: Grosse Jugendvorstellung mit Extraprogramm.

Wahlzeitung

Der 6. Juni ist Wahltag!

Die Tabaksteuer.

Unter der Koalitionsregierung ist die kurzfristige Finanzpolitik des alten Regimes wieder aufgenommen worden. Die Höhe der Steuern, die von der Nationalversammlung geschaffen worden sind, die gegenüber der Höhe der Steuern aus der Zeit vor dem Kriege geradezu gigantisch wirken, darf über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß es die alte Steuerpolitik ist, die mit den alten Mitteln soviel als möglich auf die Schultern der Beschäftigten zu verlagern sucht. Geändert hat sich nur die Höhe, das alte ungerechte System ist geblieben.

Zu dem unvermeidlichen Requisitionen der indirekten Steuerpolitik gehört eine Tabaksteuer. Die Steuerpolitik der Koalitionsregierung hat auch dies Mittel benutzt, um soviel als möglich an Steuern herauszuholen. Gerade bei dieser Steuer zeigt sich, daß diese Art von Steuerpolitik nicht im Zusammenhange steht mit einer großzügigen Wirtschaftspolitik, deren Ziel die Veränderung der Grundlagen der Wirtschaft ist, daß sie vielmehr an der Verwirklichung, daß das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte im kapitalistischen System so wenig wie möglich gehindert werden dürfte.

Bei den alten Tabaksteuervorlägen vor dem Kriege wie während des Krieges ist der Gedanke eines Tabakmonopols immer wieder aufgekommen. Aber immer wieder ist er abgelehnt worden — einmal, weil die liberalen Parteien schon in einem Tabakmonopol einen Schritt zum Sozialismus erblickten, dann aber, weil die bürgerliche Steuerpolitik immer von der Hand in den Mund gelebt hat und deshalb zu einer wirklich großzügigen Finanzreform nicht kommen konnte. Dasselbe hat sich bei der Schaffung der neuen Tabaksteuer durch die Nationalversammlung gezeigt. Die Koalitionsregierung wies den Gedanken eines Tabakmonopols ab mit der Begründung, daß die Erträge eines Tabakmonopols nicht sofort fließen würden, daß es ihr darauf ankomme, sofort und reichlich fließende Einnahmequellen zu schaffen. So griff sie zu dem Mittel einer grandiosen Erhöhung der Tabaksteuer. Die Begründung für diese Tabaksteuer durch die Regierung ist klassisch einfach:

Die Belastungsfähigkeit des Rauchgenusses hat sich im Kriege weit höher erwiesen als früher angenommen werden konnte. Obwohl die Kleinverkaufspreise für Tabakerzeugnisse namentlich wegen der durch die Tabakmonopole bedingten hohen Rohstoffpreise um ein Vielfaches gestiegen sind, blieb die Nachfrage eine äußerst rege und konnte mit den verfügbaren Vorräten nur zu einem geringen Teil befriedigt werden. Auch haben tabakähnliche Waren, die ohne Mitverwendung von Tabak aus Erzeugnissen hergestellt worden sind, zu verhältnismäßig hohen Preisen folgenden Absatz gefunden.

Also, schlussfolgert die Regierung, können wir bis an die Grenze der Belastungsfähigkeit gehen.

Für den Tabakverbraucher bed. das eine gewaltige Schädigung. Es ist bisher immer verstanden worden, daß die Tabaksteuer ein Mittel der sozialen Gerechtigkeit umzusetzen. Nur der dem Tabakgenuss Bräunende werde bestraft, und jeder habe die Möglichkeit, sich der Steuer durch Verzicht auf den Tabakgenuss zu entziehen. Das heißt, wie alle solche Betrachtungen bei indirekten Steuern, auf die Moral hinaus, daß der Besteuerende sich den Tabakgenuss leisten könne, der Nichtbesteuerte ihn aber leisten müsse. Es ist das alte Lied vom Entzweien sich hier. Nun hat aber der Krieg zu einer gewaltigen Vermehrung der Tabakverbraucher geführt und den Tabak für viele zu einem geradezu unentbehrlichen Nahrungsmittel gemacht. Es ist wahrhaft wenig, was sich heute der Arbeiter an Genussmitteln leisten kann. Wer ihm noch die Zigarre oder die Pfeife Tabak so versteuert, daß sie fast unerschwinglich wird, der raubt ihm fast noch das letzte Genussmittel, das ihm bleibt. Und die Tabaksteuer ist dazu angetan. Gegenüber der Kriegstabaksteuer sind ihre Zehner auf das Doppelte erhöht worden. Nicht weniger als 750 Millionen Mark soll diese Steuer einbringen, also 12 Mark auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet.

Am einzelnen sind für Zigarren die Steuerhöhen durchgestaffelt für Preise von 8 Pfg. das Stück an. In den Köpfen der Regierungsinventare spielte bei der Beratung der Tabaksteuer der Gedanke, daß die Zeit der billigen Zigarren bald wiederkommen werde, und sie gläubten, sozial gerecht zu handeln, wenn sie die Höhe für Zigarren im Preise von 8 bis 50 Pfg. relativ niedrig hielten, das heißt in der Höhe von 8 bis 100 Mark pro tausend Stück. In Wirklichkeit ist die Lage so, daß heute Zigarren in dieser Preislage so gut wie überhaupt nicht hergestellt werden und daß der Durchschnittspreis für die billige Zigarre ungefähr eine Mark ist. In dieser Preislage aber beträgt die Steuer 300 Mark pro tausend Stück. Der Arbeiter, der eine Zigarre für eine Mark kauft, entrichtet zugleich 30 Pfennig Tabaksteuer. In ähnlicher Höhe bewegen sich die Steuerhöhen für Pfeifentabak. Das kilo Pfeifentabak zu 30 Mark wird mit 14 Mark pro Kilogramm besteuert, von 30 bis 40 Mark mit 20 Mark pro Kilogramm. Bei der Zigarette beträgt die Steuer für die Durchschnittspreislage ebenfalls 30 Prozent. Bei dieser Steuerhöhe werden viele Arbeiter, namentlich die Familienväter, zu Tabakabstinenten werden müssen.

Bei der Beratung dieser Steuer in der Nationalversammlung war es wieder nur die Unabhängige Sozialdemokratie, die sich grundlegend gegen diese Steuer erklärte. Die Koalitionsparteien waren eins. Die Rechtssozialisten nahmen es für eine Selbstverständlichkeit hin, daß eine neue Tabaksteuer kommen würde, und nachdem sie einmal die sozialistischen Grundzüge in Steuerfragen durchschauen hatten, beteiligten sie sich lustig an der indirekten Steuerhaherei. So kam es zu keinen besonderen Kämpfen wegen dieser Steuer. Die Koalition, die G. u. L. zur Beibehaltung der Beschäftigten und zur Schonung des kapitalistischen Systems petitierte auch diese Belastung ohne Bedenken durch.

Die kleineren indirekten Steuern.

An Umsatzsteuer und Tabaksteuer, die Milliardenbeträge aufbringen sollen, hat die Nationalversammlung ein Dutzend kleinerer indirekter Steuern hinzugefügt, die sich nicht durch Originalität, wohl aber durch die Höhe ihrer Steuerhöhe auszeichnen. Zu diesen indirekten Steuern gehören zunächst

Die Grunderwerbssteuer.

Bei dem Übergang von Grund und Boden aus der Hand des bisherigen Besitzers in andere Eigentum wird eine Steuer von vier Prozent des gemeinen Wertes erhoben. Der Ertrag dieser Steuer wird auf 230 Millionen Mark geschätzt. Dieser Betrag wird nicht von den Bodenbesitzern aufgebracht, sondern nur von ihnen gezahlt, dann aber abgewälzt, sei es nun in der Gestalt von Preiserschöngungen für Bodenprodukte, sei es in der Gestalt von Mietpreiserhöhungen. Auch bei dieser Steuer sind also die breiten Schichten der widervermittelten Bevölkerung die Leidtragenden.

Die Zündwarensteuer.

Dieses Monstrum aus der Zeit der Steuerkluft des alten Regimes ist beibehalten worden. Ihre Höhe jedoch haben eine Verdoppelung erfahren, so daß die Normalzigarette Streichhölzer, die 60 Stück enthält, jetzt mit 3 Pfg. Steuer belastet ist. Die Steuer soll 50 Millionen einbringen.

Der Spielkartenspieler ist auf 2 Mark für das Spiel Karten erhöht worden.

Zu diesen kleineren Vorkriegs- und Nachkriegs-Steuern der indirekten Steuerpolitik treten nun aber noch zwei besonders aufreizende Kombinationen aus der Reihe der indirekten Steuern; die Erhöhung der Zuckerversteuerung und die Erhöhung der Postgebühren.

Die Zuckersteuer

Ist mehr als verdoppelt worden. Der Satz von 14 Mk. pro Doppelzentner ist auf 30 Mk. erhöht worden. Die Folge davon ist, daß jedes Pfund Zucker infolge der Steuererhöhung allein um mindestens 8 Pfennig verteuert worden ist.

Die Erhöhung der Postgebühren

Bis zum neuesten Vorstoß muß natürlich dazu beitragen, die Kosten des Verkehrs und des Handels zu verteuern und nach dadurch ebenfalls preistreibend wirken — ganz abgesehen von der direkten Belastung des einzelnen durch die Erhöhung der Kosten seiner notwendigen Privatkorrespondenz.

Bei diesen kleineren indirekten Steuern aber, wie auch bei der Tabaksteuer darf nicht vergessen werden, daß ihre Leistung nicht von der Leistung der Umsatzsteuer für den gleichen Betroffenen zu trennen ist. Der Tabak und die Tabakerzeugnisse tragen nicht nur die Tabaksteuer, sondern außerdem die Umsatzsteuer, ebenso die Zündwaren, der Zucker, die Spielkarten. Bei diesen Waren liegt also sogar eine doppelte indirekte Besteuerung vor. Am schmerzhaftesten tritt dies in die Erscheinung, wenn man das Beispiel eines Rauchers ins Auge faßt, der sich mit einem Feuerzeug eine Zigarre in Brand raucht. Die Zigarre soll 1 Mark kosten, das Feuerzeug 2 Mark. Dann hat der Raucher bezahlt, vorausgesetzt, daß die Zigarre nur vier Pfennige erfährt hat, das Feuerzeug fünf Pfennige: 30 Pfennig Tabaksteuer, 6 Pfennig Umsatzsteuer für die Zigarre, 50 Pfennig Zündwarensteuer, 15 Pfennig Umsatzsteuer für das Feuerzeug. Ohne Übertreibung muß gesagt werden: vom Augenblick an, wo der Arbeiter sich aus dem Bett steigt, bis zum Augenblick, wo er sich, müde von der Arbeit des Tages, zu Bett legt, wird er ständig vom Steuerflut verfohrt. Sein Morgenbrot und sein Morgenbrot, Frühstück, Mittag- und Abendessen, alles ist versteuert. Kaffee und Boden, Post und Umsatzsteuer, das Glas Bier, die Pfeife Tabak, das Streichholz, die Spielkarte, die Straßenbahnfahrkarte, alles ist mit Steuern belastet. Wäsche, Kleider, Spiegel, alles, was er am Leib und in den Taschen trägt, ist versteuert. Die Säge und das Handbuch, die Werkzeuge, mit denen er arbeitet, alles ist versteuert. Und wenn er sich abends ins Bett legt, kann er sich mit dem Gedanken trösten, daß Zeit und Bettwäsche ebenfalls versteuert sind — unter Umständen sogar durch die Luxussteuer.

Das nennt man nämlich bei den Regierungsparteien ein „soziales Steuersystem“.

Sie haben den Krieg gewollt!

Im Herbst 1915 schrieb der Vorkämpfer des Mitteldeutschen Bundes, General v. Gebhardt, in der Zeitschrift „Der Vorkämpfer“: „Dreimal haben wir Mitteldeutschen geraten, einem drohenden Krieg nicht auszuweichen, sondern die gebotene Gelegenheit zum Ausgleich der bestehenden Spannung zu benutzen; dreimal also haben wir, wenn man es so nennen will, zum Kriege gerate. 1905 gegen Frankreich, 1911 gegen Frankreich und England, und 1912 gegen den gesamten Dreiverband.“

„Zweimal, Sie haben zum Krieg geraten und gehen — nicht dreimal, sondern fast täglich — jahrelang, Sie, die Mitteldeutschen, die Konservativen, Nationalliberalen und Antisemiten, deren politische Erben die heutigen Deutschnationalen und Deutschen Volksparteier sind. Und als die Wünsche der Kriegshäher erfüllt wurden, als das Verhängnis über das deutsche Volk hereinbrach, schrieben am 3. August 1914 die Mitteldeutschen Blätter, das Amtsblatt des Mitteldeutschen Bundes: „Die Stunde haben wir ersehnt — unsre Freunde wußten es —, wo wir vor die gewaltigste Schicksalsentscheidung gestellt werden, weil wir glauben und wissen, daß sie neben lichter Schwerkem Rettung und Segen bringen wird. Nun ist sie da, die heilige Stunde. Der Atem der Welt ruht, und jedes Volk zeigt, was es ist. Die Russen tödlich und selbst bis zum letzten Augenblick, die Franzosen — vor die liberale Weltlichkeit gestellt — schlotternd und wackelnd die Nase hoch vergebend, England fast wogend und jauchend — das deutsche Volk aber inbet!“

Das deutsche Volk jubelte in Westfalen auch 1914 nicht. Es jubelt haben aber die fanatisierten Militaristen, die profitierenden Kapitalisten, die machthaberischen imperialistischen Weltmachtspolitiker, die vom Krieg die Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen

den imperialistischen Träume erhofften. Diese Weltmachtspolitiker haben, unterstützt von den Durchhaltepolitikern aus den Kreisen der heutigen Koalitionsparteien, das deutsche Volk über den wahren Charakter des Krieges getäuscht und haben die Aufklärung des Volkes gewaltam verhindert. Alle diese Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Rechtssozialisten, tragen deshalb die Verantwortung für diese verhängnisvolle Politik und deren furchtbare Folgen. Sie alle sind mitschuldig, wenn jetzt

das deutsche Volk leidet und zusammenbricht unter den furchtbaren Leiden und körperlichen Qualen, unter dem Druck der wirtschaftlichen Not und Entbehrungen, unter dem Druck der Schulden und Steuern.

Sie alle sind mit schuld an eurem jetzigen furchtbaren Leid. Daran denkt, Wähler und Wählerinnen, wenn ihr am 6. Juni, dem Tage der Abrechnung, an die Wahlurne tretet!

Minderwertige Bezahlung der Frau.

Die Partei der Großgrundbesitzer und Großbauern, die Deutschnationalen Volkspartei, hat — jetzt vor den Wahlen — Richtlinien für Frauenfragen aufgestellt, in denen es heißt:

„Ungerechte Arbeitsentlassung und minderwertige Bezahlung der Frau schädigen das gesamte Volkswesen. Gleich Lohn für gleiche Leistung.“

Sehr gut gesagt! In Worten fehlt es nicht. Die Taten der Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei sehen anders aus. Frauen und Mädchen! Ihr wißt es, wie die Gutsbesitzer nicht daran denken, nach diesen Richtlinien zu handeln. Ihr werdet minderwertig bezahlt. Das ist ein schweres Unrecht, das man an euch verübt. Fragt einmal den Gutsbesitzer, ob er von jetzt an nach den Grundzügen seiner Partei bessere Löhne zahlen wird. Er wird euch auslachen. Nur durch den Lohnkampf kann ihm etwas abgerungen werden. Wenn die Gauleiter des Landarbeiterverbandes über Lohnfragen mit den Grundbesitzern verhandeln, tun sie gut, auf die Richtlinien der Deutschnationalen Partei zu verweisen. Frauen und Mädchen! Wollt ihr bessere Zustände erreichen, so wählt nicht die, die vor den Wahlen ein paar Worte für euch übrig haben, nach denen sie nicht handeln, sondern stimmt für diejenige Partei, die allein auch aus der Knechtschaft befreien will, und das ist die

Unabhängige Sozialdemokratie!

Der „soziale Geist“ in der Steuerleggebung.

Unter der Überschrift: „Hohe Verbrauchssteuern, niedrige Besteuerungen“ schreibt der Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, Dr. K u c h n e r t, folgendes:

In seiner Rede vom 8. Dezember in der Nationalversammlung erklärte der damalige Reichsfinanzminister Erzberger: „Wenn man die sozialen Differenzierungen im Ausbau des indirekten Steuersystems berücksichtigt, d. h. wenn man berücksichtigt, was auch die reichen Leute an indirekten Steuern zahlen müssen, so wird man ohne Übertreibung sagen können, daß 75 Prozent des gesamten zinslosen Steuerbeitrags durch direkte Steuern oder solche indirekten Steuern aufgebracht werden, die größtenteils von den besteuerten Kreisen des Volkes getragen werden. Das ist eine Verteilung der Steuerlast, die sich sozial wohl sehen lassen kann. Bei der Verteilung der Steuerlast hat mich stets der Grundsatz geleitet: Die Reform muß gerade wegen des gewaltigen Steuerdrucks getragen werden von sozialem Geiste. Nur dann kann man sich mit den großen Steuern innerlich abfinden, nur dann wird auch die Gesamtlast der Steuern getragen werden können, wenn ein jeder nach dem Maßstabe seiner Leistungsfähigkeit daran mitzutragen hat.“

Ich habe damals, am 15. Dezember, in einem Vortrag in der Deutschen Gesellschaft die zahllosen Denz- und Redenstücke in der Ankündigung Erzbergers hervorgehoben und habe mich die traurige Erinnerung, daß auch der neue Reichsfinanzminister Wirth in seiner Einleitungsrede vom 27. April die Verteilungen Erzbergers präsengeten hat. Eine Gegenüberstellung der Schätzungen der beiden Minister ergibt nämlich folgende Einnahmen für das Reich:

	nach Erzberger	nach Wirth
	Millionen	Millionen
Reichsnotopfer	2800	2250
Einkommensteuer	580	500
Einkommensteuer	3500	2100
Kapitalertragssteuer	1400	1300
Umsatzsteuer	3400	3100
Kohlensteuer	2300	4500
Zölle	1500	2500

Aus den 8840 Millionen, die Erzberger für Reichsnotopfer, Einkommensteuer, Einkommensteuer und Kapitalertragssteuer angiebt, sind bei Wirth 6150 Millionen geworden; umgekehrt reduziert Wirth für Umsatzsteuer, Kohlensteuer und Zölle 10 100 Millionen, während Erzberger 8900 Millionen angiebt. Bei Erzberger 80 Prozent für Besteuerungen und 20 Prozent für Verbrauchssteuern, bei Wirth 40 Prozent für Besteuerungen und 60 Prozent für Verbrauchssteuern!

Aber auch Wirth überläßt noch gewaltig die künftigen Einnahmen des Reichs aus Verbrauchssteuern. Den Denkfehler, den Erzberger beging, indem er als Jahresertrag des Reichsnotopfers nicht nur 2250 Millionen Mark Zinsen, sondern darüber hinaus 610 Millionen Mark Zinsen buchte, hat Wirth zwar berichtigt; aber nach in einer ungeschickten Schätzung kann das Reichsnotopfer nur jährlich 1250 Millionen, also 1 Milliarde weniger bringen. Aus der Einkommensteuer erwartet sich für das Reich nur 450 Millionen (Erzberger 580, Wirth 500 Millionen), aus der Kapitalertragssteuer höchstens 1150 Millionen (Erzberger 1400, Wirth 1300 Millionen). Vor allem aber wird die Einkommensteuer eine große Enttäuschung bringen. Sie kann selbst unter der phantastischen Voraussetzung Erzbergers, daß für 1920 — nach Abzug von Kriegsgewinnsteuern, Reichsnotopfer und Kapitalertragssteuer — ein doppelt so großes Gesamteinkommen verahndet würde wie für 1918, höchstens 6½ Milliarden bringen. Wirth bucht nun davon 2,1 Milliarden für das Reich, indem er sich auf § 17 des Landessteuergesetzes stützt, wonach dem Reich ein Drittel des Ertrages der Einkommensteuer zusteht. Er übersteht aber dabei, daß nach § 50 des Landesgesetzes der Anteil der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer mindestens um 25 Prozent höher sein muß als ihre Einnahmen aus Einkommen- und Vermögenssteuern im Rechnungsjahr 1919. Dementsprechend hat Preußen in seinem Staatshaushaltsplan für 1920 als seinen Anteil an der Reichseinkommensteuer 2154 Millionen eingelegt. Das würde für sämtliche Länder, und 3½ Milliarden, und wenn man für die Gemeinden nur den gleichen Betrag einstellt, für Länder und

Gemeinden zusammen zum 7. März ausmachen. Das Geld würde dann ganz leer ausgehen und würde noch froh sein, wenn es nicht auf Grund des § 20 des Bundessteuergesetzes den Ländern und Gemeinden etwas herauszahlen müßte. Es wird eben offenbar immer wieder übersehen, daß die neue Einkommensteuer für die meisten Steuerpflichtigen eine Entlastung bedeutet. In Gemeinden z. B. die 1918 bei voller Ausnutzung der Staatssteuervorschläge von 1916 einen Einkommensteuereinzug von 800 Prozent erhoben haben, hat künftig ein Verdienst von 1000 Mark weniger zu zahlen als bisher, wenn er ein Einkommen unter 41 000 M. hat, ein Verheirateter mit 6 Kindern, wenn er ein Einkommen unter 124 000 M. hat.

So ist denn leider auch heute noch das Kennzeichen des Steuerrechts im Reich: hohe Verbrauchssteuern, niedrige Einkommensteuern. Die erste Tat des neuen Reichstags muß es sein, hier Wandel zu schaffen.

Dr. Kucznoll macht dann Vorschläge für neue Prüfungen und empfiehlt: 1. eine große einmalige Vermögensabgabe als Ersatz für das schwächliche Reichssteuerrecht; 2. ein Vorkaufsrecht des Reiches für den Fall, daß ein vermögendes Erblasser nicht wenigstens drei Kinder oder Nachkommen von drei Kindern hinterläßt; 3. eine stärkere Progression in der Einkommensteuer; 4. eine kombinierte Aufwand- und Vermögensvermehrungssteuer.

Da wir die Steuererträge und ihre Wirkungen noch ausführlicher besprechen, versagen wir uns an dieser Stelle ein näheres Eingehen auf die Ausführlichkeit, die die Mehrheitsparteien in der Nationalversammlung geübt haben. Die Gegenüberstellungen im vorstehenden Artikel zeigen mit aller Deutlichkeit, wie der „soziale Geist“ beschaffen ist, der nach Erzyberger die Steuererhebung im neuen Deutschland durchzieht. Genau wie im alten Obrigkeitsstaat sollen die breiten Massen auch in der freien deutschen Republik den weitaus größten Teil der ungeheuren Lasten, die die wahnsinnige Kriegspolitik der alten Regierung und der bestehenden Klasse verursacht hat, auf ihrem wundgeschwundenen Rücken tragen. Die bevorstehenden Wahlen geben dem werktätigen Volk die beste Gelegenheit, zum Ausdruck zu bringen, ob es gewillt ist, sich auch in Zukunft derartige ungeheure Belastungen gefallen zu lassen.

Ein Blick

in die „gottgewollte Weltordnung“.

Einen furchtbaren Einblick in die gottgewollte Weltordnung des Kapitalismus und Militarismus, an der alle Parteien des Bürgerrechts unverwundlich festhalten, lassen die Berichte ausländischer Frauen über das entsetzliche Kinderelend in Deutschland sein.

Vorzüglich die Feststellungen der Frau Emily Schönlank stellen erschütternde Anklagen gegen die herrschende Gesellschaft dar. Nach den Berichten, die diese Frau auf dem Kongress für Kinderhilfe in Genf sehr erkrankte, ergaben sich an der Hand ihrer Feststellungen und Erhebungen an Ort und Stelle folgende Bilder:

Die augenblickliche Gefahr der Kindheit ist die Tuberkulose. Zählen wir doch

in Leipzig etwa	5000 tuberkulöse Kinder
„ Köln über	10000 „
„ Hamburg etwa	13000 „
„ Breslau über	7000 „
„ Berlin ungefähr	30000 „

Welch ein Meer von Leid und Elend in wenigen trockenen Zahlen!

In der Stadt Warmen befindet sich unter je 5 Kindern zwischen 1 und 3 Jahren immer eines, das zufolge schwerer Mischts nicht stehen oder gehen kann.

Mrs. Floyd Wilson schreibt, nachdem sie Berlin und Dresden besichtigt hatte: „Fast alle Kinder schlafen mit tuberkulösen. In der 115. Gemeindefabrik von Berlin fand man von 650 Kindern

- 161 die keine Schuhe mehr besaßen (nur noch Holzschuhe),
- 142 ohne Mantel oder warmes Wollkleidungsstück,
- 385 die keine Wäsche oder nur elende Lumpen besaßen,
- 378 bei denen es dahinter keinen geeigneten Raum gab,
- 341 bei denen nie ein Tropfen Milch ins Haus kam,
- 106 deren Eltern nicht einmal die dürftigen Lebensmittelrationen kaufen konnten,
- 118 waren tuberkulös,
- 48 durch Unterernährung geistig zurückgeblieben,
- 50 außerordentlich schwach und wogen bis zu 10 Kilogramm unter der Norm,
- 85 Kinder starben im Laufe des Jahres an den Folgen der Entbehrung und Unterernährung.

Nach den Feststellungen der Frau Schönlank sind 2 1/2 Millionen deutscher Kinder dem Untergang geweiht, wenn nicht durch eine Wäsche vom alten bankrotten Wirtschaftssystem planmäßig geholt wird, und rund 8 Millionen Kinder ernstlich gefährdet. Die Folgerung aus dieser Tatsache zu nennen, dürfte wohl nicht schwer sein: Sie heißt Revolution!

Patriotismus und Geschäft.

In den ersten Kriegsjahren, als die Vereinigten Staaten noch nicht selbst am Krieg beteiligt waren, haben sich die deutschen Patrioten weidlich über die „verräterischen“ Amerikaner entäußert, die angeblich die Neutralität brachen, indem sie den Gegnern Deutschlands Waffen, Munition und anderes Kriegsmaterial lieferten. Man hat den amerikanischen Kapitalisten damit bitter unrecht getan. Die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferanten hätten mit dem größten Vergnügen die „Neutralität gewahrt“ und hätten, um ihre Profite zu vermehren, gewiß auch dem deutschen Militarismus Massenmordwerkzeuge und Massenmordmaschinen zur Verschlingung der englischen und französischen Soldaten geliefert, wenn sie nur die Möglichkeit dazu gehabt hätten. Es ist doch für den Kapitalisten die selbstverständliche Sache der Welt, daß er sich überall beteiligt, wo etwas zu verdienen ist, mag es sich um die Herstellung und Lieferung von Wein oder Stiefeln, um Eisen und Stahl oder um Werkzeugen und Maschinen zur Abschichtung von Menschen handeln. Auch nie hat die bürgerlich-kapitalistische Moral gegen derartige Manipulationen etwas einzuwenden gehabt. Es war deshalb eine elende Heuchelei, wenn man damals in deutschen bürgerlichen Kreisen die Handlungsweise der amerikanischen Kapitalisten für verwerflich und unmoralisch erklärte. Die widerwärtige Heuchelei wird am besten durch das folgende liebliche Bildchen aus der Kriegszeit in das rechte Licht gerückt.

Im Mai 1918 fand die Generalversammlung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrikanten statt. Nach dem Bericht des Leipziger Tageblattes führte dort der Vorsitzende u. a. aus: „Die Beteiligung an einer großen Waffenfabrik in Philadelphia (Amerika) sei kurz vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg verkauft worden. Durch die Veräußerung sei der Gesellschaft ein Gewinn von 25 Millionen Mark entstanden.“ — „Kurz vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg“ fand die Veräußerung statt. Der Eintritt Amerikas in den Krieg erfolgte bekanntlich im März 1917. Zweieinhalb Jahre lang waren also die Deutschen Waffen- und Munitionsfabrikanten noch während des Krieges an dem amerikanischen Unternehmen beteiligt.

das den Gegnern Deutschlands Kriegsmaterial lieferte. Zweieinhalb Jahre lang haben die gut deutschen und stramm patriotischen Aktionäre die Dividenden empfangt, die aus der Beteiligung an den Lieferungen von Waffen zur Abschichtung deutscher Soldaten floßen. Ohne die geringsten Gewissensbisse haben die deutschen Aktionäre das Geld, an dem das Blut deutscher Volksgenossen klebte, empfangt. Und in deutschen bürgerlichen Kreisen hat man diese verwerfliche Handlungsweise für so einwandfrei und unbedenklich gehalten, daß man noch in aller Offenheit in der Presse darüber berichtete.

Diese Tatsache leuchtete am besten die erbärmliche Heuchelei jener bürgerlich-kapitalistischen Kreise in Deutschland, die sich damals über die Unmoral der amerikanischen Kapitalisten entäußerten. Wer das Wesen des Kapitalismus kennt, wird sich über diese Dinge nicht wundern. Der Kapitalist versteht es eben, aus allen Wäldern, auch aus den iberischen, Dornen in der Gestalt von Profit zu fassen. Wenn der entsprechend hohe Profit winkt, kauft der Kapitalist alles Gehebe der Moral und der Menschlichkeit unter seinen Fuß und fragt auch nicht danach, was das Nationalgefühl bedeutet. So war es früher, so ist es jetzt, und so wird es bleiben, solange der Kapitalismus existiert. Keine Gesellschaftsklasse ist mehr international als die Bourgeoisie. Das muß man den bürgerlichen Moralpredigern und Hypokriten des Nationalismus aus den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftskreisen immer wieder entgegenhalten, wenn sie sich, besonders in den Wahlzeiten, über die angeblich antinationalen Sozialisten entäußern.

Der Patriotismus eines Kapp-Verchwörers.

Hauptmann Pabst für die Befreiung Deutschlands durch Entente-Truppen.

Der Hauptmann Pabst war bekanntlich einer der Hauptmänner des Kapp-Putschs. Er wird von Eingeweihten direkt als die härteste Triebkraft des Unternehmens, als seine „Seele“ bezeichnet.

Die Kappisten und ihre deutschnationalen und deutschvolkparteilichen Hintermänner sind bekanntlich die besten, die einzig wahren Patrioten, die sich nie genug entäußern können über den „USP-Frieden“, über die „Viebedienerei“ der USP, vor der Entente — wenn sie nicht gar zu der schandbaren Verleumdung greifen, die USP, treibe Vandalentum.

Dabei war der Hauptmann Pabst, einer der Hauptkappisten, jederzeit bereit, mit der Entente ein Abkommen zu treffen, das ihr ganz Deutschland zur Befreiung ausliefern, gegen Sicherung der Geldströme der bestehenden Klasse. Das zeigt der Bericht des französischen Korrespondenten Umberto Got, den er im Pariser Exzelsior über eine Unterredung mit dem Hauptmann Pabst veröffentlichte. Got sprach ihn am 18. April 1919 im Berliner Edenhotel, also am Sitz der berühmtesten Garde-Ravallere-Schützen-Abteilung, wobei Herr Pabst die Wünsche der monarchistischen Militärs — hinter denen, wie der Märzputz lehrte, noch und ganz die Deutschnationalen stehen — also formuliert:

Die Entente solle von Deutschland den Entzug der Regierung Scheidemann durch eine Diktatur Nooke verlangen. „Nooke ist unser Werkzeug, so daß ich, Pabst, zu seinem Unterkanzler werden würde ernannt werden.“ Die Regierung Nooke werde sich mit der Entente auf der Basis des gemeinsamen Angriffs gegen das bolschewistische Rußland verständigen. Die Entente könne mit ihren Truppen Deutschland besetzen, damit Deutschland seine ganze Streitmacht für den Kampf gegen Rußland freisetzen könne. Die französischen Truppen würden mit offenen Armen von der Waffe der Bevölkerung aufgenommen werden, da sie vor Freude weinen würde bei dem Gedanken, von der bolschewistischen Bedrohung befreit zu werden. England solle die Russen im Norden angreifen, Deutschland in der Mitte, Frankreich im Süden.

So sprach also Herr Pabst im April 1919. Doch er seine Meinung seitdem geändert hat, ist nicht bekannt. Herr Pabst ist ein guter Deutschnationaler und die Sympathie dieser Seite für sein Patriotenunternehmen vom 13. März steht fest. Aber Herr Pabst ist der Gedanke einer Befreiung Deutschlands durch die Entente gar nicht schrecklich, wenn er als Gegenleistung nur die Niederwerfung der Arbeiterklasse erhält. Vor diesem höheren Ziel geht aller Geldesah, aller Nationalstolz zum Teufel. Wie haben Begründeten Anlaß zu der Annahme, daß Herr Pabst mit dieser Auffassung nicht allein steht — er hätte sie sonst kaum so offen kundgegeben!

Die ungeführten Kriegsverbrechen.

Nach einem Bericht der halbamtlichen Deutschen Allgemeinen Zeitung wird die Sache der Apartheid der deutschen Kriegsverbrechen, wie zu erwarten war, verschleppt und verlagert. Die halbamtliche Mitteilung lautet nämlich: „Die es tatsächlich zur Erhebung der Anklage und zur Einleitung des Gerichtsverfahrens gegen eine der angeführten Personlichkeiten kommt, können natürlich (1) noch Monate vergehen, da die Zeugen zum Teil außerhalb Europas ihren Wohnsitz haben und sich zu einer wiederholten Befragung derselben notwendig machen wird, wenn die Angeklagten die ihnen zur Last gelegten Vergehen bestritten.“

Das heißt aus dem Juristischen ins Deutsche übertragen, daß das Reichsgericht wohl überhaupt niemals einen Prozeß gegen einen der Offiziere erheben wird. Das deutsche Volk hat die Forderung nach Verhaftung der Kriegsverbrecher erhoben, längst ehe die Entente ihr offizielles Ansinnen an Deutschland richtete. Aber auch auf diesem Gebiet, allerdings einem gefährlichen für den nationalistischen Einschlag der gegenwärtigen Konstitutionserhaltung, verlagert diese völlig.

Die Tragikomödie des Antisemitismus.

Der Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Burgemeister, der aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, ist mit andern einsichtigeren Leuten nunmehr aus dieser Parteiorganisation der allerdunkelsten Dunkelkammer ausgetreten. Ueber die Gründe, die ihn zu seinem Schritt veranlaßt haben, berichtet er in längeren Ausführungen der demokratischen Presse in Berlin. Hauptsächlich war es die immer höhere Rechtsinflation, die das brutale und rücksichtslose Krautjunker- und Großagrarertum in der Person des Grafen Westarp innerhalb der Partei entwickelte, die zum Austritt Burgemeisters führte. Von Westarp und seinem Anhang rührte ja auch, nach Burgemeisters Angabe, der „Karl putsch“ und terroristische Einschlag her, den die deutschnationalen Volkspartei angenommen hatte, längst ehe die Kapp und Wittke aufstiegen.

Hand in Hand mit dieser Mauerung der Deutschnationalen zur großagrarisches Volkspartei ging die immer stärkere Verfestigung auf ein radikal-antisemitisches Programm. Insbesondere war es Graf Westarp selbst, der — immer nach Burgemeister — innerhalb der Partei sich als der wütendste Judenfeind und als der lauteste antisemitische Reinigungsapostel

betätigte. Aber hier beginnt nun die Sache aus dem Englischen zur Komik zu kommen, wie ja der Antisemitismus von jeher seine besondere schalkhafte Seite immer gehabt hat. Der jüdenessende Graf Westarp mußte sich nämlich von dem latifundium bekannten Leipziger Dr. Fudor, dem Großfürstenschreiber des Antisemitismus, haarklein nachweisen lassen, daß er selbst nicht ganz „mittelrein“ ist und selbst zu den „stammesfremden Elementen“ gehört. In Nr. 6 und 7 eines von Dr. Fudor herausgegebenen Deutschen Volksrats vom 10. November 1918, auf den Burgemeister sehr hinweist, heißt es nämlich ausdrücklich:

„Der Semi-Gotha wohnt in seinem Taschenbuch antijüdisch-jüdischer Hetzen auf Seite 428 folgendes zu berichten: Westarp, preussischer Graf, 18. April 1811. Georg Graf v. Westarp, verheiratet mit der Gräfin Anna v. Wittenberg, sein Vetter Rudolf Graf v. Westarp, verheiratet mit der Gräfin Anna Jacques aus Hamburg. Victoria Gräfin v. Westarp, vermählt mit dem 1883 verstorbenen Juden Bankier Wilhelm v. Krause, Inhaber der Firma F. W. Krause u. Co., deren Mitinhaber der Kassenwart der Deutschnationalen Volkspartei Bruno Adler v. d. Planitz ist, der selbst mit einer Tochter dieses Wilhelm v. Krause vermählt ist.“

Auch Herr Fudor mußte — nach Burgemeister — zu seinem Leidwesen erfahren, daß er jüdischer Herkunft verdächtig sei, und die jüngste Abwanderung der jüdisch gefärbten deutschnationalen Intelligenzen in das deutschvolkparteiliche Lager hängt mit dieser Stammbaumschuldkette eng zusammen.

Diese Dinge sind wirklich nicht mehr politisch, sie sind nur noch im höchsten Grade komisch und lächerlich. Aber schließend will auch jede ernste Zeit hin und wieder ihre lustigen Momente haben.

Woher stammt die Schieberwirtschaft?

Die reaktionären Parteien, insbesondere die Deutsche Volkspartei unter Führung Stresemanns, geben mit besonderem Brüllen den Worten gegen das Schieberium in Deutschland in den Wahlkampf. Als diese Leute aber noch in Deutschland das Heil in der Hand hatten, während des Krieges, war wohl die Korruption nicht vorhabend? Anstatt eines so naheliegenden Ansatzes muß man sich allerdings einer Reichstagsrede erinnern, die Herr Stresemann selbst am 23. Oktober 1918 gehalten hat und in der er laut amtlichen Stenogramm ausführte:

„daß beispielsweise in den Fragen der Vergütung von Lieferungen durch das Kriegsministerium gerade im ersten Jahre des Krieges ein System besetzt worden ist, dem wir die Schieberwirtschaft in Deutschland und die Kriegsgewinnwirtschaft an allen Stellen zu danken haben.“

Herr Stresemann war aber bekanntlich kein Kind bei dem Vorgehen des Kriegsministeriums, Herr Ludendorff, und also bis zuletzt im Großen Hauptquartier ein und aus. Hat man aber jemals etwas gehört davon, daß er als ehrlicher Mann diesem militärischen System, dem wir am allermeisten nach seinen eigenen Worten die Gutsicherung und Festigung des Schieberwesens verdanken, den Rücken gekehrt und das deutsche Volk rechtig gewarnt hätte? U. A. M. G.

Der Landarbeiter und Bauer braucht keine Bildung.

Dieser Ansicht sind stets die Herrschenden, die Ubelstände, die Großgrundbesitzer gewesen. Folgende Aussprüche aus älterer Zeit beweisen das deutlich.

„Ich will den Bauer nicht zum Rechnen bringen, denn dann ist der Bauer verdorben. Er soll den Pflug führen und hinter den Pferden hergehen und nicht Rechnen lernen.“ Herr v. Hallberg.

„Die Schule hat die Flucht vom Lande verursacht. Es gibt kein Unterrichtsmittel mehr, welches dazu dienen soll und kann, den Kindern Liebe für den landwirtschaftlichen Beruf beizubringen.“ Herr v. Hammerstein-Loggen 1898.

„Ich wünsche, daß die Kirchen voller, die Schulen aber leerer werden möchten. Die Unteroffiziere sind so recht die Volkskühler im besten Sinne des Wortes, was man von manchem seminaristisch gebildeten Lehrer nicht sagen kann.“ Herr v. Frege-Weikert.

„Unter weiblichen Handarbeiten versteht man im allgemeinen: Feinnähen, Sticken, Spitzen häppeln, Feinvolieren häppeln usw. Das würden für meine Tageslohn nicht landesgemäße Kenntnisse sein und gegen die Lehre berufen muß ich als eine verderbliche protestieren.“ Herr v. Besser-Braun.

„Die Kinder sollen Lesen, Schreiben und Rechnen lernen, für weitergehende Dinge aber sehe ich kein dringendes Bedürfnis.“ Herr v. Hammerstein 1896.

„Wir fordern Einschränkung des Elementarunterrichts, damit sich nicht im ersten Jahr eine Ueberbildung entwickelt, die in jungen Gemütern nur Unzufriedenheit erzeugt und zum Streben über Stand, Vermögen, Anlagen hinaus- und hinaufreißt.“ Herr v. Hippel 1870.

„Ich möchte empfehlen, das schulpflichtige Alter um ein Jahr zu vermindern. Man könnte dadurch der Landwirtschaft eine Menge jugendlicher Arbeiter zuführen.“ Herr v. Camp-Massauen 1898.

„Den Vorschlag, die Schulzeit zu verkürzen, finde ich ganz angemessen. Es ist kein Fehler, wenn man die jungen Leute frühzeitig einem gesunden Erwerbseben zuführt.“ Graf von Ballestein 1898.

„Für den Geistlichen ist das Recht zu fordern, zu 17 Jahren zu scheiden, ob ein Schulkind schon mit dem 11. 12. oder erst mit dem 14. Lebensjahre entlassen werden kann.“ Graf Feilz von Los 1893.

Man glaube nicht, daß jetzt ein neuer Geist in den Adel, in die Großgrundbesitzer eingeblasen ist. Die Herrschenden sind noch vom alten Geiste erfüllt. Wenn sie auch nicht mehr ganz so brutal reden, haben sie in tun sie genau so wie früher. Deshalb darf ihnen kein Landarbeiter, keine Landarbeiterfrau ihre Stimme bei der Wahl geben. Gewählt wird auf dem Lande die unabhängige Sozialdemokratie!

Die Wahlzeitung soll ein Flugblatt an die Nichtleser der Leipziger Volkszeitung sein! Verbreitet sie nach Kräften. Gebt sie weiter!

Der Jahrmakr des Lebens.

Ein Roman ohne Neben von William Makepeace Thackeray. Soldaten marschieren geschwind.

Wir machen keinen Anspruch auf den Namen Militärroman... Ihre Stelle ist bei den Nichtkombattanten.

Nun hatten der Major und seine Gemahlin, denen keine Einladung zu dem Ball, auf welchem mehrere andre unserer Freunde im letzten Kapitel fungierten, zuteil geworden war, viel besser Zeit gehabt, ihre gesunde natürliche Ruhe im Bette zu genießen.

Ich wünschte, du wollest mich eine halbe Stunde vor der Revue werden, sagte der Major zu seiner Gemahlin.

Frau O'Dowd, die gute Hausfrau, in Vordenwörden und Canillo schloß, daß es ihre Pflicht war, unter diesen Umständen zu handeln, nicht aber zu schlafen.

An Sonntagen und bei feierlichen Gelegenheiten pflegte Frau O'Dowd mit großer Andacht in einem Bande Prediger ihres Ordens, des Delans, zu lesen.

Rebecca wußte stets diese Anfälle von Melancholie zu beschwören. Ich, mein dummes Schach, sagte sie, wir sind noch nicht mit deiner Tante fertig.

Rebecca wußte stets diese Anfälle von Melancholie zu beschwören. Ich, mein dummes Schach, sagte sie, wir sind noch nicht mit deiner Tante fertig.

Rebecca wußte stets diese Anfälle von Melancholie zu beschwören. Ich, mein dummes Schach, sagte sie, wir sind noch nicht mit deiner Tante fertig.

Rebecca wußte stets diese Anfälle von Melancholie zu beschwören. Ich, mein dummes Schach, sagte sie, wir sind noch nicht mit deiner Tante fertig.

Diese Zeit und diese Worte waren aber vorüber. Als endlich die Nachricht kam, daß der Feldzug eröffnet sei und die Truppen marschieren sollten, wurde Ramdon so ernst, daß ihn Bekümmern auf eine Art neigte, welche die Gefühle des Leibgardisten etwas verlegte.

Rebecca verzuchte durch hundert Liebesreden und freundliche Worte die vermundeten Gefühle ihres Gatten zu befehligen.

Athen eine „Proletarierrepublik“?

Von Professor Ettore Ciccoiti.

In einer ökonomischen Umgebung, wie sie hier in allgemeinen Zügen dargestellt wurde, entwickelte sich die athenische Demokratie, die nach keiner positiven Angabe schematisch als „Proletarier-Republik“ bezeichnet werden kann.

In der athenischen Republik vollzieht sich besonders im fünften Jahrhundert eine fortschreitende und beständige Entwicklung zur politischen und bürgerlichen Gleichheit der Bewohner.

Die Einführung der Entlohnung öffentlicher Ämter, im großen und ganzen die nun folgende Entwicklung, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Nach der „Verfassung Athens“ von Aristoteles wurde zunächst die Entlohnung der Richter auf Kosten des Reiches eingeführt.

Es ist hier nicht möglich, diesen Punkt eingehender zu behandeln, den ich in einer heftigen Denkschrift näher darzulegen habe. Über die Feinheiten auch einige deutsche Zeitungen berichten haben; zusammenfassend habe ich darüber in der vorhin erwähnten Schrift (Unteranga, S. 58 ff.) berichtet.

Am zu erklären, was das hier zu bedeuten hat, mag der Hinweis genügen, daß jene Entschädigungen einen beträchtlichen politischen Wert befaßen, was besonders aus dem Kontraste hervorgeht, die sie hervorriefen und die auch eine allgemeynere kulturelle Bedeutung haben konnten.

Am auf die herkömmlichen Zahlenangaben zurückzukommen, die wie gesagt durchaus nicht über jeden Zweifel erhaben sind, deren man sich aber bedienen muß, um Zahlenverhältnisse aufzustellen, so ergibt sich aus ihnen, daß zur Zeit der höchsten Blüte der athenischen Republik die Zahl der Hopliten, 13 000 Felddienstfähige und 16 000 Garnisondienstfähige betrug.

Die Beschlüssen, das geht hieraus hervor, müssen also als eine Minderheit, deren Beträchtlichkeit wir nicht kennen, in der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts betrachtet werden.

ten Hälfte des 5. Jahrhunderts betrachtet werden. Aber auch abgesehen hiervon, hätten sie aus andern Gründen niemals ihren Stempel der Republik aufdrücken können, wie auch sonst aus andern Ursachen sie dies nicht konnten, als sie bei dem fortschreitenden Verfall Athens allmählich eine Majorität wurden.

Kleine Chronik.

Schauspielhaus (Femina). Ein solches Werk mit diesem Titel auch noch als psychopathisches Lustspiel bezeichnet, heißt dreifach arrogant sein.

Musikalische Veranstaltungen. Die Abendmottette der Johannis-Kirche unter Leitung des Prof. Köhlig brachte einige interessante ältere Kompositionen von Georg Ebeling und A. E. Rapp.

Städtische Theater. Wegen Erkrankung von Marie Dollfuß gelangt heute im Neuen Theater statt Seine einzige Frau Minna von Barneheim zur Ausführung.

Schauspielhaus. Wegen Erkrankung Gertrude Langfelders wird Der Gesellagen um acht Tage verschoben.

Städtische Theater. Wegen Erkrankung von Marie Dollfuß gelangt heute im Neuen Theater statt Seine einzige Frau Minna von Barneheim zur Ausführung.

Schauspielhaus. Wegen Erkrankung Gertrude Langfelders wird Der Gesellagen um acht Tage verschoben.

Städtische Theater. Wegen Erkrankung von Marie Dollfuß gelangt heute im Neuen Theater statt Seine einzige Frau Minna von Barneheim zur Ausführung.

Schauspielhaus. Wegen Erkrankung Gertrude Langfelders wird Der Gesellagen um acht Tage verschoben.

Eingelassene Schriften.

- Was wird aus der deutschen Arbeiterbewegung? Partei der Gewerkschaften? Verlag Der Fkn, Berlin W. 57. Preis 1.50 M.
- Auslandshefte für deutsche Auswanderer. Heft 2: Holland. Herausgegeben im Auftrag des Reichswanderungsamtes. Zentralverlag, Berlin NW. 6. Preis 60 Pf.
- Max Dax, die Verkündigung der Menschenrechte. Verlag von Döbinger u. Co., Nürnberg. Preis 2 M.
- Sophies Haushalt. Reiter Frühling. Roman. 67. Band der Kronenbücher. Verlag von R. Mosse, Berlin SW. 68. Preis 1.80 M.
- Führer durch die Bodeorte des Verbands deutscher Offiziere. Verlag M. Baumbach, Stuttgart. Preis 1 M.
- Max Wülfner, Der Abfall Bulgariens. Verlag von W. Müller, Drantenburg. Preis 2 M.
- Ferdinand Lassalle, Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede. Nr. 2482 der Hentel-Bücher. Verlag von Otto Hentel (H. Hillger) Berlin W. 9. Preis brosch. 85 Pf., kartoniert 2.50 M.
- Rich. Wagner, Kunst und Revolution. Nr. 2411 der Hentel-Bücher. Verlag von Otto Hentel, Berlin W. 9. Preis brosch. 85 Pf., kartoniert 2.50 M.
- W. Pawlow-Moskau und B. Keres-Budapest, Die Aufgaben der kommunistischen Jugendorganisationen nach der Uebernahme der Macht durch das Proletariat. Aus der Praxis der kommunistischen Jugendorganisationen von Rußland und Ungarn. Verlag Junge Garde, Berlin C. 2. Preis 1.25 M.
- Der Leipziger Kongress der USF. und die kommunistische Internationale. Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der kommunistischen Internationale.

* Entschädigung in Höhe von 2 Obolen. (Anm. v. Weber.) ** La retribuizione delle funzioni pubbliche civili nell' antica Atene a la sua organizzazione, 1897 (Die Entlohnung der öffentlichen politischen Ämter im alten Athen und ihre Folgen).

Neues Theater.

Freitag, den 21. Mai 1920
Minna von Barnhelm oder: Das Soldatenschild.
Personen: Major von Tschelim, Oberstleutnant (Selbst Abner); Minna von Barnhelm (M. Otto-Worrenheim); Graf von Bruchsal, Oberst (Graf Schuler); Franziska, ihr Kammermädchen (Mlle. Desobry);

Pfingstsonntagmorgen im Luna-Park, Wahren.

Am 8 Uhr: Beginn des Frühkonzertes.
Am 9 Uhr: Anschwimmen des I. Leipz. Schwimmklubs Poseidon von 1906, e. V., und des Leipz. Damen-Schwimmvereins Poseidon.
An beiden Pfingsttagen Grosse Parkkonzerte und Ball im Hauptrestaurant und Tanzpalast.
Das Strandbad ist täglich geöffnet.

Neues Operetten-Theater.

Freitag, den 21. Mai: Bergübersteigung (Rein Rosenkranz)
Die Hübnerin, Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, den 23. Mai: Die Goldschmiede, Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, den 24. Mai: Die Goldschmiede, Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipziger Schauspielhaus.
Freitag, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr
Vereinsvorstellung: Kaiser Lampe. (Rein Rosenkranz)

Altes Theater.

Freitag, den 21. Mai 1920
Die Marquise von Arcis.
Personen: Der Marquis von Arcis (Emil Schuler); Die Marquise von Sommeville (Mlle. Wittberg); Hortense Duvernois (Lilli Beck);

WESTEND-HALLEN. Heute Freitag, ab 7 Uhr Gr. ELITE-BALL.

ALTHOFF
Im 2. Stock
Ausstellung
eleganter u. preiswerter Kinder- und Klappwagen
Nur gute Fabrikate!

Theater in der Elsterstraße (Kammerspiele)
Freitag, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr (zum 32. Male):
Der Großstadt-Kavalier.
Schwan in 3 Akten von Georg Olshausen.

Drei Linden
Täglich abends 7 1/2 Uhr
Der glänzende Varieté-Spielplan mit
Serenissimus-Zwischenspielen.
Neu! Reichswehrminister a. D. Noske
In Audienz vor seiner Durchlaucht.
Der grosse Lachertag!!!

Papa Kleinerz Puppenspiele
Auguste-Schmidt-Daus, Dresden Strasse 7.
Ab 1. Pfingstfesttag
Die Zauberinsel. Ein Zaubermärchen für große und kleine Kinder.

Krystall-Palast
Täglich abends 7 1/2 Uhr
Gastspiel
Curt Offers Operetten-Gesellschaft
'Die tanzende Maske'
Operette in 3 Akten von Benatzky u. Engel.

Endlich ist er da!
Heute Freitag Erstaufführung!
Der erste grosse Original Amerikanische
WILD-WEST

Leipziger Puppenspiele
Täglich nachm. 4 Uhr f. Kinder u. abends 8 Uhr f. Erwachsene.
Kaspars Reise nach Marokko.
Ein Lustspiel voll köstlichen Humors.

PARK MEUSDORF
Besitzer: OEBRDER GUTHARDT
AM SONNABEND, DEN 22. MAI abends 6 Uhr
Das Fest der Nacht
EIN STILVOLLES BALLFEST
Musik: Das bewährte Sprech-Orchester
Leitung: Kapellmeister Bruno Mosser

Ballenberg
Varieté. Abends 7.30 Uhr
Verlängertes Gastspiel
Blatzheim
Die Suche hat geklappt.
Theater. Abends 7.30 Uhr
Gastspiel M. Riechert
Prinz und Bettlerin

and Farmer-Film mit echten Cowboys - Sioux-Indianern - Prärie-Bandiden und Apachen.
Der Mord in der mexikanischen Apachen-Kneipe
Das spannendste Filmwerk, das Menschaugen je gesehen.
Erzielte in Berlins größtem Lichtspieltheater, dem Sportpalast, einen feierhaften Erfolg!

Gasthof Haselbach.
Beim Besuch des schönen Altenburger Kammerforstes empfehle wir den Ausflüglern, Vereinen, Schulen und meine Lokalitäten, indem ich mit warmen und kalten Speisen und Getränken, der Zeit entsprechend, jederzeit aufwarten werde.
Clemens Schröder.

Gasthof Maus, Schnauderwiesental am Kammerforst.
Empfehlen wir den Vereinen, Gesellschaften, Klubs bei Ausflügen unsere geräumigen Lokalitäten. - Zum Abhalten von Tanzabenden reservierter Saal kostenlos zur Verfügung. Vorherige Anmeldung erwünscht.

Gasthof Burgberg
Allen Gewerkschaften und Vereinen empfehle ich meine freundlichen Lokalitäten. - 1. und 2. Pfingstfesttag
Anfang 4 Uhr. - 2. Pfingstfesttag
Anfang 4 Uhr.
Um gütigen Zuspruch bittet
Ernst Mannschätz.

Hierzu:
Der Tanz in den Abgrund
Der Roman einer Flöhlerin und eines Auswanderers nach den Diamantfeldern. - Kultur- und Sitte-Drama in 4 Akten 4.
In der Hauptrolle:
Charlotte Böcklin.

Beucha, Fehlschlöbchen.
Mit bekanntem Verkehrslokal im Döberitz.
Großer schmaltzer Biergarten. Gesellschaftszimmer.
Vorzügliche Biere. Eisbäder. Gute Weine.

Pfingstausflug nach Groitzsch!
Schützen- und Volksfest vom 23. bis 30. Mai.
Freundlich ladet ein
Die Schützen-Gesellschaft.
Abf. Bavr. Bahnhof 12.47 mittags - Abf. 11.45 nachts.

Licht-UT. Spiel
Erstaufführung!
Dr. Schieberböck
Ein dramatisches Bild aus unsern Tagen in 5 Akten.
Hauptdarsteller:
Louis Ralph - Karl Platen
Fr. Beckmann - A. Forster
Hedda Vernon.
Ausserdem:
Flimmerherzen
Tolles Lustspiel in 3 Akten.
Einlass 3 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Tanzdiele Alter Gasthof, Wahren.
Vollständig renoviert im modernen Stil.
Verrückter Garten für Familien.
Am 1., 2. und 3. Pfingstfesttag
Frühstücken-, Nachmittags- u. Abend-Konzerte
Familien können Kaffee laden wie in Berlin. 1 Liter Kaffee 75 Pfg. - Außerdem: Kaffee in Kannen.
Im Saale: Die berühmten Ballfeste.
2 Tanzkapellen - Ununterbrochen Tanz.
Mittagsstisch, Abendstisch, Gute Biere.
Parole: Pfingsten 1920 für Familien und tanzlustige Jugend.
Alter Gasthof, Wahren am Sauersee

Zur voll. Beachtung!
Da zu solchen ganz vereinzelt dastehenden Meister-Darbietungen der Andrang ein kolossaler ist, bitten wir, möglichst schon die Nachmittags-Vorstellung ab 3 1/2 Uhr, gütig besuchen zu wollen, da selbst in Berlin der Sportpalast mit über 3000 Sitzplätzen, bei diesem Programm die Besucher nicht fassen konnte.
Alleiniges Erstaufführungsrecht!
Kammer-
Wismutstr. 7
Alleiniges Erstaufführungsrecht!
Lichtspiele
Am Königsplatz.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Mai.

Parteiangelegenheiten.

11. Leipzig, Bezirk Osten. Mittwoch, den 28. Mai, abends 7/8 Uhr, im Restaurant Goldner Ring, Glockenstr. 4, wichtige Funktionärsitzung.

Deutsch-demokratische Worte und Taten.

Die deutsch-demokratische Partei ist heute mit einem Flugblatt an die Leipziger Wähler herantreten. Das Papier, das die Kapitalisten haben herstellen lassen, um die Wähler für ihre Partei zu ködern, ist, wie die gesamte bürgerliche Wahl-Literatur, ein Flugblatt der Täuschung und des Volksbetrugs. Es enthält viele Worte, es wimmelt von Redensarten, aber was die Deutschdemokraten denn eigentlich wollen, wie sie die arbeitende Bevölkerung aus dem Sumpfe herauszubringen gedenken, darüber werden keine bestimmten Angaben gemacht. Der Wähler wird nur mit Phrasen geflüstert.

Es fehlt nicht an unfaulenden Angriffen gegen die Linke, die nur goldne Berge verspricht, aber nichts leistet. Die Deutschdemokraten stellen sich vor als eine Partei des Schaffens, des Aufbaus. Was sie bisher „geschafft und aufgebaut“ haben, verraten sie nicht. Sie sitzen in der Regierung, sie haben vor allem ihren Einfluß geltend gemacht, um dem Kapitalismus freie Bahn zur Ausplünderung der Volksmassen zu gewähren. Darin hat ihr „Schaffen“ und ihr „Aufbau“ bestanden. Und wie weit wir dabei gekommen sind, wissen die Wähler. Die Minderbemittelten sind ärmer, die Wohlhabenden noch reicher geworden. Betriebe werden stillgelegt, Arbeiter werden entlassen, die Läden sind vollgestopft voll Waren, und die Armen sind so mittellos, daß sie nichts kaufen können. So ist — „aufgebaut“ worden. Der vollständige Bankrott der Wirtschaft rückt immer näher heran, die Deutschdemokraten empfehlen aber den Wählern, bei dieser Methode des „Aufbaus“ zu bleiben.

Die Herren Kapitalisten genieren sich nicht, zum Wahlkampf im Jahre 1920 zu greifen und den Wählern zu verkünden, daß der Feind nur mit einer demokratischen Regierung verhandelt, jeder rechts oder links stehenden wird Verhandlung, Forderung und Forderung entzogen; wer daher nicht hungern und sterben will, der wähle — deutschdemokratisch. Das ist ein ganz besonders niedriges Demagogentstückchen, wenn man an das Verhalten der „Demokraten“ im vorigen Jahre bei der Entscheidung über die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu rückt. Wäre damals nicht die Unabhängige Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit für die Unterzeichnung des Friedens eingetreten, so hätten wir den Kriegszustand und die Hungerkatastrophe behalten. Die Deutschdemokraten freilich haben durch die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft dafür gesorgt, daß die Armen weiter hungern und sterben mußten, während die Reichen in Sicherheit blieben. Und das heißt so, wenn die Kapitalisten sagen: wer sich daher vor Hunger und Frost schützen will, der wähle die Linke der USPD, denn erst in einer sozialistischen Wirtschaft werden die Nahrungsmittel und Bekleidungsstoffe gerecht verteilt, weil dann nicht der Profit der Besitzenden, sondern das Wohl der Allgemeinheit maßgebend ist. Die deutsche Wirtschaft muß so einseitig werden, wie es dem Interesse der arbeitenden Volksschichten entspricht.

Die Deutschdemokraten sind dann — wie das Zentrum — für den bekannten Ausgleich. Zunächst gestehen sie ein, daß sie beim Vertriebsvertrage viel erreicht hätten, was dem Wirtschaftswesen — das heißt dem Kapitalismus — von Nutzen sei. Den Rechtssozialisten wird nachgelagt — was jeder weiß —, daß sie manche ihrer kleinen Forderungen hätten preisgeben müssen. Die Kapitalisten, haben eben ihre Interessen zu wahren gewußt und die Arbeiter sind über Ohr gehauen worden. Zum Dank dafür warnen die Demokraten vor der Wahl von — Rechtssozialisten, weil dadurch Unabhängige und Kommunisten gestärkt würden. Die „Demokraten“ rühmen dann ihr kapitalistisches Steuerwesen, die den Arbeiter zu Boden drückt, die aber — so sagen es die Kapitalisten — sozial ausgleichend wirkt! Stolz heben sie in ihrem Zettel hervor, daß sie die Stabilität des Privatigentums durchzusetzen gewußt hätten, und der „Linken“ wird der verfolgte Vorwurf gemacht, sie hätte keine brauchbaren Vorschläge gemacht. Sie wurden unterbreitet, aber von den kapitalistischen Parteien abgelehnt. Dafür wurde den Armen der letzte Pfennig aus der Tasche gezogen.

Das Flugblatt schließt dann noch einiges über Freiheit, Ordnung und Wohlfahrt. Die Proben, die wir aus ihm gegeben haben, genügen aber. Die Wähler wissen, was ihnen die „Demokraten“ beschert haben. Sie werden sich von ihren Rattenfängerlügen nicht einfangen lassen, sondern ihnen den wohlverdienten Fußtritt geben und am 6. Juni die Linke der USPD wählen.

Erklärung.

Auf die in der Leipziger Volkszeitung Nr. 83 vom 16. Mai 1920 veröffentlichte Erklärung vom 14. Mai 1920 der Bezirksleitung der USPD und des Gewerkschaftsverbandes erwidern wir:

1. Die Bezirksleitung der USPD Leipzigs veranstaltete eine Sammlung für die Opfer der Revolution. Die KPD tat das nicht, weil sie annehmen mußte, daß alle Opfer der Revolution aus dieser Sammlung unterstützt würden. Die Kommunisten zeichneten, wie alle andern Arbeiter, auf die Listen der USPD.

2. Aus den Betrieben kam die Anregung, eine paritätische Verteilung der gesammelten Gelder vorzunehmen. Es sollten auch Gelder an uns abgeführt werden. Das geschah zunächst nicht, weil die Ansicht vorherrschte, daß aus der Sammlung der USPD alle Opfer der Revolution Unterstützung erhalten würden.

3. Wir machten dem Parteisekretariat der USPD, von der Sammlung, die ein großer Teil der Betriebe zur Sammlung einnahm, Mitteilung und schlugen ihm vor, daß die Gelder, die von der USPD und von uns gesammelt werden, in gemeinsamer Kasse geführt und durch eine sechsköpfige Kommission (2 USPD., 2 KPD. und 2 Kartellvertreter) verwaltet werden sollten, die auch darüber verfügen sollte. Es ist dabei nie behauptet worden, daß USPD-Sammlungen in Gemeinschaft mit der KPD vorgenommen wurden. Auch der Ansicht konnte nicht erwidert werden; denn unser Schreiben beginnt mit den Worten: „Wir schlagen Euch vor...“ Wir waren aber und sind heute noch der Ansicht, daß die Unterstützung der Revolutionsoffiziere und ihrer Angehörigen eine allgemein proletarische Sache zu sein hat. Deshalb der Vorschlag gemeinschaftlicher Sammlungen.

4. Die Antwort der Bezirksleitung der USPD zu unserm Vorschlag war ablehnend. Es wurde aber mitgeteilt, daß die USPD „alle Opfer der Revolution unterstützt, soweit sie ihr bekannt geworden sind“. Wir nannten ihr deshalb einen Teil unserer unterstützungsbedürftigen Genossen. Denn wir beklagen

keine Sammelgelder und hatten auch aus den angeführten Gründen keine Sammlung veranstaltet.

5. Die USPD antwortete darauf ganz kurz, daß sie „unser Partei gegenüber keinerlei Verpflichtungen übernehmen könne“. Die Unterstützung der genannten Genossen oder ihrer Angehörigen war also abgelehnt. Der größte Teil von ihnen war nebenbei gewerkschaftlich organisiert. Unsere Anschauung, daß alle Opfer der Revolution aus der Sammlung der USPD unterstützt würden, erwies sich demnach als irrig.

6. Wir waren nun gezwungen, eine eigene Sammlung zu veranstalten, wie wir uns auch für verpflichtet hielten, der Arbeiterklasse die Gründe darzutun. Davon, daß die USPD Sammelgelder zu Parteizwecken verwendet, ist nie etwas gesagt oder geschrieben worden.

7. Da die Verbreitung des diesbezüglichen Flugblattes in die Lage des Rapp-Paisches fiel, hielten wir aus verständlichen Gründen alle noch nicht vertreteten Exemplare zurück. Als nach den Kapptagen viel Füllschlinge Leipzig passierten, waren wir gezwungen, einen großen Teil auch der Füllschlinge, die Angehörige unserer Partei sind, an die USPD zu verweisen. Sammelgelder waren nur in geringem Maße abgefordert worden, da unsere Sammlung noch nicht allgemein bekannt geworden war. Die Beträge waren bald verbraucht, und die stützigen Genossen mußten unter Anstcht nach eben dort unterstützt werden, wo Mittel für diese Zwecke vorhanden waren.

8. Jetzt haben die Bezirksleitung der USPD und der Gewerkschaftsausschuß endgültig beschlossen, eine gemeinsame Sammlung für die Opfer der Revolution mit der KPD, die von uns abgelehnt, Angehörige der KPD (Spartakusbund) werden auch aus der Sammlung von USPD und Gewerkschaftskartell nicht mehr unterstützt. Wir müssen also unsere Sammlungen weiterführen, um den Proletariern und ihren Angehörigen, die Opfer der Revolution wurden und der kommunistischen Partei angehören, helfen zu können.

Wir sammeln deshalb ausdrücklich für Revolutionsoffiziere der KPD.

Und die USPD sowie das Gewerkschaftskartell werden, um irrigen Anschauungen Raum zu geben, ihre Sammlung vornehmen müssen für die Revolutionsoffiziere der USPD. Dann wird einige Klarheit in die Sammlungsangelegenheit kommen.

Trotzdem bedauern wir nach wie vor, daß für die Revolutionsoffiziere nicht gemeinsam gesammelt wird, daß dies zur Parteiangelegenheit gemacht wurde.

Die Arbeiterklasse wird darüber befinden, welche Ansicht für die proletarische Sache die dienlichere ist.

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Ortsgruppe Leipzig.

Im Auftrag: Heimburger.

Wir sehen heute davon ab, auf verschiedene schiefe Darstellungen obiger Erklärung der KPD zu antworten. Behalten uns aber vor, darauf zurückzukommen.

Ratsbeschlüsse.

Erhöhung des Gaspreises. Die erneute Erhöhung der Steinkohlenpreise zwang zu einer weiteren Erhöhung des Gaspreises, und zwar von 1.89 Mk. auf 1.66 Mk. für den Kubikmeter. Der neue Preis hat Geltung für den Verbrauch vom 16. Mai 1920 an, d. h. für die Rechnung 7. und folgende.

Münzmaßmesser. Dem Vorschlage des Verwaltungsrates für die städtischen technischen Werke, die Münzmaßmesser künftig nur noch als gewöhnliche Messer zu verwenden, wurde beigetreten, da ihr Vorteil den Gasverbrauch in kleinen Beträgen bezahlen zu können, auch durch die jetzt eingeführten Wertlebensmarken erreicht wird. Zustimmung der Stadterordneten ist einzuholen.

Um die Anruhe schwerer Ausstellungsgegenstände zu erleichtern, wurde die Befestigung des Rampenplatzes auf dem Ausstellungsgelände mit einem Kostenaufwand von 64000 Mk. beschlossen. Zustimmung der Stadterordneten ist erforderlich.

Die Überlassung des Österreichischen Hauses auf dem vor-maligen Ausstellungsgelände an das Rathaus zu Ausstellungszwecken wurde genehmigt.

Den Wahlsozialisten und -sozialisten bei der kommenden Reichstagswahl soll für ihren Aufwand am Tage der Reichstagswahl 20 Mk. Entschädigung gezahlt werden.

Vom weißen Schrecken in Leipzig.

Unter dem Verdacht, während der Straßenkämpfe in Leipzig einen militärischen Posten auf dem Westplatz ermordet zu haben, wurde am 19. März auf Grund einer Denunziation des Bäckereimeisters Görtner in der Weststraße ein junger Mann verhaftet. Er ist acht Wochen lang in Haft gewesen, und man hat ihn entlassen müssen, da der Verdacht unbegründet war. Den Verhafteten hat man in den ersten Tagen in der unerhörtesten Weise behandelt. Er teilt uns mit:

Zuerst wurde ich nach der Thomasschule gebracht, wo mir Kaffee gegeben wurde. Als ein Leutnant kam, sagte er zu mir: „Du Mörder frist noch! Du mußt totgeschlagen werden!“ Später wurde ich nach dem Rathaus gebracht. Dabei wurden mir die Hände auf den Rücken gebunden, und erst abends wurde ich von der Fessel befreit. Im Rathaus wurde ich in einen Koffenleider gesperrt. Ein Feldwebel sagte: „Hier kaufte Kohle freilich!“ Eine Stunde später wurde ich in einen andern Keller gebracht, wo schon 4 Mann waren. Es wurde uns zugerufen: Ihr Hund werdet alle an die Wand gestellt! Kommt nur raus! Die 6. ist einmal beim Rollen! Ihr Lumpen, euer Volkshaus brennt! Wollt ihr eine Zigarette oder Zigarre aus eurem Volkshaus haben? Sie sind aber billig! Dann wurde uns durch ein Fenster über der Tür eine Mausefalle hineingeworfen unter dem Zuruf: Hier frist! Auf einmal ging die Tür auf und eine Schatz-Feilwerkzeuge kam auf uns zu. Ich erhielt, obwohl ich gefesselt war, mit einer Handgranate einen Schlag auf den Kopf; ein anderer schlug mir ins Gesicht, wieder ein anderer nahm mich beim Kopfe und schlug auf die Wunde, wo das Blut schon herausströmte. Ich fragte ihn, ob er sich nicht schäme, einen Menschen zu schlagen, dem die Hände auf den Rücken gebunden seien. Als es dunkel geworden war, wurden wir unter zwölf Mann Bedeckung nach dem Hofe gebracht; wo wir mit Handgranaten, Seitengewehren und Pistolen nochmals bearbeitet wurden. Einer wurde befehlungslos geschlagen, so daß er zu Boden fiel. Ich wurde später zum Arzt geführt, der mir einen Verband anlegte.

Von einem Einbreiten der Behörden gegen die Folterknechte ist noch immer nichts zu hören. Dagegen ist man eifrig dabei, gegen die Arbeiter vorzugehen, die für die Republik eingetreten sind. Wann wird man die Schandbuben hinter Schloß und Riegel bringen, die wehrlose Gefangene mißhandelt haben? Was tut die Regierung, um ihre Verhaftung herbeizuführen?

Landesfinanzamt Leipzig und Finanzamt Leipzig. Zur Beilegung der vielfach noch bestehenden irtümlichen Auffassung, daß Landesfinanzamt Leipzig und Finanzamt Leipzig ein und dieselbe

Behörde seien, wird darauf hingewiesen, daß dem Landesfinanzamt Leipzig, das in dem Gebäude der früheren Amtendankur des 10. Armeekorps — Richterstraße 9 — untergebracht ist, die obere Leitung der Finanzverwaltung für seinen zur Zeit die Kreisfinanzamtsbezirke Leipzig (mit Ausnahme der Amtshauptmannschaftsbezirke Döbeln und Oschatz) und Chemnitz (mit Ausnahme der Amtshauptmannschaftsbezirke Riesa, Marienberg und Annaberg) umfassen den Bezirke obliegt, während die ihm unterstellten Finanzämter innerhalb der ihnen zugewiesenen Bezirke mit der unmittelbaren Verwaltung der Steuern betraut sind. Hiernach sind also in allen Angelegenheiten, für die nach den neuen Reichsteuergesetzen und nach der Reichsabgabenordnung die Finanzämter zuständig sind, Gesuche und sonstige Eingaben ausschließlich an diese zu richten. In Leipzig führen bis zur Errichtung der vorgesehenen fünf Finanzämter einzuweisen die Bezirkssteuerbeamten (Seeburgstraße 7/A) und das Hauptkollekt II (Hauptkollektstraße 2) die Geschäfte der Finanzämter. Von der Bezirkssteuereinnahme Leipzig werden neben den bisherigen direkten Landessteuern alle direkten Reichsteuern (Reichseinkommen-, Kapitalertrags-, Körperschaftsteuer und sämtliche Kreissteuern, Meldesteuer und Steuerzuschüsse) verwaltet, während die Umsatzsteuer und alle indirekten Steuern sowie die Erbschaftsteuer vom Hauptkollekt II bearbeitet werden. Die Abteilung für Erbschaftsteuer ist seit dem 14. April 1920 in das Gebäude der Bezirkssteuereinnahme, Seeburgstraße 9, verlegt worden.

Elternversammlung. In der 38. Volksschule Göhlitz fand vergangene Woche ein Elternabend statt mit der Tagesordnung: 1. Elternratswahl; 2. Vortrag: Kind und Kino. Herr Lehrer Schuberl. Der sehr zahlreich besuchte Abend wurde durch einige Gesänge des Schulchors eingeleitet. Der sehr interessante Vortrag des Herrn Lehrer Schuberl war eine gewaltige Anklage gegen das kapitalistische Kinowesen. Er wies auf die unzureichenden Veranlassungen des Arbeiter-Bildungsinstituts, Puppen-spiele, Lichtbildervorträge hin, die als Unterhaltung für die Kinder geboten würden, und er richtete an die Eltern den Appell, ihre Kinder in diese Veranlassungen zu schicken. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß nur die Sozialisierung der Film-erzeugung und der Kinos eine Besserung dieser Verhältnisse bringen könne. — Bei der Elternratswahl erlebten die Christlichen einen bösen Reif. Im vorletzten Elternabend wurde das von einem vorbereitenden Ausschuss ausgearbeitete Wahl-reglement angenommen und die Kandidaten aus der Berammung heraus aufgestellt. Die Christlichen, die ihre Schützen erst später zusammengekommen hatten, kamen am Wahltag mit einer besonderen Liste, die am Schluß mit dem Hinweis: „Wählt die unpolitische Liste“, verteilt wurde. Bei der Wahl wurden 6 Männer und 3 Frauen, Mitglieder der USPD, mit großer Mehrheit gewählt; die christlichen Kandidaten erhielten nur wenige Stimmen, die Höchstzahl betrug 13.

Bei der Elternratswahl der 31. Volksschule (Probstheida) am Sonntag, dem 16. Mai, hat die U. S. P. acht Mandate und die bürgerliche Liste ein Mandat erhalten.

Mieten, schließt euch vor Mieterhöhungen! Zu der Notiz: „Die die Wohnungsämter geschlossen werden“ schreibt uns das Mietereingangsamt: „In dem am 9. Dez. 1919 vom Mietereingangsamt geschlossenen Vergleich haben sich die Mieter des Grundstücks Knaut-halner Straße Nr. 26 verpflichtet, die im Vergleich festgesetzten Mietpreise zu zahlen. Von einer neuen Steigerung der Mieten in diesem Grundstück ist hier nicht die Rede. Das Mietereingangsamt kann zu der gestellten Forderung erst dann Stellung nehmen, wenn ein neuer Antrag auf Erhöhung der Mieten vom Vermieter eingereicht wird. Die Mieter selbst können sich vor Ausbeutung schützen, wenn sie die geforderten Erhöhungen nicht anerkennen.“

Unter der Überschrift „Nachklänge zu den Märzunruhen“ teilt das Polizeiamt in der Nr. vom 7. Mai u. a. auch einen Fall mit, der sich in der Kreuzstraße zugetragen hat. Es heißt dort u. a.: „Endlich sind unter dem gleichen Vorgehen am 18. März, früh gegen 1/2 Uhr, eine Anzahl Bewaffneter in die Geschäftsräume einer Firma in der Kreuzstraße eingedrungen, nachdem sie von dem Hausmann mit dem Revolver in der Hand sich Einlaß erzwingen hatten. Hier haben die Männer, etwa 12 an der Zahl, wie die Wandalen gehandelt.“

Hierzu schreibt man uns: Nachdem bekanntgeworden war, daß sich in dem Hause der Kreuzstraße eine Geklecksstelle für Zeitfrei-willige befand, hielten es die dort in Stellung liegenden Arbeiter für notwendig, das in ihrem Rücken liegende Grundstück nach Waffen zu durchsuchen. Es wurden auch dort etwa 60 Gewehre und ebensoviele Handgranaten vorgefunden. Zum Wegräumen dieser großen Anzahl Waffengeräte wurde der im Vorgarten stehende Handwagen benutzt. Damit der Wagen seinem Eigentümer wieder angeführt werden konnte, wurde der Hausmann, der von der Aufforderung dieser Waffen lange Zeit Kenntnis hatte, ein-gesperrt. Wenn der Bericht sagt, daß der Hausmann so geschlagen worden wäre, daß er blutüberströmt in seiner Wohnung eingetroffen sei, so ist das eine glatte Erfindung; denn der Mann brachte seinen Wagen nach Hause, ohne daß man an ihm irgendeine Mißhandlung wahrnehmen konnte. Wenn der Bericht weiter sagt, daß die Arbeiter wie die Wandalen gehandelt hätten und dabei Geld und Kleiderstücke an sich genommen hätten, wäre das direkt lächerlich gewesen, den Hausmann in die angestrichelten Mißfermungsstellen mitzunehmen. Eine derartig angegebene Menge Gegenstände wäre meiner Beobachtung nicht entgangen. Der Wagen war mit den Waffengeräten schon so überladen, daß es überhaupt nicht möglich gewesen wäre, eine derartig Anzahl Gegenstände fortzu-schaffen.

Die Behandlung der Kriegsgeschädigten. Der Kriegs-geschädigte K. ist durch Kopfschuß rechtsseitig gelähmt; er war seit März 1918 in der Buchdruckerei Hesse u. Seiler als Fahrstuhlführer beschäftigt. Die letzte der Teuerungszulagen, die zwischen den De-ganisationen vereinbart, wurde ihm verweigert mit dem Hinweis auf seine Rente. Es wurde nunmehr versucht, den teuren Fahr-stuhlführer abzuschließen. K. erhielt Arbeiten übertragen, die er infolge seiner Kriegsgeschädigung nicht leisten konnte und nach einem erregten Wortwechsel mit dem Oberfaktor Prüß wurde K. entlassen. — Das ist das Los derer, die ihre Gesundheit dem Vater-lande opfern mußten. Die wiederholten Versicherungen von Unternehmern und Behörden, daß die Renten nicht auf die Höhe angedacht werden dürfen, sind nach dem Kriege verfallen.

Das Naturkundliche Heimatmuseum (Tröndlinring 1, Ge-werbeausstellung) ist am ersten Pfingstfeiertag geschlossen, am zweiten Feiertag von 1/11 bis 1 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Kinder haben nur in Begleitung Erwachsener Zutritt.

Die Feuerwehre in Lüttich. Am 10. Mai, nachmittags, waren bei autogenem Schweißen im Kesselhaus einer Fabrik in der Kurellenstraße Sägespäne, Öl und die Kesselisolation in Brand geraten. Die Feuerwehre befreite in kurzer Zeit weitere Gefahr.

Tötlicher Unfall. Am Grundstück Plagwitz, Fröbelstraße 3, stürzte heute morgen 9 Uhr ein junger Mann namens Willi Koch, Lindenau, Spittastraße 5 wohnhaft, vom Leitergerüst. Auf dem Transport nach dem Diakonissenhaus verstarb er.

Wählt am 6. Juni die Liste Friedrich Geyer, Geyer

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Freibank I, Nr. 9351-9510 (9511-9610). Freibank II, Nr. 5101-5510 (5511-5710). Hentschel, Gerberstraße, von 8 Uhr an auf alle Nummern auswärtige Wurst, Pfund 8 Mark.

Lebensmittelkatalog für Sonnabend, den 22. Mai.

Nur Haushaltungen.

Anmeldung. Schweineschmalz: Letzter Tag — abzugeben Landesoffenmarkt P (150 Gramm); Fettmarkte 9 für Kleinschmalz (50 Gramm).

Fleisch; abzugeben Fleischmarken II. Ausgabe. Fleisch: bestellt mit Fleischmarken P (130 Gramm Rindfleisch und 50 Gramm Wurst); P (90 Gramm Rindfleisch mit Knochen bzw. 125 Gramm desgl.).

Kartoffeln: Letzter Tag — bestellt mit G 2 G 2 und G 8 G 3 (je 5 Pfund) für 11.—24. Mai.

Pollzeinachrichten.

Wieder einmal eine Gasvergiftung! Wie oft ist wohl schon an dieser Stelle die Mahnung ausgesprochen worden, darauf zu achten, daß die Gasflamme während der Gasperforationen ordentlich geschlossen gehalten werden. Immer wieder aber kommen Unglücksfälle vor, die nur darauf zurückzuführen sind, daß derartige Warnungen wenig oder gar nicht beachtet werden. So wurde am 10. d. M., früh, ein Pfirschstudent in seiner in der Schwanhofstraße gelegenen Wohnung bewußlos aufgefunden; er hatte, als er sich abends zu Bett gelegt hatte, vergessen, den Gasahn seiner Lampe abzudrehen. Glücklicherweise war die Veranstellung nur leicht, so daß sich der Verunglückte nach Zuführung von Sauerstoff bald wieder erholt.

Straßenbahnunfall. Durch eigenes Verschulden schwer verunglückt ist am 18. d. M. abends an der Ecke der West- und Frankfurter Straße eine 40jährige Witwe aus E.-Connewitz. Sie war von einem noch im Gange befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 17 in verkehrlicher Richtung abgesprungen und dadurch so unglücklich an Falte gekommen, daß der Anhänger über ihren linken Arm hinwegfuhr. Mit zerquetschtem Unterarm wurde sie nach dem Krankenhaus überführt.

Uebertat in einem Keller in Gerners Garten. Eine in Gerners Garten wohnende Schneiderin fand am 18. d. M. vormittags bei ihrer Rückkunft von einem Ausgange ihre 14jährige Tochter bewußlos auf dem Fußboden des Kellers unter einer schweren mit Wasser gefüllten und einer leeren Röhre sowie einer Wanne liegend vor. Sie betrat die Tochter sofort aus ihrer Lage und schickte sie mit Hilfe von Nachbarn nach der Wohnung. Trotz ärztlicher Hilfe kam die Bewußtlose erst nachmittags gegen 4 Uhr einjermachen wieder zur Besinnung und man konnte nun mit vieler Mühe aus ihr herausbekommen, daß sie, ihrer Schilderung nach auf folgende Weise in jene gefährliche Lage gekommen war: Sie hatte gegen 10 Uhr in den Keller gegangen, um Feuerung zu holen. Obgleich die Kellerungstür verriegelt war, befand sich jemand in dem Nebenstellertablett, was sie aber nicht beachtete. Als sie im Begriffe war, sich wieder nach der Wohnung zu begeben, kam plötzlich ein Mann aus dem Nachbar Keller, packte sie, warf sie zu Boden und die oben bezeichneten Gegenstände auf sie. Die überfallene beschrieb den Täter als älteren Mann mit schwarzem Kopfhaar und zerlumpter Kleidung. Er hatte den Nachbar Keller erbrochen und für alle Fälle ein dort liegendes Bett an der Tür zurechtgelegt. Gestohlen worden war nichts; es sind aber in diesem Hause in letzter Zeit schon öfter Keller erbrochen und beschlohen worden. Sachdienliche Angaben schnellstens an die Kriminalabteilung.

Gasvergiftung. Am 18. d. M. vormittags, ist in der Giesenerstraße, Leipzig-Dölitz, ein Straßenbahnkassierer in seiner Wohnung tot aufgefunden worden. Es liegt Gasvergiftung, durch eigene Unachtsamkeit herbeigeführt, vor. Ein Verlobter Dritter kommt nicht in Frage.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Fraktion der Bezirksversammlung (Amtshauptmannschaft). Dienstag, den 25. Mai (3. Freitag), nachm. 3 Uhr, Sitzung, Tauscher Straße. Der 11er Ausschuss ist mitgeladen. Abtritt.

Ein neues Bad in der westlichen Umgebung Leipzigs.

In einer vom Gemeinderat Knautleeberg am 11. Mai beschlossenen öffentlichen Einwohnerversammlung wurden über den von der Gemeinde geplanten Bau eines Freibads interessante Angaben gemacht.

Die für das Bad in Betracht kommende Dampfheizung wurde der Gemeinde zum Kauf angeboten, aber die erforderliche Genehmigung von der vorgesetzten Behörde, der Amtshauptmannschaft, nicht erteilt. Inzwischen hatte die Immobilien-Gesellschaft die Heizung zum Abbruch aufgefauft. Nun mußte die Gemeinde diese Gesellschaft das zum Bad nötige Gelände erst wieder abkaufen. Aber auch jetzt stand die Amtshauptmannschaft dem Babbau nicht wohlwollend gegenüber. Erst nachdem sich Fachmänner über die Großartigkeit des vorhandenen Geländes ausgesprochen hatten, wurde die Amtshauptmannschaft wohlwollender. Als Fachmann des Babbaues äußerte sich Herr Ingenieur Paatz folgendermaßen: „In der ganzen Umgebung von Leipzig ist keine Badegelegenheit, die so günstig auszugestalten ist und zugleich dem Sport und der Gesundheitspflege dienlich gemacht werden kann, als das in Knautleeberg in Betracht kommende Gelände. In der weiteren Umgebung konnte nur Dresden in Frage mit seiner vorchristlichen Schwimmbahn in der Elbe. Aber auch diese hat den Fehler, daß das Wasser fließt, im Gegensatz zu den vorhandenen Anlagen am hiesigen Orte, wo das Wasser ruhig steht.“

Hier soll ein Bad geschaffen werden, wo jeder Besucher seine Freude daran hat. In dem industriereichen Westen von Leipzig ist die Badegelegenheit bis jetzt nicht günstig, man komme hier also einem großen Bedürfnis der Bevölkerung entgegen. Von den vorhandenen drei großen Teichen wird der vordere Teich von 240 Meter Länge genommen, es wird eine der Vorflüsse entsprechende 100-Meter-Schwimmbahn eingerichtet, ferner ein Bad für Nichtschwimmer, sowie ein Familienbad und ein gesondertes Frauenbad. Außerdem ein Luft- und Sonnenbad in einer Größe, wie es in der Umgebung nicht zu finden ist. Außer einer großen Anzahl Einzelstadien werden mehrere Vereinsstadien gebaut, von denen bereits jetzt schon einige belegt sind von namhaften Leipziger Schwimmvereinigungen.

Weiter werden eingerichtet auf den vorhandenen großen Wiesenflächen Sports, Turn- und Spielplätze. Vorgesehen ist noch für später ein Kurbad, für welches auch die Landesversicherungsanstalt Interesse bekundet. Diese Anstalt hat auch das Darlehen in Höhe von 250 000 Mk. gegeben. In bezug auf Einwandfreiheit des Wassers wird das hiesige Bad an erster Stelle stehen, weil der Teich tief genug ausgegraben werden kann bis auf den Kies. Schlammablagerungen, die das größte Uebel in den Bädern sind, können hier nicht stattfinden. Auch der Strand wird mit gewaschenem Kies beschüttet. Die beiden weiter vorhandenen Teiche werden zur Erneuerung des Wassers im Badeschiff dienen, indem das Wasser nicht von oben, sondern auf der Sohle eingeführt wird.

Untersuchungen des Wassers durch Fachleute haben die hygienische Einwandfreiheit des Wassers ergeben, ebenso haben Temperaturmessungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Rentabilitätsberechnung ist durch die vorgeschicte Behörde geprüft und als durchaus möglich bezeichnet worden.

Es ist ein Einzel-Entrittspreis trotz des geringen Geldwertes von nur 50 Pf. vorgesehen, dabei wird die Gemeinde nicht mit Ueberschuss rechnen können. Die bereits begonnenen Erdarbeiten halten sich durchaus im Rahmen des Anschlags, es kann gehofft werden, daß das Bad am 15. Juli seinem Zweck übergeben wird.

In der Diskussion glaubte ein Vertreter des hiesigen Hausbesitzervereins seine Bedenken gegen den Babbau geltend machen zu müssen, da das Bauen jetzt so viel Geld koste. Auch sei ein solches Unternehmen besser von Privathand zu errichten als durch

die Gemeinde. (Der genannte Verein hatte heftige Opposition gegen das Bad getrieben. J. B. wurde von ihm erzählt, wenn sich das Bad nicht rentiert, könnten die Beschlüssen von hier fortgehen und die Herren Hausbesitzer hätten die Schulden auf dem Baufe. D. B.) Demgegenüber meinte Herr Ingenieur Paatz, daß gegenwärtig selbst kleinere Gemeinden als die hiesige sich mit dem Bauen von Bädern beschäftigen, es sei doch dies ein Beweis, daß das Baden und die Sportpflege eine Zukunft haben.

Wiederlich. Gemeinderatsitzung. Der Amtshauptmann hat eine Verfügung erlassen, wonach der Beschluß, Auszahlung des Lohnausfalls und 50 Mk. Schmerzensgeld aus der Gemeindefasse an die nach dem Rapp-Putsch durch die Reichswehrbrigade 19 unschuldig Verhafteten und Mißhandelten, aufgehoben wird. Nach § 59 der Landgemeindeordnung wird festgestellt, daß der Amtshauptmann in der größtmöglichen Weise seine Befugnisse überschritten hat, und der Gemeinderat beschließt, diese Verfügung zu ignorieren und dem Bezirksschausschuß vorzulegen. Bei dieser Gelegenheit ließ Herr Gemeindevorsteher Kirchhüllsche März in ungewohnter Weise durchbilden, daß nach seiner Meinung die Verhaftung der Genossen wohl nicht ganz so unrecht erfolgt sei, denn diese hätten die Waffen nicht nur gegen die Bolschewisten, sondern auch gegen die bestehende verfassungsmäßige Regierung erhoben. Dem Gehör der Gemeindevorsteherin wurde ein 50proz. Vorschuss auf Grund der Reichsbefolgungsreform wird insofern nach längerem Auseinandersetzen einbezogen, als der Gemeindevorstand ermächtigt wird, einstweilen 50 Prozent an die Beamten auszusahlen. Im übrigen wurde die Vorlage an den Finanz- und Verfassungsausschuß überwiesen. An Herlen werden den Beamten einschließlich der Schulleute je drei Wochen bewilligt, Arbeitern und Lehrlingen je zwei Wochen. Der Anpfanzung von Pappeln am Klein-Wiederlichsee wird zugestimmt. Die Aufstellung eines Haushaltsplanes für das neue Etatsjahr wird dem Finanzausschuß übertragen. Eine Gemeindefrankenschwester soll eingestellt und die Stelle ausgeschrieben werden. Zustimmung wird ferner zur Gründung einer Girokasse für die Gemeinde erteilt. Die Thüringer Gasgesellschaft fordert erhöhte Gaspreise auf 1.10 Mk. In den Fürsorgeauschuß wird an Stelle der ausgeschiedenen Frau Herzog Frau Köber gewählt. Dem Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung, Heranziehung der Forenser zur Gemeindegemeinschaft, soll nach Neuanschätzung des Grundwertes nähergetreten werden. Der Haus- und Grundbesitzerverein ersucht in einer Zuschrift an den Gemeinderat, zwei seiner Mitglieder zur Schätzung der Grundstücke zur Grundsteuer hinzuzuziehen. Dieses eigenartige Ansuchen mußte abgelehnt werden mit der Begründung, daß bereits bürgerliche Hausbesitzer, zugleich Mitglieder dieses Vereins, in die Einschätzungskommission berufen sind. Der Haus- und Grundbesitzerverein, an seiner Spitze Herr Häusler als Nichthausbesitzer, scheint sich immer noch nicht an die veränderten Verhältnisse durch die Revolution gewöhnen zu können, einmals war ihre Herrschaft unbeschränkt.

Dehsh. Eine Elternversammlung nahm am 17. Mai die Wahlen zum Elternrat vor. Der verlassene Elternrat war in gleicher Zahl von Unabhängigen, Mehrheitslern und Demokraten zusammengesetzt; eine eigentliche Wahl hatte nicht stattgefunden. Für diese Wahl beantragten unsere Vertreter **W e r b l i n i s w a h l**. Darob große Entrüstung bei Mehrheitslern und Demokraten, die von einer „Ueberrumpelung“ sprachen, trotzdem die Wahl lange Zeit vorher und genügend bekanntgemacht worden war. Sie erklärten, an der Wahl nicht teilzunehmen zu wollen. Wogegen wurden 157 Stimzettel, 133 lauten auf die Kandidaten der **NSDAP.**, 16 waren weiß, 2 zerplittert und 1 unguiltig. — Außerdem brachte die Versammlung einen Vortrag von Frau Ellen Müller und eine Ansprache über die Schulleiter am 1. Mai. Eine Entschliessung, die die Maßnahmen der Schulleitung billigt, wurde ohne Widerspruch angenommen. Sie lautet: „Nach einer Aussprache im Schulvorstand soll die freier große Erregung in der Einwohnerschaft hervorgerufen haben. Die heute im Schulsaal versammelten Eltern stellen dies in Abrede. Sie billigen die Maßnahmen der Schulleitung und der Lehrerschaft und wünschen, daß die Volksschule in Dehsh auch weiter im Geiste der neuen Zeit geleitet wird. Die Feier hat aus Anlass und Deklamation von Frühlingsliedern und aus einem Vortrag bestanden. Der Vortrag war dem Verständnis der Kinder angepaßt; er behandelte die Verfassung des neuen deutschen Reiches im Vergleich zur Verfassung des alten, untergegangenen Reiches. Die älteren Schulkinder schon mit der Verfassung vertraut zu machen, liegt im Willen der Gesetzgeber. Die versammelten Eltern welfen daher das Verbot, als habe die Lehrerschaft Parteipolitik in die Schule tragen wollen, entfallen zurück. Da der 1. Mai ein Schulfesttag war, eignete er sich zur Veranstaltung einer Feier, wie jeder andere Schulfesttag auch. Daß bei einer Schulfesttag das Schulgebäude flaggenreich dekoriert, findet die Elternversammlung als selbstverständlich.“

Zweitens. Die klassenbewußte Arbeiterschaft, die sich nicht länger im Schlepptau der Reaktion nehmen ließ, ist schon vor mehreren Jahren zur Bildung eigener Sportvereine geschritten. Sie hatten unter dem „Wohltuollen“ der Schulbehörden und der — damals königlichen — Amtshauptmannschaft zu leiden, wußten sich aber trotz aller Nadelstiche durchzusetzen. So besteht hier neben einem Gesang-, einem Turn- und einem Radfahrverein ein Fußballklub Sportfreunde, der auf der Brauerwiese am Eichholz seine interessanten Spiele veranstaltet. Da der Platz nicht eingezäunt ist und auch sonst kein Geld erhoben wird, kann man daselbst einen recht billigen Sonntagnachmittag verleben. Man sollte nun meinen, die Arbeiter und ihre Kinder machten von dieser Gelegenheit ausgiebig Gebrauch. Weit gefehlt. In Scharen strömen sie nach dem Sportplatz des anderen Vereins und entrichten ein nicht gerade niedriges Eintrittsgeld, nicht ahnend, daß sie die Vereinigung ihrer Klassenossen dadurch moralisch schädigen und die Sache unserer Gegner moralisch fördern helfen. Sinnlichkeit des Gesangs-, Turn- und Radfahrvereins besteht daselbst Uebel, und das in einer Zeit, in der die Klassenengegenschaffter denn je zutage treten. Es wäre doch an der Zeit, daß sich die Arbeiter des Widerstands ihrer Handlungsweise mit der Wirklichkeit bewußt würden und die Lehre daraus zögen.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen im April 1920.

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung berichtet:

Die Lage des Arbeitsmarktes, die bereits im März durch die politischen Wirren stark beeinträchtigt war, hat sich im April wesentlich verschlechtert. Zwar ist auch in diesem Monat die Zahl der Arbeitsuchenden bei den Arbeitsnachweilen zurückgegangen, gleichzeitig hat aber infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Preisgestaltung, unter dem Einfluß des steigenden Marktwertes und infolge der damit zusammenhängenden Zurückhaltung der Käufer das Stellenangebot abgenommen. Wenn größere Arbeiterentlassungen auch noch vermieden worden sind, so mußten doch schon erhebliche Betriebsbeschränkungen durch Arbeitszeitverkürzung infolge Zurücknahme von Aufträgen vorgenommen werden.

Die Kohlenförderung hat sich etwas gebessert, sie reichte jedoch nicht aus, um die Industrie voll zu beliefern. Für den Kohlenbergbau wurden etwa 400 ungelernete Arbeitstätigkeiten vermittelt, vorwiegend in die Braunkohlengruben außerhalb Sachsens. Infolge der Unruhen im Ruhrgebiet sind früher abgewanderte Bergarbeiter wieder nach Sachsen zurückgekehrt. Ihre Unterbringung in den Steinkohlengruben des Zwickauer Bezirks stieß auf Schwierigkeiten, da nur wenig Bedarf vorhanden war.

In der Glas- und keramischen Industrie konnte infolge Kohlenmangels nur ein Teil der Oefen in Betrieb gehalten werden.

Die Papierfabrikation litt unter dem Mangel an Schmelzhol und Kohlen, so daß die Lieferungsverträge zum Teil

nicht erfüllt werden konnten. Das Buchbindergewerbe war fast beschäftigt. Insbesondere war starke Nachfrage nach gelbten Kartonnagenarbeiterinnen. Die Lage im Buchdruckergewerbe hat sich nicht wesentlich gebessert. Buch- und Steinbrucker sind noch in größerer Zahl erwerbslos.

In der Metallindustrie machte sich der Rückgang der Aufträge in vermindertem Stellenangebot und Zunahme der Stellenuchenden, namentlich bei den Bau-, Maschinen- und Werkzeugmaschinen bemerkbar. Nur in Leipzig war die Lage etwas günstiger.

In der Holzindustrie führten die übertriebenen Möbelpreise zusammen mit der Verbesserung des Marktwertes zu Abflusstörungen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften, die früher immer ungedeckt blieben, konnte befriedigt werden. In Leipzig ist der Streik der Holzarbeiter beigelegt, jedoch war es aus technischen Gründen zunächst nicht möglich, alle Arbeitskräfte wieder einzustellen. Größeren Bedarf an Arbeitskräften hatte die ergebnislose Spielwarenindustrie.

Im Baugewerbe hat sich die Nachfrage nach Maurern und Zimmerern etwas gesteigert, eine volle Beschäftigung wird durch den Mangel an Baustoffen gehindert. Ungünstig blieb auch die Lage des Arbeitsmarktes für Maler, Glaser und Ofensetzer.

In der sächsischen Hauptindustrie, der Textilindustrie, die sich überwiegend auf die Ausfuhr eingestellt hatte, machte sich die rückläufige Bewegung am stärksten fühlbar. Die verminderte Nachfrage gegenüber den hohen Warenpreisen veranlaßte große Zurückhaltung und sogar Zurückziehung von Aufträgen im In- und Ausland, so daß aus fast allen Zweigen der Textilindustrie über Verschlechterung der Arbeitsmarktlage berichtet wurde. Der Geschäftsgang der wolgkündlichen Sticker- und Spinnindustrie wurde außerdem durch die Unruhen beeinträchtigt, wodurch die ausländischen Einkäufer ferngehalten wurden.

Im Bekleidungs-gewerbe, das bisher gut beschäftigt war, zeigte sich gleichfalls infolge der hohen Preise ein Nachlassen des Geschäftsganges. Die Nachfrage nach Schneidern war geringer als in den Vormonaten. Im Schuhmachergewerbe wurde vielfach schon verfertigt gearbeitet, in Dresden z. B. nur 24—30 Stunden in der Woche. Im Kleinhandwerk mußten Gehilfen entlassen werden und Kleinbetriebe waren ohne Beschäftigung. Im Sattler- und Tapezierergewerbe nahm die Zahl der Stellenuchenden zu.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zeigte der Arbeitsmarkt für die Fleischer eine geringe Besserung. Im Bäckergewerbe hat sich die Zahl der Erwerbslosen infolge der Entlassung der Ausgelernten etwas erhöht. In der Zigarren- und Zigarettenindustrie hat sich die Zahl der Erwerbslosen vermindert, in der Zigarettenindustrie allerdings mehr durch Vermittlung der weiblichen Arbeitskräfte in andre Berufe. Im übrigen sind die Ausschichten der Tabakindustrie unsicher, so lange sich die Wirkungen der Tabaksteuer nicht übersehen lassen. Die Fabriken arbeiten teilweise auf Lager.

Im Gastwirts-gewerbe brachte die wärmere Jahreszeit größeren Bedarf an Ausschiffstellen, im übrigen blieb die Lage für ständige Kräfte schlecht, da auch die Kurorte mit ihren Besetzungen zurückblieben.

Im Handelsgewerbe hat sich die Arbeitsmarktlage nach Ueberwindung der politischen Wirren zwar etwas günstiger gestaltet, die Nachfrage nach männlichen und weiblichen Arbeitskräften erreichte indes nicht einmal die Ziffern vom Anfang des Jahres. Der Bedarf an Stenotypistinnen konnte nicht gedeckt werden.

Die landwirtschaftliche Vermittlung hat sich gegenüber dem Vormonat etwas gehoben. Der Bedarf der sächsischen Landwirtschaft an Anekten und Wägen konnte nicht gedeckt werden. Aus der Industrie, die bei der Einstellung die längeren Arbeitskräfte bevorzugt, steht in diesem Jahre ein größeres Angebot an Arbeitskräften für die Landwirtschaft nicht zur Verfügung. Besonders fehlen die weiblichen Arbeitskräfte. Für Berufen, die in größerer Zahl vorhanden sind, ist nur wenig Bedarf. Ältere Arbeiter und Arbeiterfamilien sind schwer unterzubringen. Die Vermittlung nach außerhalb Sachsens hat sich gegen den Vormonat erhöht. Nach Ostpreußen, das früher ein Hauptabgabebereich war, konnten wegen der Transportschwierigkeiten durch Polen nur kleinere Gruppen vermittelt werden. Für verheiratete Schweißer war nur geringe Nachfrage, während ledige und Lehrschweißer gesucht wurden.

In der Hauswirtschaft war die Nachfrage nach Wuh-, Wusch- und Stundenfrauen schwächer als im Vormonat. Ebenso blieb die Nachfrage nach ständigen Hauspersonal hinter dem Bedarf zurück. Die Aufträge für Hauspersonal konnten nur zum geringen Teil erledigt werden, da ein entsprechendes Angebot fehlte. Ebenso bestand der Mangel an gebildeten, längeren Stützen für Privat- und Pensionshaushaltungen fort. Besonders nach auswärts meldeten sich aus den Großstädten nur wenige Kräfte.

Im ganzen betrachtet stand der Arbeitsmarkt schon im April im Zeichen des Niedergangs. Die rückläufige Bewegung wird in den kommenden Wochen noch stärker sichtbar werden.

Von der technischen Hochschule in Dresden.

Der Rektor der technischen Hochschule in Dresden versendet folgendes Schreiben: „Der Umbruch zum Studium ist wie bei allen Hochschulen auch bei der hiesigen Technischen Hochschule seit dem Ende des Krieges stetig gewachsen, und die Zahl der Studierenden ist auf eine im Frieden nie erreichte Höhe gestiegen (über 3000 gegen 1498 im Jahre 1914). Die Räumlichkeiten der Technischen Hochschule, die sich schon vor Jahren als recht beschränkt erwiesen, müssen heute bis zum äußersten ausgenutzt werden. Die Ueberfüllung, die in fast allen Vorlesungen und besonders in den Laboratorien und Instituten herrscht, macht es den Hochschulorganen zur Wahrung der Interessen der deutschen Studierenden zur Pflicht, den starken Zustrom der Ausländer durch strenge Handhabung der Aufnahmebestimmungen tunlichst einzubäumen — eine Maßnahme, die auch die anderen deutschen Hochschulen haben ergreifen müssen.“

Anfragen in der Volksammer.

Die Demokraten fragen in einer Interpellation in der sächsischen Volksammer an, ob die Regierung bereit ist, bei der Reichsregierung um Auskunft über die Greuelthaten der schwarzen Besetzungstruppen, Auskunft zu verlangen und ob die Regierung bereit ist, unverzüglich bei der Reichsregierung angedr. der Entfaltungen über die schmachvollen Zustände im besetzten Gebiet vorstellig zu werden und gegen die den deutschen Brauen und der Zivilisation angetane Schmach zu protestieren.

Neue Vorlagen.

Die Regierung hat der Volksammer den Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Änderung der Gebührengordnung für Ortsgerichtspersonen vom 1. November 1892 vorgelegt. Danach werden die Gebühren für die Auslagen unter Nr. 16 des Tarifes bis auf weiteres verdoppelt. Ferner ging der Kammer der Personen- und Besoldungsplan der Landes-Brandversicherungsanstalt auf das Jahr 1920 zu.

Zwickau. Die Mitglieder des Arbeiterrates für den Bezirk der Zwickauer Reichswehrkommando aufgestellt worden war, weil er zu einem Protestakt gegen die Waffenabgabe aufgefordert hatte, beschloßen trotz dieser Aufforderung das Weiterbestehen des Arbeiterrates. Eine demnächst stattfindende Sitzung des Großen Arbeiterrates soll über etwaige Neuwahlen Beschluß fassen.

Altenburg. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Bevölkerung von der Tatsache in Kenntnis gesetzt, daß in der Sandberger Granatenfabrik zu Ruernitz, wo sehr Gefährliche gearbeitet werden, so große Mengen Sprengstoff lagern, daß bei ihrer Entzündung die ganze Stadt in einen Trümmerhaufen verwandelt werden würde. Da auch die Bahnhöfen Leipzig-Hof und Altenburg-Zeitz gefährdet sind, soll die Besetzung der Sprengstoffe möglichst rasch erfolgen.

Berichtsaal.

Schöffengericht.

Kettenhandel. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Fahrrad- und Kraftwagenhändler hatte im Gummiwarenhause von Eiderstr. Schlische und Deben gekauft, fühlte sich überlistet und erstattete Anzeige mit dem Ersuchen, S. vom Handel auszuschließen. Der Gummiwarenhändler Rosenblüth und der Gummiwarenhändler Eiderstr. haben Strafbefehl erhalten wegen Kettenhandel und Preiswucher, wogegen sie richterliche Entscheidung beantragten. Die Vernehmung von zwei Zeugen und einem Sachverständigen ergab, daß verschiedene Qualitäten geföhrt und zu angemessenen Preisen verkauft worden sind. Der Nutzen war geringer, als die Konvention der Gummiwarenhändler neuerdings vorschreibt. Die vorgefundenen vier alten unbrauchbaren Schlische sind von Käufern in Zahlung gegeben worden; ein Weiterverkauf ist nicht erwiesen. — Das Gericht erkannte auf Freisprechung und Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse.

Quittung.

Im Sekretariat Groß-Leipzig U. S. N. D. gingen für Wahlpulver ein: Eduard Hennig 10.—, Glaser der Firma Otto Lehmann 60.—, Kreyhmar 10.—, S. P. 5.—, Rich. Dietrich 30.—, Henschel 5.—, K. P. 3 20.—, Ortsverein Liebertowitz 54.—, Thonberg-Neurenditz 43.—, Gemeinde- und Staatsbeamte U. S. N. D. Versammlung Volkshaus 71.05, Verlobung 1. Mai 18.—, Kellnerbergschuh Sängerkorps Großschöcher 10.—, Ortsverein Seifewitz 23.—, N. B. 2.—, Schlegelmilch 50.—, F. G. Wiesenstraße 18.20, Sozialistische Jugend, Schnefeld 47.—, Gast- und Schankwirt Deutschlands, Jahlitzsch Leipzig 62.10, Erstes Leipziger Wandoneon-Konzertorchester 24.—, Arbeiter der Firma Heinrich Terentias 55.50, Kellnerbergschuh Sängerkorps Großschöcher 10.—, Zimmer diejelben 20.—, Statistk Russel 11.80 Mt. C y r u s.

Kampffonds zur Erklämpfung der Pressefreiheit (5. Quittung). An weiteren Beiträgen gingen beim Bezirkspartei-Sekretariat ein: Bereits quittiert: 13550.21, Liste 3782, 3786 107.50, Liste 4106 bis 4178, 4175—4183 440.55, Liste 3110, 3118, 3121, 3198, 3219, 3250, 3216, 3217, 3218, 3220, 3221—3230 durch Böhle 153.00, Liste 3990—3993, 3987, 3988 150.—, Liste 3828 5.00, Liste 3898, 3850, 3870, 3858, 3854, 3852, 3802, 3867, 3865, 3803, 3861, 3533, 3880.

3889 durch Heinrich 387.50, Liste 3511, 3512, 3516, 3519 durch Boigt 355.—, Liste 4409 durch C. Wehner, Leipzig 500.—, Liste 4536 18.25 Mt. Schrörs.

Berichtigung. In der dritten Quittung Wahlpulver muß es richtig heißen bei Arbeiterschaft der Firma S. Seute, Lindenau 103.50 Mt. statt 139.50 Mt. Schrörs.

Briefkasten der Redaktion.

W. 1. Wenn sich die Käuferin seit zur Abnahme der Maschine verpflichtet hat, liegt ein fester Kaufvertrag vor. Sie können dann bei Weigerung auf Abnahme klagen. — 1 Mt. für die Parteikasse. Lindenau 10, N. N. 1918. 1. Wenn Sie die Gegenstände bezahlt haben, können Sie nicht zurückverlangt werden. Bei einem ev. gerichtlichen Austrag müssen die Angaben besworen werden. 2. Das letztere trifft auch im zweiten Fall an. Schenkungen werden widerrufen bei einseitiger Verarmung des Schenkens oder aroben Unaband des Beschenkten. 3. Erfurt 2. Wenn tatsächlich ein Verschulden Ihrer Frau vorliegt, kann Schadenersatz beanprucht werden. — 1 Mt. für die Parteikasse.

Hilfliche Bekanntmachungen.

Schweinefleisch-Verteilung.

I. Verbrauchsfall.
Es werden ausgeteilt:
1. auf die Marke P der Landesfestkarte 38 150 g Schweinefleisch.
2. auf die Karte 9 der Zusatzlebensmittelfarte für Kriegesfamilien 50 g Schweinefleisch.
3. auf die Sonderbuttermarken 100 für Kranke die aufgedruckte Menge Butter.
4. auf die Buttermarken S 3 und X 4 für Militärtauler u. Befuchsfremde je 60 g Schweinefleisch.
Der Preis für 150 Gramm Schweinefleisch beträgt 0.60 Mt., für 60 Gramm 2.65 Mt. und für 60 Gramm 2.20 Mt. Der Preis für Butter ist der gleiche wie in der Vorwoche.
Die Kriegesfamilien Mitglieder der Israelitischen Religionsgemeinde, die berechtigt sind, rituelle Margarine zu beziehen, haben die Marke P zum Bezuge der rituellen Margarine bei der Israelitischen Religionsgemeinde, Löhrstr. 10, I, einzureichen.
II. Verteilungsordnung.
Verbraucher: Abgabe der Marken unter I. 1. und 2. beim Butterföhrhändler bis Sonnabend, den 22. Mai. Letzter Abholungstag Montag, den 31. Mai.
Kleinbändler: Bezugsfaktentnahme in der Bezugskarte, Markgrafstr. 8, Dienstag, den 25. Mai. Die Kleinbändler haben den Bedarf an Schweinefleisch auf dem allgemeinen grauen Lieferchein zu berechnen.
Abgabe der Fettbezugsfarten Po 20 nur bei den Butterföhrhändlern Dienstag, den 25. Mai.
Butterföhrhändler: Bezugsfartenablieferung in der Bezugskarte Mittwoch, den 26. Mai.
Auf die Sonderbuttermarken für Kranke, die Buttermarken für Militärtauler und Befuchsfremde und auf die Sonderbuttermarken mit dem Ausdruck „Bezug“ ist die darauf ausgeteilte Menge Butter oder Schweinefleisch ohne Voranmeldung in den Butterverkaufsstellen für Militärtauler und Befuchsfremde zu entnehmen.
III.
Die Kleinbändler haben für die Entnahme der Waren beim Großhändler geeignete Gefäße mitzubringen, soweit sie nach den Bezugsfarten Mengen zu erhalten haben, die nicht in vollen Gebinden geliefert werden können.
Leipzig, den 20. Mai 1920.
Ern.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Fleischverteilung.
Ausgabe: Am 22. Mai auf die Fleischmarken P (Erwachsene) 180 g Rindfleisch mit Knochen und 50 g Wurst.
P (Kinder) 90 g Rindfleisch mit Knochen, P (Kranke) 125 g desgleichen.
In den Fleischereien mit Ausweisnummern 101—493 wird Frischwurst, in denen mit Ausweisnummern 1—100 und 494—540 Auswandswurst (in Darm oder in Dose) ausgegeben.

Reichsleiderlager Nr. 33.
Vortag 34.
Donnerstag, den 27. Mai, in der Zeit von 9—1 Uhr, für die bezugberechtigten Geschäfte der Kommunalverbände Leipzig-Stadt und Leipzig-Land Angebot in:
Männer-Unterhosen, Männer-Triohemden, Männer-Socken.
Eintritt nur gegen Ausweis, Verkaufsbedingungen mit Kundennummer, Warenausgabe findet während dieser Zeit nicht statt.

Marxkransstädt.
Diejenigen Einwohner unserer Stadt, die das 65. Lebensjahr vollendet und frante Personen, sowie Kriegsbeschädigte mit mehr als 50 Prozent, die sich im Kartenamt haben eintragen lassen, können **Sonnabend, den 22. Mai,** bei Kaufmann Wöhrschel, Krantzer Straße, je 1 Paket Daserlöden und 1/2 Pfund Kakao als Sonderbezugswahl erhalten.
Marxkransstädt, am 21. Mai 1920.
Der Stadtrat.

Sparkasse Paunsdorf.
Geschäftszeit:
Montags bis Freitags 8—2 Uhr,
Sonnabends 8—1 Uhr.
Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent.
Postkontokonto Leipzig Nr. 41 300.
Kontrollmarken.

Für das Pfingstfest.
Ersch eingetroffen: Eckstein-, Halpaus-, Apitz-, Waldorf-Astoria-Zigaretten.
In großer Auswahl prima preiswert reine Rauchtabelle, überaus schöne Rippen, Qualitätszigarren, Stück von 80 bis an, Zigarillos, Stück 70 bis, engl.-amerik. Zigaretten.
Rodderson Kautabak.
Elisabeth-Müller, Zigarren-Geschäft, Zeilstr. 30, gegenüber Volkshaus.

Arb.-Turn- u. Sport-Bund, Fußballabtl. Großschöcher.
1. Pfingstfestspiel: Grosses Fußball-Wettspiel. Johannisthal-Berlin I-Großschöcher I nachm. 1/2 Uhr. Kleinshöcher III-Großschöcher IV nachm. 1/2 Uhr. Spielplatz Großschöcher, Blenelei Roland a. d. Elster.

Zeitungen und Altpapier Lumpen Strumpfwolle kauft Weiglers Rohprodukten-Lager Berliner Straße 30

Gasthof Zweenfurth.
Empfehle dem geehrten Publikum für die Feiertage meine Kollitäten. — Herrlicher Garten, großer Saal. — Vorzügliche Küche. — Ern. ladet ein E. Romer u. Frau.

Rauchtabelle-Uebersee!
Feinschnitt Java-Auslese ab 5 Pfund 30.— Mt.
Java m. Blatt 30.—
Grobchnitt Java m. Blatt 28.—
alle Tabake ohne Abgabe und inklusive Steuer. Rauchtabelle per Rolle 1.25 Mt. im Groß. Karl Appenrodt, Rauch- und Kautabak en gros, Elisenstr. 10, I.

Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 10/21.
Postkontokonto Nr. 53477.
Die Anträger und Billalen der Volkszeitung können Bestellungen entgegennehmen.

Firnis- und Lackfarben Leinölmilch
L. O. Kaspar Nachf. Plagwitz, Ecke Strohstraße und Weigenfelder Straße.

Familien-Nachrichten
Unser langjähriges Parteilgenossen **Otto Waage und Frau** (nachträglich) sowie **Otto Barth und Frau** die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Orisvorin Schönau.

Keine Wanze mehr. Kammerfänger Berr's Radikalmittel. Nicodan! Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleichte anzuwenden, altbew. Doppelpack 4.50 Mt. Verkauf bei Drog. Alb. Zander, Klosterstraße 11 Drog. E. Zschlosche, Dufourstraße 18. Bitte ausdrücklich nur Nicodan zu verlangen.

Goldene-Sonne, Schneidritz.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Tücht. Fertigmacher
1 tüchtiger Sortiments-Fertigmacher sowie 1 wirklich erfahrener Lederzuschneider zum sofortigen Antritt gesucht.
Leipziger Buchbinderel-Aktengesellschaft vorm. Gustav Fritzsche.

Wir empfehlen
zum Pfingstfest und für die Reise:
Lodenmäntel 375.—
Reise- und Regenmäntel wasserdicht 425.—
Seidene Regenmäntel 575.—
Sportjacken in vielen Farben 350.— 425.—
Weiße Kleider 185.— 250.— 375.—
Weiße Röcke mit Hohlbaum 65.— Farblige Volle-Röcke 54.—
Frottöröcke weiss, rosa, hellblau 135.—
Sporthlusen aus Baumwollstoff 36.— Farblige Washhlusen 54.—
Elegante seidene Blusen. Elegante Washhlusen.

Zu herabgesetzten Preisen!
Herrnstiefel Mk. 179.50
Herrn-Lackstiefel 240.00
Damenstiefel 142.75
Damen-Halbschuhe Schnür- u. Spangane 120.00
Knabenstiefel 158.25
Kinderstiefel 27 bis 30 42.50
Kinderstiefel 31 bis 35 89.75
Wd. Leinen-Schnür- u. Bindeschuhe 41.50
Leder-Hausschuhe schwarz und braun 28.85
Hausschuhe früher 12, 40 jetzt 6.05
Holzsandalen 2.50
Strümpfe schwarz, braun und weiß Mk. 17.50 u. 18.75
Socken schwarz und farbige von Mk. 8.50 an
Schuh-Haus **Neptun** Mainstraße 20/24
Haus **Neptun** Windmühlenstraße 31

Friseur-Aushilfe sucht Stätteritz, Weidenstraße 5, 14-17 Uhr. Wählend b. guter Koff u. Behäl. (opf. od. lpat. gel. Weibel, Weidenstr. 7, v.
Ostermädchen sucht Dohmann, Altente 22, Dof. Welt, Schumannstr. 11, Rind. nachm. Lindenauer Str. 51, II.
Verkäufe
Hausierer — Messenhändler
Der neue konkurrenzlose **Millionen-Gebrauchs-Artikel** ist klein, billig und wird von jeder Hausfrau begehrt. Anfragen unter **D. B. 3540** an Rudolf Wolff, Dresden.
Feuerholz (Kiefer)
1 Meter lang 12.50
geschnitten 14.50
Sialholz 12.50
gespalten 14.50
offenfertig 17.—
Gustav Roth, E. Curtze
Schönefeld, Str. Ragerpl. 1b.
Schwarz, bevor Sie Ihren Bedarf beden, besuchen Sie mich, es lohnt sich, Str. 3, Hele. Pl., Raumburger Str. 2, III. r.

Gebr. Hirschfeld
Spezialhaus für Damen-Konfektion
Leipzig, Petersstr. 42.
Billiges Angebot!
Neue Schuhwaren, f. Herren, Damen u. Kinder, in allen Größen und Sorten, Außen- und Strassenbahn wdr. versg.
Heinrich Kliche
Lindenau, Reuterstr. 61, II. W.
S. Schürschuhe, md. braun, wie neu, Gr. 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Billige Anzüge
von 200 Mk. an
Pateots, Gummimantel, Lodenmäntel, Rosen verkauft **Wadowitz**, Windmühlenstraße 33, I.
Mit. Mant. gr. neuer Bluse, Sole, Reithose, Drillhose, auterb. S. Webers, Bad-Ans. vert. Mantelb. Gasse 6, v.
Anzug mit, Gr. Bursch, Anzug u. Anzug f. 12-14 jähr. Kleid., Antonienstr. 48, I. W.
Jacketanzug, neu, mittl. Fig., für 300 g. Großschöcher, Teilsstraße 14, III., Burscher
Jacketanz. aut. S. gr. Kleid., Anz. u. Anz. f. 12-14 jähr. Kleid., Antonienstr. 48, I. W.
Anzug wie neu, verkauft **Wadowitz**, Windmühlenstraße 33, I. W.
Anz. u. Anz. f. 12-14 jähr. Kleid., Antonienstr. 48, I. W.

Nationalversammlung.

Berlin, 20. Mai 1920.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Reichstagsfraktion über die Verwendung farbiger Truppen in den besetzten Gebieten. Zur Begründung der Interpellation führt Abg. Frau Hies (Soz.) aus: Der Interpellation haben sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen angeschlossen. (Hört! hört!) In einer Zeit, wo wir im Frieden aufstehen zu können meinen, muß uns die Verwendung schwarzer Truppen aufs tiefste empören. Auf die Männer der Frauen, die dort vergewaltigt wurden, wird keine Rücksicht genommen. Massenhaft sind uns traurige und schauerhafte Vorkommnisse zur Kenntnis gekommen, daß man sich freudig, darüber nachzudenken und ganz ungerne davon spricht. Selbst Schulmädchen, die in Begleitung ihrer Lehrerinnen Ausflüge machten, mußten sich vor Marokkanern, die sie zu überfallen drohten, flüchten. Diese Maßnahmen der Belgier und Franzosen müssen in allen Ländern, namentlich mit harter Frauenbewegung, Empörung hervorrufen. Wir sprechen nicht aus Massenhaß, den wir gegen unsern Programm ablehnen, und wenden uns nicht gegen die schwarzen Menschen als solche, aber wir wissen, daß Sitten und Gebräuche, Kultur und Moral des Abendlandes anders sind als bei den Senegalesen und Arabern. Frankreich und Belgien sind und bleiben schuldig in unseren Augen. Wir überleben und damit nicht, wie die Abg. Frau Hies einmal meinte, sondern wir wollen und lebendig gegen die Schandtat und Gewalttätigkeiten, begangen an deutschen Frauen, verwehren. Wir wünschen, daß das besetzte Gebiet und seine Bewohner von einem unwürdigen Joch befreit werden. (Beifall.)

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Ritter: In den letzten Tagen wurde berichtet, daß in der Truppenzusammensetzung Änderungen eingetreten sind. Nach dem, was wir bis jetzt abends erfahren haben, kann aber von einer solchen Dislozierung schwarzer oder farbiger Truppen keine Rede sein. (Lebhaftes Hört! Hört!) Es liegen in Mainz und Worms noch zwei schwarze Senegalesenregimenter, in Ludwigsdorf und Grzmersheim ein Bataillon gemischter Weißer und Negertruppen, im Norden bestehen Gebiet noch 10 Regimenter brauner Truppen. (Hört, hört!) Auch für die deutsche Regierung handelt es sich nicht um einen Massentausch gegen die Schwarzen an sich. Ohne alle Uebertreibung müssen wir jedoch in der Deckungsfrage feststellen, daß die Verpflegung von ungefähr 50 000 farbigen fremdrassigen Truppen in das Herz des westlichen Europas ein Vergehen an Gesamt Europa ist. (Leb. Zustimmung.) War schon im Kriege durch die von Frankreich zur höchsten Ausdehnung gebrachte Verwendung farbiger Truppen ein gefährliches und auch von vielen Angehörigen verurteiltes Experiment, so ist die Verwendung schwarzer Truppen jetzt nach Friedensschluß gegenüber einer friedlichen Bevölkerung ein Verbrechen. (Sehr wahr!) Es ist ein seelisches Verbrechen, ein seelischer Mord, wenn man ein Volk, das ein Jahr lang Atomisch und national ausgeplündert und bedrückt worden ist, nun auch noch im Frieden unter die militärische Herrschaft von 50 000 Schwarzen legt. Abgesehen davon, ist die dauernde Verwendung von 50 000 Mann einer fremden Rasse vollständig eine große Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern für Europa. Die kriegsgeübten Gewalttätigkeiten, die Ermordung harmloser Bürger, die Verewaltung von Frauen, Mädchen und Kindern, das riesenhafte Anwesen der Prostitution, die Einrichtung zahlreicher Bordelle auch in den kleinsten Städten, sowie die rasche Verbreitung von Geschlechtskrankheiten schwerster Art, sie stellen eine Volkstille Frankreichs gegen Deutschland dar, die man nur als eine räuberische und mit allen Mitteln geklärte Fortsetzung der Kriegsführung mitten im Frieden bezeichnen kann (Sehr richtig!), eine Kriegsführung, die, wenn nicht zum Ziele, so doch zur Folge hat, daß der deutsche Volksgenosse in seinem westlichen Rande dauerndem Siedem entgegensteht. Jeder haben die aus Amerika, England, Schweden und Norwegen kommenden Proteste auf die Franzosen ebenfalls Eindruck gemacht, wie die immer wiederholten Einsprüche, die die deutsche Regierung seit der Besetzung der französischen Gebiete für die Belassung dieser farbigen Truppen im besetzten Gebiete nicht im geringsten anführen. Frankreich hat heute noch ein durch keinerlei Abklärung geschwächtes, infantes weisses Heer. Wenn Frankreich mit den idealen Grundgedanken der Abklärung, die angeblich seinen politischen Ideengängen entspringen sind, ernst machen will, dann kann ich den Franzosen empfehlen, daß sie die Verweisung der farbigen schwarzen, europafremden Truppen begünstigen mögen. (Leb. Zustimmung.) Von Franzosen wurde mir gesagt, daß gerade bei schwarzen Truppen die Disziplin besser sein soll. Darauf habe ich geantwortet, daß wir eine Minderdisziplin der weißen Truppen gern in Kauf nehmen würden, wenn wir dafür von den Schwarzen befreit würden. Die Franzosen sollten bedenken, daß man an einer wirtschaftlichen Solidarität nicht arbeiten kann, wenn zu gleicher Zeit die politische Solidarität mit ihnen getreten wird. Die Regierung hat vom ersten Tage der Verwendung schwarzer Truppen an Einspruch erhoben ohne Erfolg. Wir müssen weiter die Öffentlichkeit der Welt über diese Schande aufklären. Wir wollen uns an den Völkerverbund wenden. Mit seinem moralischen Druck soll er dafür sorgen, daß die schwarzen Truppen zurückgezogen werden. Unsere Völkerverbund im Westen müssen von diesem furchtbaren Joch befreit werden. Jetzt, wo die Nationalversammlung zu Ende geht, wollen wir unsern Völkerverbund im Westen sagen, daß wir mit ihnen leiden, hoffen und mit arbeiten wollen, daß diese Zustände aufhören, daß wir möglichst bald einer gemäßigten Besetzung des besetzten Gebietes entgegengehen. (Leb. Beifall.)

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen. Abg. Hies (U. Soz.): Wir fordern die Interpellanten an, unsere französischen Vorkämpfer im Kampf gegen ihren Militarismus dadurch zu unterstützen, daß sie für die Einhaltung der deutschen Militärverpflichtungen des Friedensvertrages sind. (Sehr richtig! v. d. U. Soz.) Denn nur der Militarismus, der alle wilden Instinkte lockt, trägt die Verantwortung für die auf dem besetzten Gebiet ruhende Last. Warum hört man aber nichts von der Auslieferung der deutschen Kriegsschuldigen, warum ist es immer noch möglich, daß die Bestellungen der Wehrmacht für Frankreich bringen. Wenn das unmöglich gemacht wird, dann hat die französische Regierung selber ein Einsehen, um die gesamte Belastung des Gebietes aufzuheben. Wie können diesen Entlastungsdrummel nicht mitmachen, denn es verdirbt sich hinter ihm doch nur eine neue Völkerverheerung. (Sehr richtig! bei den U. Soz. — Unruhe bei der Mehrheit.) Warum hat denn die Mehrheit dieses Hauses nicht gegen die deutschen Grenelaten in den Kolonien aber in China protestiert? Die deutschen Soldaten haben dieselben Verbrechen im besetzten französischen Gebiet begangen (Zuruf: Gemeinheit! Unrecht!) — Räumende (Unruhe), wie die heute vorgetragenen. Die deutsche Kolonialpolitik ist eine ununterbrochene Reihe von Verbrechen gegen die Schwarzen. (Anhaltender Lärm. — Die bürgerlichen Abgeordneten verlassen den Saal.) Der Schwarz ist durchaus kulturfähig und treu. (Zuruf: Einmal die sich doch an! Peterkeit.) Schuld sind alle kapitalistischen Regierungen, wenn diese Leute in der Kultur zurückgeblieben sind. Als Sozialisten sind wir gegen alle Ausnahmebestimmungen, gegenüber allen Klassen, gegenüber allen Massen, wie verlangen also, daß die deutsche Regierung alle militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages streng einhält und dann bei der französischen Regierung vorkommt, die gesamte Belastung aufzuheben. (Beifall bei den U. Soz. — Rufen.)

Abg. Frau Wende (D. Sp.): Nach dem, was wir hörten, kann Frau Hies unmöglich Vertreterin des deutschen Volksempfindens genannt werden. Den Schwarzen geben wir keine Schuld, sondern den Kulturnationen, die sie uns geschickt haben. Der Friedensvertrag macht uns eine Abwehr unmöglich, und so bleibt uns nur der Appell an die ganze Welt. Wir wollen keinen Massenhaß; aber ich

würde doch einmal fragen, ob solche Vorgänge Liebe für die Schwarzen bei uns erwecken können. Das Zentrum könnte sich wohl einmal an das Oberhaupt der katholischen Kirche wenden. Es könnte wohl handeln, da es gerade größtenteils katholische Wähler sind, die die Vorhänge herabgerissen haben.

Abg. Frau Hies (U. Soz.): Es ist eine vollständige Verdrückung der Tatsachen (Gelächter), daß ich die Vorgänge gutgeheißer (Zuruf: Überentschuldig! — Unruhe.) Ich verzichte Bruttalitäten, od sie von Weissen oder von Schwarzen kommen.

Die Aussprache schließt. Es folgt die Interpellation über die Maßnahmen der internationalen Schleswig-Kommission. Zur Begründung spricht

Abg. Lauerenz (Dnatl.): Die internationale Kommission hat nach Berichten der Presse in der ersten Abstimmungszone von Schleswig bereits dänische Gesetze und die dänische Kronenwährung eingeführt, obwohl der staatsrechtliche Uebergang dieses Gebietes an Dänemark noch nicht vollzogen und insbesondere die Grenzen gegen Deutschland noch nicht festgesetzt sind. Dadurch sind schwere wirtschaftliche Schäden, namentlich in dem benachbarten Gebiet der zweiten Zone, entstanden. Das Vorgehen ist ein unerhörter Bruch des Friedensvertrages. (Sehr richtig!) Gegen die Abtretung der vier kleinen deutschen Gemeinden an der Grenze zwischen erster und zweiter Zone hat sich die Bevölkerung bereit erklärt, eventuell mit dem Mittel der Arbeitseinstellung zu kämpfen. Die vorerläufigen und überstürzten Maßnahmen der Kommission sind nicht geeignet, die Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark zu fördern.

Reichsminister des Innern Dr. Ritter: Die in der Interpellation angeführten Tatsachen sind, soweit sie die erste Zone betreffen, richtig. Von heute ab wird in der ersten Zone die Kronenwährung in Kraft treten. Es hat für uns keine Möglichkeit gegeben, einen Aufschub dieser Maßnahme durchzuführen. Wir wissen, daß heute die Entscheidung über die Grenzen Nordschleswigs in Paris bereits gefallen ist. Aber wir wissen noch nicht, wie sie aussieht. Nach den früheren Abmachungen mit der dänischen Regierung sollten die Zölle und die Währung vor der Hand unverändert bleiben. Diese gerade Linie scheint man seitens der internationalen Kommission oder seitens der dänischen Regierung verloren zu haben. Wir haben sofort zum Ausdruck gebracht, daß diese Änderung für uns unannehmbar ist. Wir haben sofort in Paris protestiert und am 11. Mai eine Note überreicht. Als trotzdem die Entscheidung kam, haben wir noch einmal in Friedrichsberg bei der internationalen Kommission einen Protest übergeben lassen und von diesem Schritt in Paris Mitteilung gemacht. Alle unsere Verluste, den Herren der Kommission die Unklarheit und Unzulänglichkeit der Maßnahmen klar zu machen, hatten jedoch kein Resultat. Das Recht ist in diesem Falle ungewisshaft auf unserer Seite. Wir müssen ausprechen, daß wir die Maßregeln als Rechtsbeugung empfinden. Am schwersten werden zweifelhaft unsere noch in der ersten Zone amtierenden Beamten getroffen. Die wirtschaftlichen Folgen für die zweite Zone haben wir versucht, auf ein Minimum zu beschränken. Die Gefahr ist, daß die Kronenwährung, die von heute ab wenige Kilometer nördlich Flensburgs eingeführt ist, nach Flensburg hinübergreift und dort zu phantastischen Preisen führt. Es ist uns gelungen, die Kommission zu überzeugen, daß, wenn die erste Zone wirtschaftlich an Dänemark fällt, die zweite wieder fest an das deutsche Wirtschaftsgebiet angegeschlossen werden muß. Auch in Paris hat die Regierung alles getan, um den dänischen Ansprüchen entgegenzutreten. Bald wird ja die internationale Kommission das Land verlassen. Wenn der Oberste Rat in Paris die vier umstrittenen Kirchspiele an Dänemark gibt, wird in Deutschland keine Ruhe sein, bis diese ungewisshaft deutschen Gebiete wieder mit uns vereinigt sind. (Lebhafter Beifall.)

Eine Besprechung der Interpellation wird nicht beantragt. Eine weitere Interpellation wegen der Verletzung des Friedensvertrages in den an Polen abgetretenen Gebieten und in Oberhessen begründet.

Abg. Bohmann (Dem.): Die Rechte der Bevölkerung in dem ehemaligen deutschen Osten werden entgegen dem Friedensvertrage aufs Schwerste verletzt. Das Bedenken tritt hervor, den Deutschen zur Abwanderung nach dem Westen zu nötigen. Die Zustände in Oberhessen sind in ihrer ganzen Tragweite noch lange nicht bekannt genug; auch hier wird der Friedensvertrag nach allen Richtungen hin verletzt.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Ritter: Die Reichsregierung hat sich bemüht, soweit es nach dem Friedensvertrag irgendwo möglich ist, Abhilfe zu schaffen und wird weitere Schritte nicht unterlassen. Sie ist auch entschlossen, gegen die Polen alle möglichen Druckmittel auf wirtschaftlichem Gebiet anzuwenden, um so zur Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen zu bestimmen. Für den Zweck ist seit mehreren Wochen gegenüber einer Reihe von Ausführungsbedingungen größere Zurückhaltung geübt und die Ausfuhr wichtigerer Artikel nur auf Kompensationsvertrag bewilligt worden. Die lange Hinanziehung der Option und des Korridorvertrages in Paris besprochen worden und wir haben unsern Grund, sie bald zu regeln, nachdrücklich geltend gemacht. Ehe wir auf andre Verhandlungen eingehen, müssen diese wichtigsten Fragen erst erledigt werden. Wir hoffen, daß die Polen die Notwendigkeit bald einsehen werden. Auch daß eine weitverzweigte Austragungskommission besteht, ist Tatsache und wurde der internationalen Kommission mitgeteilt, auch Vorstellungen deswegen in London, Paris und Rom erhoben. Auch die Eingriffe in die Rechtspflege sind richtig und die Richter, die ihre Tätigkeit eingestellt haben, bedienen sich nur eines Rechtes, das ihnen der Friedensvertrag ausdrücklich zugestimmt. Die Verteilung der Kohlen hat der Weideregierungsausfluß in Paris für sich in Anspruch genommen. Er kann aber nach dem Vertrage nur bestimmen, wieviel Kohlen Deutschland zu liefern hat und hat nicht das Recht, über die Lieferung von Kohlen aus bestimmten Kreisen Deutschlands zu verfügen. Die Regierung hat daher Einspruch erhoben. Ueber diesen Einspruch wird zur Zeit verhandelt. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Es folgt die Interpellation des Zentrums über die Zustände in den Kreisen Cuxen-Malmeda.

Abg. Frau Schmidt (Zentr.): Trotz der hier erhobenen Proteste bestehen die ungerechten Verfügungen der Besatzungsbehörden in Cuxen-Malmeda, die eine ungeheuerliche Härte für die betroffenen Personen darstellen, unabgeschwächt weiter. Die dort vorkommenden Ungerechtigkeiten sind in keiner Weise durch den Friedensvertrag zu decken. (Zustimmung.)

Reichsminister des Innern Dr. Ritter: Er trifft zu, daß trotz der hier schon einmal ausgesprochenen energischen Bedenke die Verwaltungsmaßnahmen der belgischen Behörden durch Vorenthaltung und Entziehung von Lebensmitteln und die Ungerechtigkeiten durch absichtliche Erschwerung der Abfuhr fortbauern. Die Soldaten und Uebergriffe haben sich in den letzten Tagen noch vermehrt, indem die belgischen Behörden begonnen haben, alle Personen, die sich nach dem 1. August 1914 in den Kreisen niedergelassen haben, mit arbeitsloser Frist auszuweisen. (Hört, hört!) Bisher haben schon 600 Personen Ausweisungsbefehle erhalten, im ganzen sollen 2500 davon betroffen werden. Die Untersuchungen sind nicht nur eine grauhafte Härte gegen die davon Betroffenen, sondern auch ein neuer Schlag der belgischen Regierung, um die Volksbefragung zu sabotieren. — Zwei Noten sind von uns der Friedenskommission und dem Völkerverbund vorgelegt worden. Bisher hat nur der Völkerverbund geantwortet, daß er gegenwärtig nicht eingreifen könne, sondern dazu erst in der Lage sei, wenn das Ergebnis der Volksbefragung vorliegt.

Auf die Interpellation der Abg. Schulz (Dnatl.) und Dr. Heine (D. Sp.) und Genossen, die darüber Beschwerde führt, daß verschiedene Ministerien den Beamten zum 1. Mai Urlaub unter Verzichtung des Gehalts gewährt haben, antwortet der

Reichsarbeitsminister Schlieke: Die Regierung ist bereit, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten. (Lachen und Unruhe.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dnatl.): Wenn die Regierung heute nicht antwortet will, wo wir auseinandergehen, so ist das nur ein Zeichen, daß sie ein schlechtes Gewissen hat. Die Regierung drückt sich vor der Beantwortung. Ich protestiere gegen das unerhörte verfassungswidrige Vorgehen der Regierung. (Gelächter bei der Mehrheit.)

Abg. Mittelmann (D. Sp.): Das Verhalten der Regierung ist ein Schlag in das Gesicht der Nationalversammlung. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Präsident Fehrenbach: Der Gegenstand der Tagesordnung ist erledigt.

Es folgt der Antrag der Abg. Geyer (U. Soz.), Scheidemann (Soz.) und Genossen auf

sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in allen Teilen des Reiches.

Abg. Henke (U. Soz.): Keine Partei wird wohl einen Zustand aufrechterhalten wollen, der die Wahlfreiheit außer Acht läßt. Alle Parteien müssen dafür Sorge tragen, daß jede Partei in der Lage ist, unter gleichen Bedingungen den Wahlkampf zu führen. Aber es ist leider bei der Mehrzahl der Parteien derselbe Geist der Abhängigkeit herrschend, der heute noch den Ausnahmezustand aufrecht erhält. Die zahlreichen Zeitungsverbote, die meist vollkommen grundlos sind, schwächen unsere Kraft im Wahlkampf entscheidend. Politische Todesurteile werden unter dem Ausnahmezustand gefällt und von einem ehemaligen sozialdemokratischen Parteimitglied bestätigt. (Sehr richtig!) Belagerungszustand und Zensur sind untereinander verbunden. Der Belagerungszustand ist ein Machtmittel in den Händen der Reaktion, wie das bayrische Beispiel deutlich beweist. Einzelne Regierungsleute, wie der Berliner Polizeipräsident und der Staatskommissar Weismann haben sich ebenfalls für Aufhebung des Ausnahmezustandes ausgesprochen. Wenn die Reichsregierung hierin verlagert, wie sie überall verlagert hat, dann muß die Nationalversammlung handeln und unsern Antrag annehmen. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Wbe-Breslau (Soz.): Eine große Anzahl meiner Freunde hat den Antrag unterschrieben, ohne sich aber mit der hier vorgebrachten Begründung identifizieren zu wollen. Auch wir wollen keine Reichsstaatswahlen unter dem Ausnahmezustand; wir glauben, daß es möglich sein wird, sich ohne Ausnahmezustand Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Reichsminister des Innern Koch: Die Regierung bedauert, daß es nicht möglich ist, noch vor den Wahlen den Ausnahmezustand aufzuheben. Noch heute sind von der äußersten Linken und der äußersten Rechten Gefährdungen der Sicherheit des Staates zu befürchten. Die Regierung trägt die größten Bedenken, der bayrischen Landesregierung in den Arm zu fallen, wenn es ihr notwendig erscheint, den Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten. Wir bitten, den Antrag abzulehnen; die Regierung wird für ordnungsmäßige Wahlen Sorge tragen. (Beifall.)

Die Abg. Giffing (Zentr.) und Dr. v. Schulz-Governitz (Dem.) stimmen den Ausführungen des Ministers bei.

Abg. Henke (U. Soz.): Ich stelle gegenüber dem demokratischen Votum fest, daß gerade heute in Deutschland eine Minderheit regiert. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Die Ausführungen des Reichstagspräsidenten Giffing sind nur dazu angetan, den Zentrumsvorkämpfern endlich die Augen zu öffnen. (Lachen im Zentrum.) Kein Epistelmüller könnte da anders reden. Die Demokraten reden von Demokratie und Republik, in Wirklichkeit ist es ihnen aber nur um ihre kapitalistischen Interessen zu tun. Heute mehr wie je ist der Ausnahmezustand nur ein Kampfmittel gegen die Arbeiter. (Beifall bei den U. Soz.)

Der Antrag wird hierauf mit den Stimmen der beiden sozialistischen Parteien angenommen. Die Abstimmung über den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Erteilung der

Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Braß (U. S.) bleibt zunächst zweifelhaft. Der Hammelprung ergibt 109 Stimmen gegen die Strafverfolgung, 88 für. Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Präsident Fehrenbach schließt um 1/2 Uhr die Sitzung. Zu der eine halbe Stunde später folgenden

zweiten Sitzung sind nur etwa 50 Abgeordnete anwesend.

Ohne Aussprache nimmt das Haus der Erweiterung der Verordnung über eine militärische Amnestie sowie dem Gesetzentwurf über die Entschädigungsansprüche verhafteter oder verurteilter Soldat-Bohrer zu. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Uebernahme der Staatsbank 18 Milliarden im Wege des Kredits stütze zu machen.

Angenommen wird die Vorlage über die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Costa Rica, ferner das Gesetz über die patentamtlichen Gebühren und die Vorlage über den Personenstand, wonach auch weibliche Personen zu Standesbeamten bestellt werden können.

Der Einspruch des Reichsrats gegen die Gewährung von 500 000 Mk. an die Universität Leipzig wird dem Verfassungsausschuß überwiesen. Der Verordnungs über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat wird ohne Aussprache zugestimmt, ebenso der Verordnung über die Heraushebung des Grundlohns, um die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung.

Es folgt die Beratung über das Abkommen mit der russischen Sowjetrepublik über die Heimführung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinterneen.

Abg. Henke (U. S.): Wir unterstützen alles, was sich mit der Heimförderung von Kriegsgefangenen beschäftigt. Wir Unabhängigen bilden mit besonderer Erwartung nach Rußland, dem Sowjetrußland hat besonders, den Sozialismus durchzuführen. Darum hoffen wir, daß dieses Abkommen der Anstoß zu ähnlichen Verhandlungen sein wird.

Abg. Scheidemann (Soz.): Der Gesetzentwurf ist genau nach beiden Seiten hin geprüft und wir sind mit dem Vorredner darin vollkommen einig; daß auch wir mit Rußland in durchaus freundliche Beziehungen treten wollen. Das Auswärtige Amt muß alles versuchen, um genaue Nachrichten über Rußland zu erhalten und uns in ein gutes Verhältnis mit Rußland zu bringen.

Das Abkommen wird angenommen, ebenso das Abkommen mit der lettischen Republik.

Freitag, 9 1/2 Uhr: Anfragen, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit (dritte Lesung), Strafverfahren des Abg. Braß. Schluß 9 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Die 2. Wahlkampfnnummer der „Freien Welt“.

Die „Freie Welt“ hat soden ihre zweite Wahlkampfnnummer herausgegeben. Sie enthält eine Fülle von Materialstoff politischer und satirischer Art. Die Deutschnationalen operieren besonders mit kommunistischen Wutreden, roten Armeen usw. Diesen Phantasien geht besonders die zweite Wahlkampfnnummer der „Freien Welt“ mit vernichtendem Dohn zu Leibe. Es ist daher sehr erwünscht, daß die „Freie Welt“ während der Wahlzeit in den öffentlichen Versammlungen verbreitet wird, damit die Massen, die noch nicht zu unserer Partei gehören, beeinflusst werden können. Der politische Mittelteil ist dem Maßstab und dem Ansehen unseres Genossen Emanuel Bym gewidmet. Als die Laubkolonisten wendet sich ein bemerkenswerter Aufsatz. Kleine politische Artikel und der Bismarck mit seinen reizenden Illustrationen erfinden das Ost, Preis 50 Pf. durch alle Buch- und Straßenhändler.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Große öffentliche Wähler-Versammlungen:

Freitag, den 21. Mai, abends 7/8 Uhr

- L.-Connewitz** in der Goldenen Krone Referent: Genosse Wilderts.
- Großdalgitz** im Gasthof Referent: Gen. Alfred Kerschmar.
- Markkleeberg** in Mockers Gasthof Referent: Redakteur Gen. Wb. Fichte.
- Debsch** im Gasthof zur Linde Referent: Stadtverordneter Genosse Johann Scheib.
- Seehausen** im Gasthof Kuschel Referent: Genosse Bernhard Dieg.
- Wahren** in der Terrasse Referent: Reichstagskandidat Genosse Artur Kleberasch.
- Dewitz-Döbitz-Schlis** im Gasthof zu Dewitz abends 8 Uhr Referent: Genosse Pätzig.

Sonnabend, den 22. Mai, abends 8 Uhr

Störmthal im Gasthof Referent: Stadtd. Genosse Karl Krüger.

Thema in allen Versammlungen:

1. Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl.
 2. Freie Aussprache.
- Zahlreichen Besuch erwartet Der Hauptvorstand.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

- Sänichen-Quasitz-Lüchsmena.** Sonnabend, den 22. Mai, abends 7/8 Uhr. Mittagsversammlung im Kasino. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Vereinsangelegenheiten. Erscheinen aller ist Pflicht. Der Vorstand.
- Leutzsch.** Sonntag, den 23. Mai (1. Pfingstfeiertag). Familienausflug mit Musik nach Sänichen. Abmarsch früh Punkt 7 Uhr vom Schwarzen Jäger, Lindenauer Straße. Der Vorstand.
- Liebertwollwitz.** Sonntag, den 23. Mai (1. Pfingstfeiertag). bei günstiger Witterung Familienausflug nach Störmthal, Oberholz und zurück. Abmarsch früh 7 Uhr vom Vereinslokal. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.
- Wahren.** Sonntag, den 23. Mai (1. Pfingstfeiertag). bei günstiger Witterung Familienausflug nach Sänichen. Abmarsch früh 7 Uhr vom Vereinslokal. Starke Beteiligung erwartet. Der Vorstand.
- Wiederitzsch.** Sonntag, den 23. Mai (1. Pfingstfeiertag). Frühpartie mit Musik über Freizeitsied nach Lindenthal. Alter Galhof. Sammeln am Klein-Wiederitzscher Teiche. Abmarsch pünktlich 7 Uhr. Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein. Der Vorstand.

Theosophische Gesellschaft in Deutschland

4 öffentl. Vorträge

- 1. **Völkerbund - Menschheitsverbündung.** Vortragender: Herr Waller Einbock, München.
 - 2. **Die sittliche Wiedergeburt der Menschheit.** Vortragender: Herr Hermann Rudolph.
 - 3. **Das Leben in den fernseitigen Welten.** Vortragender: Herr Erhard Bänzer.
 - 4. **Das Gesetz des Fortschritts.** Vortragender: Herr Robert Spring, Magdeburg.
- Nach jedem Vortrag Fragenbeantwortung. Eintritt am Sonntag, Montag u. Dienstag: 4.00, 3.00 u. 2.20 Mk. inkl. St. Jedermann freudl. eingeladen. Der Bundesvorstand, Geschäftsstelle: Königlitz 12.

Prima Kernleder im Auschnitt und in Ganzen, wie auch sämtliche Schuh-Zubehörteile sowie die neueste Fashion in Herren-, Damen- u. Kinderleisten preiswert zu haben bei
C. Migdin, Hauptgesch.: Leipzig, Tauchaer Str. 48
Filialen: Sell., Wurz. Str. 11; Schm., Breslauer Str. 44.

Turnschuhe

in der Preislage von 12 bis 40 Mk. sowie alle andere

Sportbekleidung

wie weiße Turnhosen, Turnhemden, Turnhosen, Fußballhosen, Fußballhemden, Fußballstiefel, Rennhemden, Rennschuhe usw., sowie alle

Turn- und Sportgeräte

Turn- und Sportliteratur
kauft man billigst und sportgerecht in dem größten und leistungsfähigsten Sportgeschäft am Platze

Arbeiter-Turnverlag A. G.

Leipzig, Fichtestraße 36
Bundesgeschäft d. Arb.-Turn- u. Sportbundes Deutschlands. Geschäft an allen Wochentagen von früh 8 bis abends 5 Uhr.
Verkauf an Jedermann.



Weingrosshandlung Volkshaus

Für die Pfingstfeiertage:

Maingau-Apfelwein

1a-Qualität Flasche 6^oMk.

Verkaufsstelle: Restaurant Vereinshof, Zeltzer Strasse 30 in Gewerkschaftshaus Hotel Viktoria, Gerbersir. 1 in Flaschen sind mitzubringen.

Tapeten

No. 1.-, 1.50, 2.- an
Rich. Körner
Elisenstr. 54, 6de Stöckelstr.

Blusen u. Röcke

kaufen Sie vorteilhaft bei
P. Schmitz, Habellaffon.
Nikolaistraße 5 in
Speise Ballung und
Hbn., Comeniusstr. 10, p.
Durchgeh. geöffnet.

Kaufe Gold- und Silberwaren Uhren Schmuckgegenstände

M. Israel Übermacher-
:: Laden ::
Promenadenstr. 6.

Metallarbeiter

Verband
Die Arbeiter haben allen Interessen...
Dienstags, 25. Mai, im unteren Bureau geschlossen.

SCHOKOLADE in 100-Gr.-Tafeln Kakao

prima holl. gar. rein... Pfd. 24.-

Roh-Kaffee prima Campinas... Pfd. 27.-

Nordam. Bohnen feinste Ware... Pfd. 4.50

Nährmittelfabrikation HEROS

Tel. 4500 Hugo Kippmann Tel. 4500

Leipzig, Kuchengartenstrasse 16

Großhandelspreis 8. 8. 10 (Kein Laden)

Sämtliche Schuhwaren im Preise bedeutend herabgesetzt!

Beachten Sie unsere Schaufenster.

SCHUH-SPORT-FLAUM

Halnstraße 31. Windmühlenstraße 24.

Möbel-, Emaille-, Lackfarben

1. Preisklasse, rein weiß, weiß und taubfarben und elfenbeinfarbig, kr. Mt. 32.-, gute, feste Qualitätsware, beständig im Ton. **Fussbodenlackfarbe**, kr. Mt. 12.- **Gewöhnliche Lackfarbe**, für alle Zwecke, auch Möbel geeignet, in diversen Tönen, kr. 18.-. Sämtlich hart und langlebig. Klebefrei.

Kühmert & Co., Leipzig, Emilienstraße 42, Telefon 5719.

Königs-Pavillon

Promenadenstr. 8. Fernruf 19271.

Von Freitag, 21., bis einschließlich 27. Mai, wiederum 2 der neuesten und kolossalsten 2 Monumentalfilme:

Leontine Kühnberg

in dem gewaltigen Lebensbild von Leidenschaft und Traue in 6 Akten:

Die silberne Fessel.

Der neueste und beste Hella-Moja-Film von 1920/21

Die Glasprinzessin

Epochales Drama aus den Gesellschaftskreisen in 4 Akten.

Kasino Lichtspiele

Neumarkt. Fernruf 14950.

Von Freitag, 21., bis Donnerstag, 27. Mai: Den zahlreichen Wünschen unseres verehrlichen Stamm-Publikums nachkommend:

Die weißen Rosen von Ravensberg.

Großes ergreifendes 6 aktiges Drama nach dem gleichnamigen ebenso bekannten als auch beliebten Roman von Eufemia von Adlersfeld-Ballestrem.

Max Landa in Die Spione.

Äußerst spannendes Detektiv-Drama in 4 Akten. Nachmittags: Jugend-Vorstellung.

Welt-Theater

Barfußstrasse (Am Markt).

Vom 21. bis 27. Mai: 2 Sensationen!

Charly Bill.

Kolossal spannendes Detektiv-Drama in 5 Akten. Ria Jende - Hans Aibers in dem sensationellen Abenteuer-Drama

Der Schuß aus dem Fenster

in 5 Akten. In Jedem unserer Theater: Einlaß 1/4 - Anfang 4 Uhr.

Lichtspiele

Zschocher

Telephon 40980 Inh.: M. Raschke

Ab Freitag, den 21. Mai Beginn des großen Detektiv-Abenteuers

Der Fürst der Nacht

in 3 Fortsetzungen - 15 Akte. Heute: 1. Teil „Der Fürst“.

Der Todessattel.

Grosser Wild-West-Film in 4 Akten sowie ein weiteres erstklass. Beiprogramm.

Voranzeige!

Dienstag, den 25. Mai: „Der Fürst der Nacht“ (2. Teil), „Prinzessin von Urbino“, anschließend der 3. Teil „Die Schlange mit d. Mädchenkopf“.

Lichtspiele & Albert Hall

Kristall-Palast
Morgen unwiderruflich letzter Tag. Großes Sensations-Doppel-Programm

Lepain

Der König der Diebe und Ausbrecher

4. Teil

Sensationsschlager in 5 Akten.

Der seltsame Gast

Detektiv-Drama in 4 Akten. Anfangs Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.